



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

02 | 2015

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Korrigierte Fassung vom 29.01.2016

Aus dem Inhalt:

Erwerbstätigkeit 2013

Gesundheitswesen

Energie und Umwelt



Fotonachweis

Titelfoto: BASF SE

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2013 waren rund 1,97 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, lag bei 49,3 Prozent. Im Jahr 2003 betrug die Erwerbstätigenquote noch rund 44 Prozent.

02 | 2015

STATISTISCHE MONATSHEFTE

68. Jahrgang

kurz + aktuell	115
Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Innovationen Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bildung ■ Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	124
Verbraucherpreise	127
Rheinland-Pfalz in Karten: Neugründungen 2013 nach Verwaltungsbezirken	128
Erwerbstätigkeit 2013 – Erwerbstätigenquote bei über 49 Prozent	129
Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen 2008 bis 2012	139
Energiebilanz für Rheinland-Pfalz – Vorbemerkungen zum Gastbeitrag von Birgit John	149
Energiebilanzen und CO ₂ -Bilanzen der Bundesländer in Gefahr	151
Daten zur Konjunktur	155
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	187
Neuerscheinungen	203

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im November 2014 leicht rückläufig

Im November 2014 lag der Output der rheinland-pfälzischen Industrie etwas unter dem Niveau des Vormonats (-0,1 Prozent). In zwei der drei Industriebauptgruppen war der Güterausstoß leicht positiv: Im Investitionsgüterbereich stieg die Produktion um 0,1 Prozent, im Vorleistungsgüterbereich um 0,6 Prozent. Im Konsumgüterbereich hingegen schrumpfte die Produktion um 0,7 Prozent. Die drei größten Branchen entwickelten sich ebenfalls unterschiedlich. In der Chemischen Industrie wuchs der Güterausstoß um zwei Prozent, im Fahrzeugbau um 0,5 Prozent. Im Maschinenbau wurde weniger produziert als im Vormonat (-2,1 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Industrieproduktion im November 2014 um 5,6 Prozent geringer aus. In allen Industriebauptgruppen war der Güterausstoß rückläufig. Am stärksten schrumpfte der Output im Konsumgüterbereich (-7,2 Prozent). Die Vorleistungsgüterhersteller produzierten 5,6 Prozent und die Investitionsgüterhersteller 3,9 Prozent weniger als im November 2013. In den drei größten Branchen des Landes verlief die Entwicklung dagegen unterschiedlich: Während der Güterausstoß im Fahrzeugbau sowie in der Chemischen Industrie kräftig zurückging (-17 bzw. -12 Prozent), lag die Produktion im Maschinenbau um zehn Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Nov. 2014		Jan. bis Nov. 2014	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Okt. 2014	Nov. 2013	Jan. bis Nov. 2013	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-0,1 % ↘	-5,6 % ↘	-0,9 % ↘	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,6 % ↗	-5,6 % ↘	-0,8 % ↘	
Investitionsgüterproduzenten	0,1 % ↗	-3,9 % ↘	-1,2 % ↘	
Konsumgüterproduzenten	-0,7 % ↘	-7,2 % ↘	-0,2 % ↘	
Chemie	2,0 % ↗	-11,9 % ↘	-3,4 % ↘	
Fahrzeugbau	0,5 % ↗	-17,2 % ↘	-9,5 % ↘	
Maschinenbau	-2,1 % ↘	10,4 % ↗	7,3 % ↗	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	0,5 % ↗	-1,6 % ↘	-2,5 % ↘	
Inland	-2,4 % ↘	-6,5 % ↘	-5,6 % ↘	
Ausland	2,5 % ↗	1,7 % ↗	-0,4 % ↘	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	3,2 % ↗	-4,5 % ↘	-2,0 % ↘	
Investitionsgüterproduzenten	-1,7 % ↘	7,1 % ↗	-1,9 % ↘	
Konsumgüterproduzenten	-2,4 % ↘	-22,4 % ↘	-8,0 % ↘	
Chemie	6,1 % ↗	-5,0 % ↘	-4,4 % ↘	
Fahrzeugbau	-0,4 % ↘	22,1 % ↗	-8,1 % ↘	
Maschinenbau	-4,6 % ↘	-8,5 % ↘	4,9 % ↗	

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

Auftragseingänge der Industrie im November 2014 höher als im Vormonat – Einbußen gegenüber dem Vorjahr

Im November 2014 erhöhte sich die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten um 0,5 Prozent, was auf einen Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland zurückzuführen ist (+2,5 Prozent). Das Ordervolumen aus dem Inland war hingegen niedriger als im Vor-

monat (-2,4 Prozent). In den drei industriellen Hauptgruppen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die Vorleistungsgüterproduzenten verbuchten mehr Bestellungen als im Oktober 2014 (+3,2 Prozent). Hingegen ging die Nachfrage nach Konsumgütern um 2,4 Prozent und nach Investitionsgütern um 1,7 Prozent zurück. Von den drei größten Branchen verzeichnete die Chemische Industrie einen Anstieg der Auftrags-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



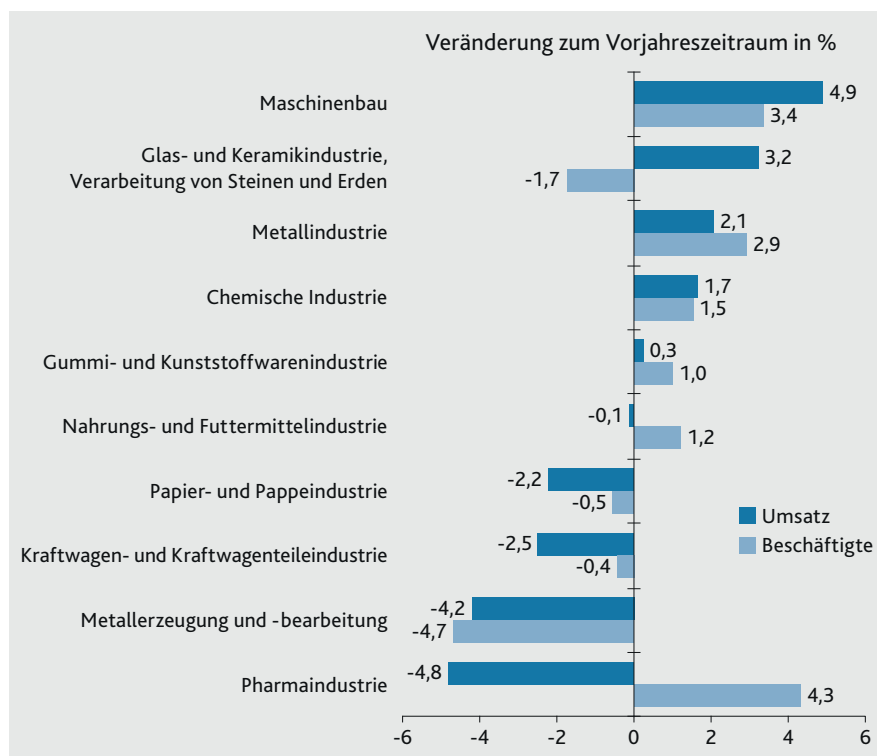
eingänge um 6,1 Prozent, während die Bestellungen im Fahrzeugbau um 0,4 Prozent niedriger ausfielen als im Vormonat. Einbußen gab es auch im Maschinenbau (–4,6 Prozent).

Im November 2014 war der bereinigte Auftragseingangsindex um 1,6 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Ursache war das schwächere Inlandsgeschäft, das um 6,5 Prozent hinter dem Ergebnis des Vorjahresmonats zurückblieb. Die Nachfrage aus dem Ausland stieg um 1,7 Prozent. Nur die Investitionsgüterbranche verbuchte eine Zunahme der Auftragseingänge (+7,1 Prozent). Die Hersteller von Konsumgütern mussten einen kräftigen Rückgang des Ordervolumens um 22 Prozent hinnehmen; bei den Vorleistungsgüterproduzenten gingen 4,5 Prozent weniger Bestellungen ein. Ein kräftiges Plus gab es im Fahrzeugbau (+22 Prozent). Dagegen fiel die Nachfrage im Maschinenbau (–8,5 Prozent) und in der Chemischen Industrie (–5 Prozent) geringer aus als im Vorjahresmonat.

Industrie bleibt im Jahresverlauf noch im Plus – Inlandsgeschäfte dämpfen die Entwicklung

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Zeitraum von Januar bis November 2014 Umsätze in Höhe von 78,4 Milliarden Euro. Das waren 0,6 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Deutschland: +1,8 Prozent). Im gesamten Elf-Monats-Zeitraum wies der Auslandsumsatz eine positive Entwicklung auf (+1,5 Prozent), während der Inlandsumsatz leicht rückläufig war

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im November 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



(–0,3 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, betrug 54,6 Prozent (Deutschland: 48,4 Prozent).

Nach der schwachen Entwicklung im Oktober 2014 erhielten im November die Inlandserlöse einen weiteren Dämpfer und sanken im Vergleich zum November 2013 um 5,6 Prozent (Deutschland: –3,4 Prozent). Auch die Auslandserlöse im Vergleich zum November 2013 um 4,1 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Dabei gingen die stärksten negativen Einflüsse im Inlandsgeschäft von den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln sowie den Herstellern pharmazeutischer Erzeugnisse aus. Im Auslands-

geschäft ließen sich die Rückgänge im November 2014 vor allem auf die Hersteller pharmazeutischer Erzeugnisse und die Hersteller chemischer Erzeugnisse zurückführen.

Die Zahl der Beschäftigten lag im November 2014 bei 252 786 Personen, das waren 3 056 bzw. 1,2 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +1,1 Prozent). Von Januar bis November 2014 wurden 354,5 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was einen Anstieg von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht (Deutschland: +0,8 Prozent).

Der Maschinenbau erzielte in den ersten elf Monaten 2014 im Branchenvergleich das höchste Umsatzplus (+4,9 Prozent). Hier liefen die

Inlands- und Auslandsgeschäfte ähnlich gut (+4,8 bzw. +5 Prozent). Insgesamt fünf der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten von Januar bis November 2014 Umsatzzuwächse, die im Maschinenbau, bei den Herstellern von Glas und Glaswaren, Keramik sowie in der Verarbeitung von Steinen und Erden, bei den Herstellern von Metallerzeugnissen sowie in der Chemischen Industrie überdurchschnittlich ausfielen. In der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie in der Metallherzeugung und -bearbeitung wurde der Gesamtumsatz von 2013 deutlich verfehlt. Rückläufig waren die Umsätze auch in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie in der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus.

Unter den zehn wichtigsten Branchen erzielten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen die höchste Zunahme der Beschäftigtenzahl gegenüber November 2013 (+4,3 Prozent), gefolgt vom Maschinenbau (+3,4 Prozent) und den Herstellern von Metallerzeugnissen (+2,9 Prozent). Die Chemische Industrie, die 18,5 Prozent aller Beschäftigten auf sich vereint, legte um 1,5 Prozent zu.

Bauhauptgewerbe im November 2014: Aufträge und Umsätze steigen

Im November 2014 war die Nachfrage um sieben Prozent höher als im Oktober. Sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau wurden mehr Bestellungen registriert (+10 bzw. +3,4 Prozent). In der Gliederung nach

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Nov. 2014		Jan. bis Nov. 2014
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Okt. 2014	Nov. 2013	Jan. bis Nov. 2013
Auftragseingang	7,0 % ↑	2,1 % ↑	6,7 % ↑
Hochbau insgesamt	3,4 % ↑	-6,1 % ↓	4,5 % ↑
Wohnungsbau	5,7 % ↑	22,3 % ↑	3,3 % ↑
gewerblicher Hochbau	14,4 % ↑	2,1 % ↑	12,5 % ↑
öffentlicher Hochbau	-18,8 % ↓	-45,7 % ↓	-9,7 % ↓
Tiefbau insgesamt	10,1 % ↑	10,0 % ↑	8,7 % ↑
gewerblicher Tiefbau	21,7 % ↑	0,1 % ↗	23,9 % ↑
öffentlicher Tiefbau	12,6 % ↑	-13,4 % ↓	-3,7 % ↓
Straßenbau	5,1 % ↑	31,1 % ↑	9,7 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	2,5 % ↑	3,5 % ↑	3,7 % ↑
Hochbau insgesamt	4,1 % ↑	2,0 % ↑	3,8 % ↑
Wohnungsbau	-3,7 % ↓	-11,0 % ↓	1,8 % ↗
gewerblicher Hochbau	10,8 % ↑	18,9 % ↑	8,6 % ↑
öffentlicher Hochbau	-3,8 % ↓	-9,5 % ↓	-3,2 % ↓
Tiefbau insgesamt	1,8 % ↗	4,9 % ↑	3,7 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-12,0 % ↓	-7,1 % ↓	-2,4 % ↓
öffentlicher Tiefbau	4,2 % ↑	9,4 % ↑	6,5 % ↑
Straßenbau	7,1 % ↑	8,0 % ↑	5,0 % ↑

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Bauart und Auftraggeber wiesen der gewerbliche Tief- und Hochbau die größten prozentualen Zuwächse auf (+22 bzw. +14 Prozent). Dagegen verzeichnete der öffentliche Hochbau einen kräftigen Auftragseinbruch (-19 Prozent).

Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich im November 2014 gegenüber dem Vormonatsergebnis um 2,5 Prozent. Sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau stiegen die Erlöse (+4,1 bzw. +1,8 Prozent). Differenziert nach Bauart und Auftraggeber verzeichneten der gewerbliche Hochbau sowie der Straßenbau die stärksten Umsatzzuwächse (+11 bzw. +7,1 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau meldete deutlich geringere Umsätze als im Oktober 2014 (-12 Prozent).

Gegenüber November 2013 stiegen die Auftragseingänge um 2,1 Prozent. Während im Tiefbau die Bestellungen zulegten (+10 Prozent), errechnete sich für den Hochbau ein Nachfragerückgang (-6,1 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber meldeten der Straßenbau sowie der Wohnungsbau kräftige Zuwächse (+31 bzw. +22 Prozent). Dagegen verzeichnete vor allem der öffentliche Hochbau erhebliche Einbußen (-46 Prozent). Im öffentlichen Tiefbau kam es zu einem Auftragsrückgang um 13 Prozent.

Im Vergleich zum November 2013 verbesserte sich der baugewerbliche Umsatz um 3,5 Prozent. Im Tiefbau nahmen die Erlöse um 4,9 Prozent zu, der Hochbau blieb ebenfalls über

dem Niveau des Vorjahresmonats (+2 Prozent). Die stärksten prozentualen Umsatzsteigerungen errechneten sich für den gewerblichen Hochbau sowie für den öffentlichen Tiefbau (+19 bzw. +9,4 Prozent). Die größten Rückgänge gab es im Wohnungsbau sowie im öffentlichen Hochbau (-11 bzw. -9,5 Prozent).

Erwerbstätigkeit erreicht 2014 neuen Höchststand – Im Jahresdurchschnitt Anstieg um 15 200 Personen

Im Durchschnitt des Jahres 2014 hatten fast 1,97 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, waren dies 15 200 bzw. 0,8 Prozent mehr als 2013. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen

im vierten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Im Vergleich zum Vorjahr (+0,3 Prozent) fiel der Zuwachs wieder etwas kräftiger aus.

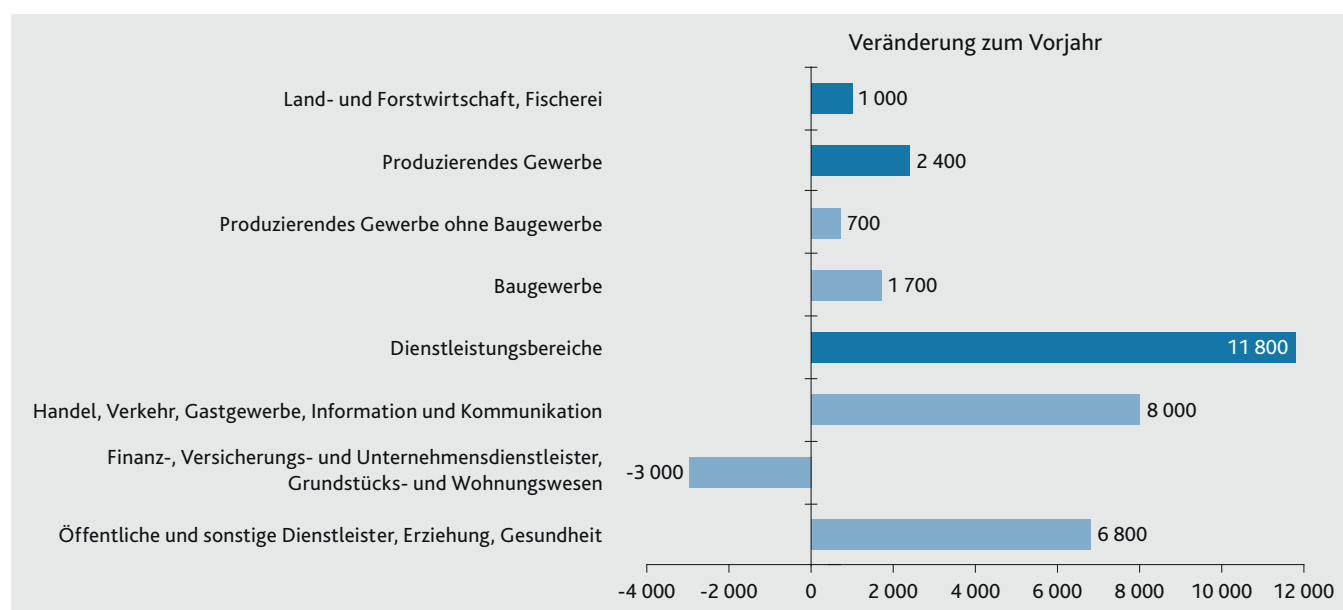
Im Bundesdurchschnitt war mit +0,9 Prozent ein geringfügig stärkerer Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen. In den alten Ländern (ohne Berlin) betrug der Anstieg wie in Deutschland insgesamt 0,9 Prozent, in den neuen Bundesländern war die Zunahme mit +0,3 Prozent deutlich geringer.

Die positive Entwicklung 2014 in Rheinland-Pfalz beruhte vor allem auf einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die rund zwei Drittel der Erwerbstätigkeit ausmacht. Laut ersten Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Oktober 2014 um 1,4 Prozent über dem

Vorjahresniveau. Auch für die ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten war im Juni 2014 eine Zunahme gegenüber dem Vorjahresmonat festzustellen (+1 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) ging dagegen weiter zurück. Nach vorläufigen Angaben waren es im Jahresdurchschnitt 2014 rund 15 Prozent weniger als im Jahr 2013.

Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich in fast allen Wirtschaftsbe-
reichen. Absolut betrachtet konzentrierte sich der Anstieg auf den Dienstleistungssektor. Insgesamt waren 2014 hier 11 800 Personen mehr beschäftigt als im Jahr zuvor; dies entspricht einem Plus von 0,8 Prozent (Deutschland: +1 Prozent). Innerhalb des Dienstleistungssektors gab es jedoch große Unterschiede. In den beiden größeren Bereichen „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Infor-

Erwerbstätige am Arbeitsort 2014 nach Wirtschaftsbereichen



mation und Kommunikation" sowie „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit" waren im Vergleich zu Deutschland überdurchschnittliche Zuwächse zu verzeichnen (+1,6 bzw. +1 Prozent; Deutschland: +1,1 bzw. +0,9 Prozent). Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen" hingegen sank die Zahl der Erwerbstätigen um 3 000 bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +1,2 Prozent). Die unterschiedliche Entwicklung in den Teilbereichen des Dienstleistungssektors wurde deutlich beeinflusst von Umstrukturierungen in der Beschäftigtenstatistik bei den geringfügig entlohnenden und den kurzfristig Beschäftigten.

Stärker als im Jahr 2013 stieg die Erwerbstätigkeit auch im Produzierenden Gewerbe. Insgesamt waren 2 400 Personen bzw. 0,5 Prozent mehr tätig als im Jahr 2013 (Deutschland: +0,4 Prozent). Besonders stark war die Zunahme im Baugewerbe mit 1 700 Personen im Jahresdurchschnitt bzw. einem Plus von 1,4 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent). Im übrigen Produzierenden Gewerbe, das in Rheinland-Pfalz von der Industrie dominiert wird, stieg die Zahl der Erwerbstätigen hingegen nur um 700 Personen bzw. 0,2 Prozent (Deutschland: ebenfalls +0,2 Prozent).

Auch in der Land- und Forstwirtschaft war ein deutlicher Beschäftigungsanstieg festzustellen. Die Zahl der Erwerbstätigen lag um 1 000 bzw. 2,4 Prozent höher als 2013 (Deutschland: +1,5 Prozent).

Innovationsindex: Rheinland-Pfalz belegt im Vergleich europäischer Regionen einen Platz im vorderen Viertel

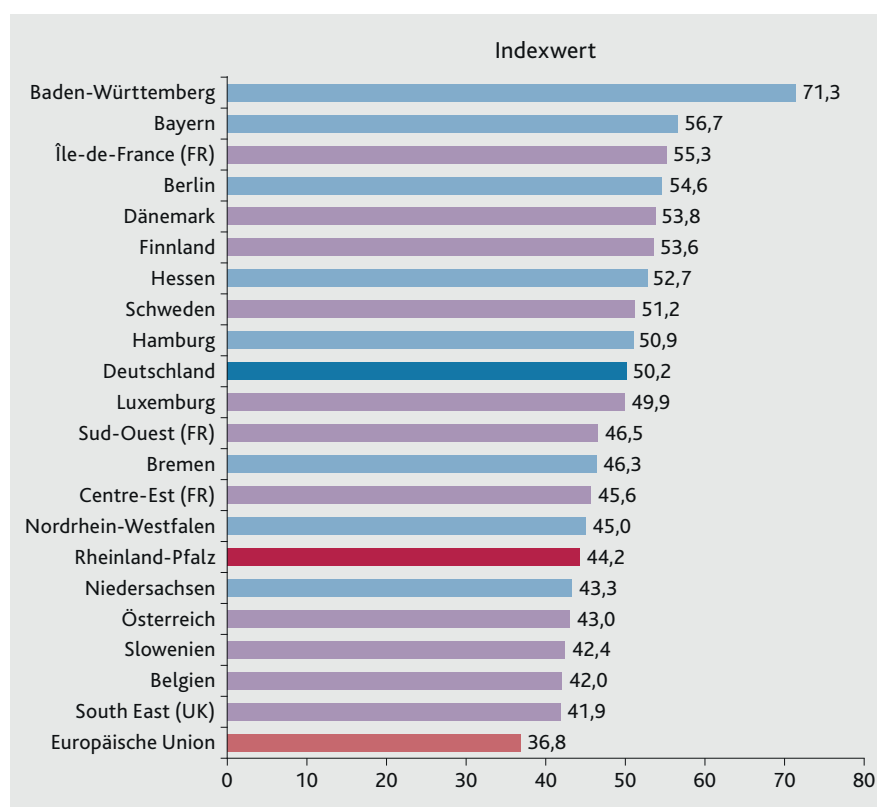
Rheinland-Pfalz nimmt im Vergleich der Regionen der Europäischen Union bezüglich des Innovationspotenzials einen Platz im vorderen Viertel ein. Auf Basis von Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, lag Rheinland-Pfalz im Jahr 2014 auf Rang 15 der insgesamt untersuchten 80 europäischen Regionen und ist gegenüber der Berechnung von 2012 acht Plätze nach oben gerückt. Unter den Top 20 befinden sich neun deutsche Bundesländer, wobei Rheinland-Pfalz im Binnenvergleich Rang 8 belegt. Innovativste

Regionen europaweit sind Baden-Württemberg und Bayern, gefolgt von der Region „Île-de-France", die weitgehend dem Großraum Paris entspricht.

Innovationen sind im globalen Wettbewerb für rohstoffarme Volkswirtschaften eine der grundlegenden Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Die föderal organisierte Statistik leistet in Deutschland einen wichtigen Beitrag zur regionalen Betrachtung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

In den Innovationsindex fließen Daten zu Ausgaben und Personal im Bereich Forschung und Entwicklung, zur Erwerbstätigkeit in industri-

Innovationsindex für Länder bzw. Regionen der Europäischen Union 2014



len Hochtechnologiebranchen, wissensintensiven Dienstleistungen und wissenschaftlich-technischen Berufen sowie Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt ein.

Tourismus im November 2014: Weniger Gäste als im Vorjahresmonat

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe einschließlich der Campingplätze verzeichneten im November 2014 weniger Gäste bei nahezu gleichbleibenden Übernachtungszahlen. Nach ersten vorläufigen Berechnungen besuchten rund 569 000 Gäste das Land. Das waren 0,9 Prozent weniger als im November 2013. Sie buchten fast 1,4 Millionen Übernachtungen, was einer leichten Zunahme von 0,1 Prozent entspricht.

Im gesamten Zeitraum von Januar bis November 2014 wurden mehr

als 8,6 Millionen Gäste sowie fast 23,2 Millionen Übernachtungen registriert. Das waren 1,7 Prozent mehr Gäste und 0,7 Prozent mehr Übernachtungen als im Vorjahreszeitraum.

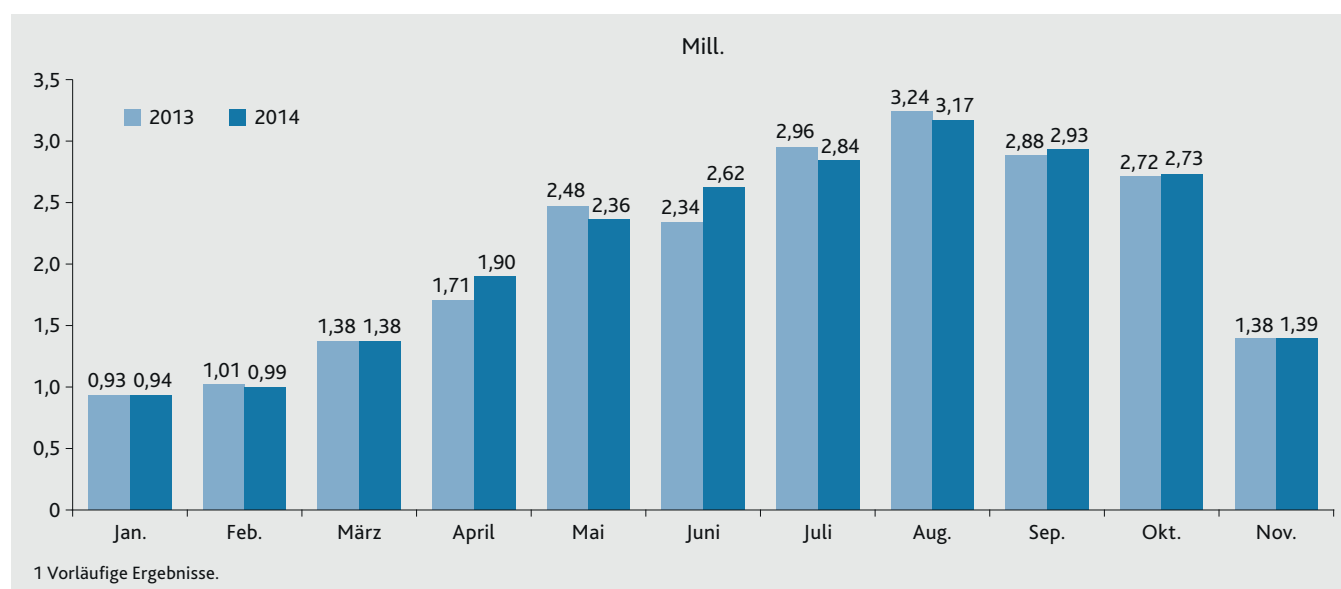
Landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften immer größere Flächen – Betriebe im Bundes- vergleich eher kleinstrukturiert

In Rheinland-Pfalz bewirtschafteten im Jahr 2014 rund 18 800 landwirtschaftliche Betriebe eine Fläche von insgesamt 703 500 Hektar. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche Betriebsgröße von 37 Hektar. Das stellt im Vergleich zum Jahr 2010 eine Zunahme um drei Hektar dar. In Deutschland insgesamt lag die durchschnittliche Betriebsgröße bei 58 Hektar. Auf der Ebene der Bundesländer wirtschafteten in Meck-

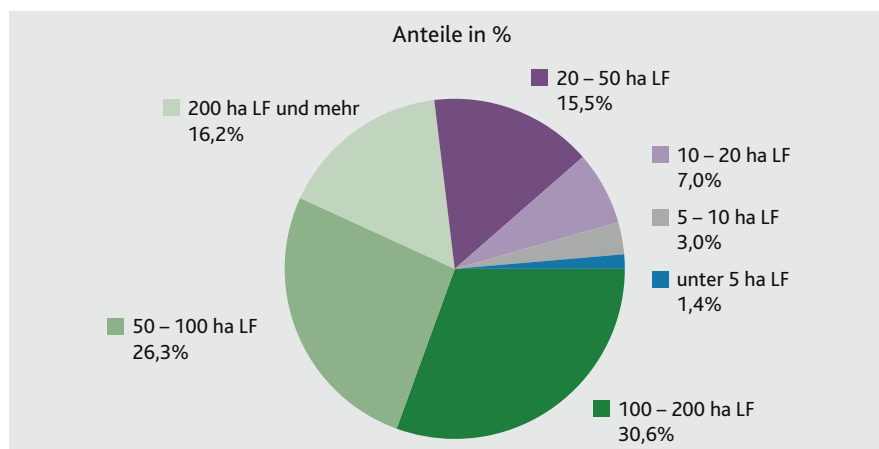
lenburg-Vorpommern mit 274 Hektar die größten Betriebe. Die geringste Betriebsgröße wurde in Berlin (20 Hektar) registriert.

Fast ein Viertel der rheinland-pfälzischen Betriebe bewirtschaftete 2014 weniger als fünf Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. In diesem Segment sind vor allem Weinbaubetriebe zu finden. Sie benötigen zur Erwirtschaftung eines ausreichenden Einkommens wegen der höheren Wertschöpfung pro Flächeneinheit kleinere Flächen als z. B. die Getreideerzeuger. Die 4 600 Betriebe dieser Größenklasse bewirtschafteten zusammen 9 600 Hektar. Das waren 1,4 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes. Rund 47 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfiel auf landwirtschaftliche Betriebe, die jeweils eine Fläche von mehr als 100 Hektar bearbeiteten. Ihr Anteilswert

Übernachtungen von Januar bis November 2013 und 2014¹



Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2014 nach Größenklassen



an der Zahl der Betriebe betrug knapp elf Prozent.

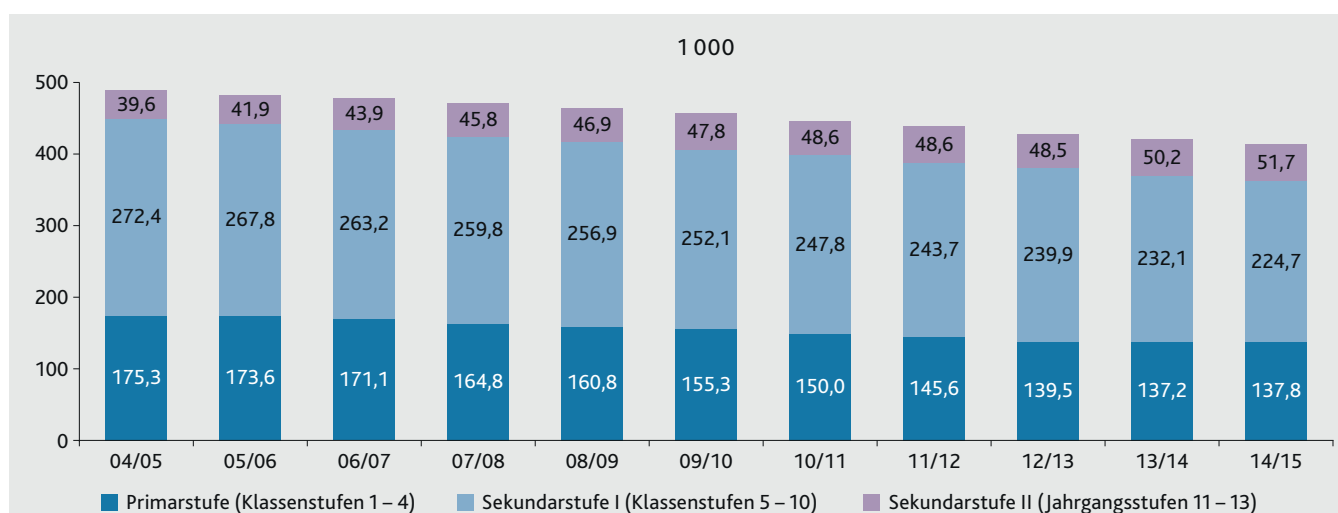
Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist weiter rückläufig. Gegenüber 2013 sank sie um gut ein Prozent, gegenüber 2010 betrug der Rückgang fast neun Prozent. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche veränderte sich gegenüber dem Jahr 2010 nur geringfügig.

Zuwächse an Integrierten Gesamtschulen und an Grundschulen im Schuljahr 2014/15

In Rheinland-Pfalz besuchen zurzeit 418 512 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule oder einen Schulkindergarten. Das sind 5 276 bzw. 1,2 Prozent weniger als im Schuljahr 2013/14. Damit setzt sich der Trend sinkender Schülerzahlen wei-

ter fort. Der Rückgang macht sich an den meisten Schularten bemerkbar. Lediglich an Integrierten Gesamtschulen (+3,3 Prozent) und Grundschulen (+0,5 Prozent) stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler.

Deutliche Rückgänge zeigen sich in der Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 bis 10). Hier werden derzeit 224 712 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, das sind 7 352 weniger als in Schuljahr 2013/14 (–3,2 Prozent). Gegenläufig ist die Entwicklung im Primärbereich (Klassenstufe 1 bis 4). Dort stieg die Zahl der unterrichteten Kinder auf 137 755 (+0,4 Prozent). Dies dürfte vor allem durch Zuzüge verursacht sein. Größere Zuwächse gab es in der Sekundarstufe II (Jahrgangsstufe 11 bis 13). Hier werden derzeit 51 711 Jugendliche unterrichtet (+2,9 Prozent). Ursächlich für den Anstieg in der sogenannten Oberstufe sind die relativ starke Besetzung der entsprechenden Altersjahrgänge in der Be-

Schüler/-innen¹ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2004/05–2014/15 nach Schulstufen²

¹ Ohne Kinder in Klassen mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung und ohne Kinder im Elementarbereich. –

² Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe zehn an achtjährigen Gymnasien (G8-GTS) werden der Sekundarstufe II zugeordnet.

völkerung und der wachsende Anteil von jungen Menschen, welche die Studienberechtigung anstreben. Zudem gibt es im Vorjahresvergleich mehr Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe zehn an achtjährigen Gymnasien (G8-GTS). Diese werden – anders als bei den übrigen Schularten – nicht zum Sekundarbereich I gezählt, sondern der Sekundarstufe II zugeordnet.

Rund 57 Prozent der Landes-beamtinnen und -beamten gehen mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand

In Rheinland-Pfalz erhielten 43 016 Personen zu Beginn des Jahres 2014 Versorgungsbezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz. Ihre Anzahl stieg im Vorjahresvergleich um 3,7

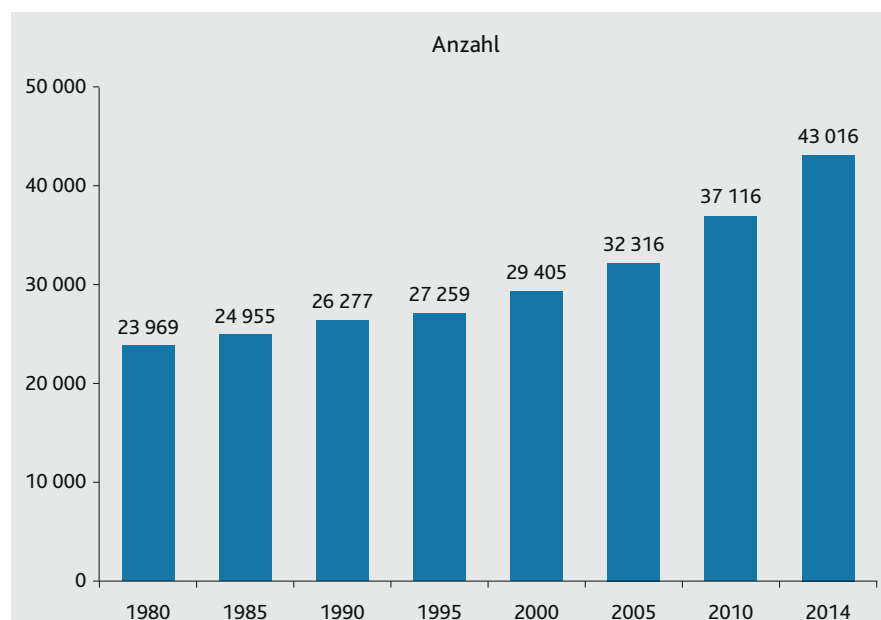
Prozent. Rund drei Viertel erhielten Ruhegehalt, die restlichen Witwen- bzw. Witwergeld, Waisengeld oder Unfallruhegeld.

Im Jahr 2014 wurden 2 650 Beamtinnen und Beamte bzw. Richterinnen und Richter des Landes in den Ruhestand versetzt. Von ihnen hatten jedoch nur 57 Prozent die gesetzliche Regelaltersgrenze erreicht oder überschritten. Für Vollzugsbedienstete der Polizei und der Justiz gelten teilweise geringere Altersgrenzen für den Berufsausstieg. Ihr Anteil an den neuen Ruheständlern betrug im Jahr 2014 zusammen zwölf Prozent. Weitere neun Prozent beendeten ihre Berufstätigkeit wegen Dienstunfähigkeit, 22 Prozent aufgrund eines vorgezogenen Ruhestandes mit Abschlüssen bei den Versorgungsbezügen.

Häufig werden vor dem Berufsausstieg auch Freistellungsphasen der Altersteilzeit genutzt. So befanden sich 31 Prozent der Beschäftigten in der Altersgruppe ab 55 Jahren in der Altersteilzeit. Rund 56 Prozent von ihnen waren bereits in der Freistellungsphase.

Im langfristigen Vergleich ist ein Zuwachs der Ruheständler zu beobachten. Obwohl seit 1980 die Anzahl der Beamtinnen und Beamte bzw. der Richterinnen und Richter in Rheinland-Pfalz nur um 23 Prozent anstieg, erhöhte sich die Zahl der Personen mit Versorgungsbezügen im gleichen Zeitraum insgesamt um rund 79 Prozent. Ein großer Teil dieses Anstieges geht auf den demografischen Wandel zurück. Das macht der Vergleich mit den Empfängerinnen und Empfängern der gesetzlichen Rente deutlich. Ihre Zahl stieg im gleichen Zeitraum in den alten Bundesländern um 63 Prozent.

Versorgungsempfänger/-innen 1980–2014¹

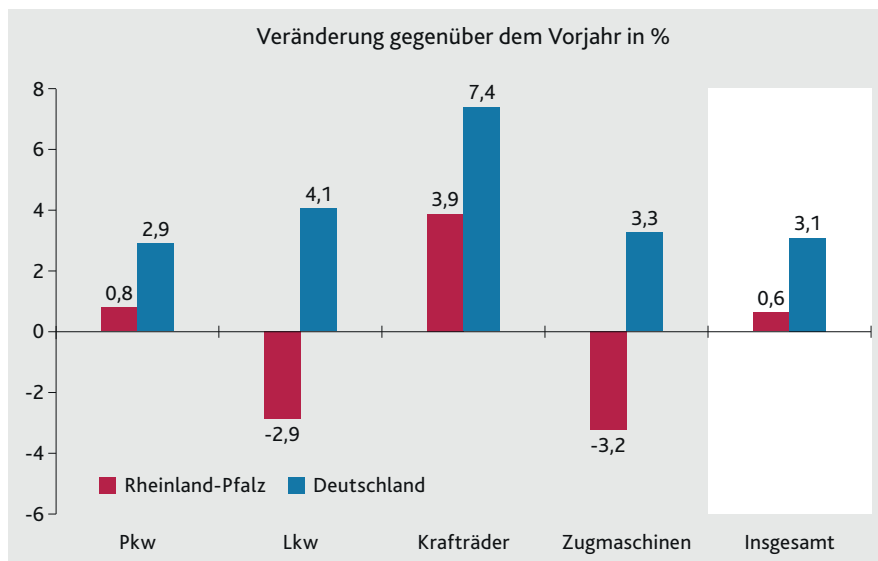


¹ Bis 2005 nur Berücksichtigung der Kernhaushalte und Sonderrechnungen des Landes (z. B. Ministerien, Landesbehörden); danach zusätzlich Berücksichtigung der sonstigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform des Landes (z. B. Universitäten, Fachhochschulen).

Pkw-Zulassungen im Jahr 2014 leicht im Plus

In Rheinland-Pfalz wurden 2014 insgesamt 120 600 Pkw neu zugelassen. Das waren 0,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der neu zugelassenen Pkw bleibt damit auf einem im langjährigen Vergleich niedrigen Niveau. Die Lkw-Zulassungen sanken um 2,9 Prozent auf 10 550, die Zulassungen von Zugmaschinen nahmen um 3,2 Prozent auf 3 940 ab. Dagegen stieg die Zahl der neu zugelassenen Krafträder um 3,9 Prozent auf 7 350.

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014



Mit 390 230 Besitzumschreibungen lag der Handel mit gebrauchten Pkw um 1,1 Prozent niedriger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Umschreibungen gebrauchter Lastkraftwagen stieg um 1,8 Prozent. Daneben wechselten 28 280 gebrauchte Krafträder ihren Besitzer (+4,8 Prozent). Insgesamt wurden 443 820 Kraftfahrzeuge umgeschrieben, das waren 0,5 Prozent weniger als im Jahr 2013.

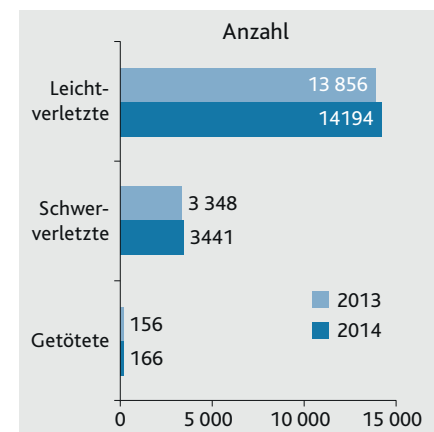
Zahl der Unfallopfer 2014 höher als im Jahr 2013

Bei Unfällen auf rheinland-pfälzischen Straßen starben im November vergangenen Jahres 13 Menschen. Zwischen Januar und November 2014 waren es insgesamt 166 Personen und damit zehn Verkehrstote mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Schwer verletzt wurden 3 441

Unfallbeteiligte, 2,8 Prozent mehr als von Januar bis November 2013. Die Zahl der Leichtverletzten stieg um 2,4 Prozent auf 14 194.

Bis Ende November 2014 registrierte die Polizei 119 860 Straßenverkehrsunfälle, 1,3 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In 106 175 Fällen entstand nur Sachschaden (-1,9 Prozent). Die Zahl der Unfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, stieg um 3,4 Prozent auf 13 685.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis November 2013 und 2014



Interviewerinnen und Interviewer befragen in diesem Jahr wieder 18 000 Haushalte

Wie viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind erwerbstätig und wie ist deren berufliche Qualifikation? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen von Haushalten und Familien? Wie viele alleinerziehende Mütter sind erwerbstätig? Antworten auf solche häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt seit 1957 jährlich bei einem Prozent aller Haushalte in ganz Deutschland.

Auch 2015 werden wieder rund 180 Interviewerinnen und Interviewer das ganze Jahr über in Rheinland-Pfalz unterwegs sein, um 18 000 Haushalte zu befragen. Die Internetseite zum Mikrozensus (www.mikrozensus.rlp.de) informiert darüber, wann und in welchen Gemeinden des Landes die Befragungen stattfinden werden. Die Interviewerinnen und Interviewer wurden sorgfältig ausgewählt und können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren. Durch den Einsatz von Tablet-PC finden die Befragungen papierlos statt.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Jörg Berres, appelliert an alle ausgewählten Haushalte, bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse für die vielfältigen Nutzer der Statistik aus Politik, Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit bereitgestellt werden können.

Der Mikrozensus ...

- ist eine so genannte Flächenstichprobe, für die nach einem mathematischen Zufallsverfahren Straßenzüge bzw. Gebäude ausgewählt werden.
- befragt die Haushalte, die in den ausgewählten Gebäuden wohnen, in bis zu vier aufeinander folgenden Jahren.
- ist eine Erhebung mit Auskunftspflicht.
- wird durch ehrenamtlich tätige Interviewerinnen und Interviewer durchgeführt, die zur Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung verpflichtet sind.

Rheinland-Pfalz regional

Neuerscheinung: Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat die Publikation „Rheinland-Pfalz regional: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen“ mit aktuellen Ergebnissen neu aufgelegt. Die Veröffentlichung enthält Merkmale und Kennziffern, die regionale Schwerpunkte und Potenziale innerhalb des Landes aufzeigen. „Übersichten mit regional vergleichbaren statistischen Daten erleichtern die Bewertung unterschiedlicher Strukturen und Entwicklungen. Sie sind nützlich für alle Akteure in Politik, Verwaltung oder Wirtschaft, die sich mit regionalen Strukturen und Veränderung auseinandersetzen“, so Jörg Berres, Präsident des Statistischen Landesamtes.

Die Publikation bietet vor allem Informationen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Bildung, Wirtschaft, öffentlichen Finanzen sowie zu den sozialen Themen

Pflege, Kinderbetreuung und staatliche Sicherungssysteme. Grafiken und Karten geben anhand ausgewählter Merkmale erste Einblicke, die sich mithilfe der über 60 Tabellen mit Daten für die zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise vertiefen lassen.

Ein paar interessante Themen zur Auswahl:

Bevölkerung

Die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz ist 2013 um knapp 4 100 Bürgerinnen und Bürger gestiegen (+0,1 Prozent). Die Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen verläuft unterschiedlich: In den Städten gab es im Durchschnitt einen Zuwachs (+5 500), in den Landkreisen zeigt sich dagegen eine Abnahme (–1 400). Absolut gesehen hatte 2013 die Landeshauptstadt Mainz

mit den meisten Einwohnerinnen und Einwohnern aller Verwaltungsbezirke auch den höchsten Zuwachs (+1 512 Personen); relativ bedeutet das ein Plus von 0,7 Prozent. Im Vergleich der relativen Zuwachsraten führten jedoch die Städte Ludwigshafen und Koblenz (jeweils +0,8 Prozent). Die höchste Abnahmerate verzeichnete der Landkreis Kusel (–0,9 Prozent); Kusel zählt zu den sieben Landkreisen mit weniger als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wirtschaftskraft und Erwerbstätigkeit

Kennzahlen zur Erwerbstätigkeit und zum Bruttoinlandsprodukt werden zur Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Verwaltungsbezirke herangezogen. In 21 der 24 Landkreise und in zehn der zwölf kreisfreien Städte hatte sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2012 erhöht. Es ist in den Landkreisen stärker gestiegen als in den kreisfreien Städten, (+3,1 bzw. +1,9 Prozent). Das gesamte rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt, das sich 2012 nominal auf 119 Milliarden Euro belief, wurde zu 61 Prozent in den Landkreisen und zu 39 Prozent in den kreisfreien Städten erwirtschaftet. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen lag in den kreisfreien Städten mit 64 959 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (60 029 Euro). Dieser Pro-Kopf-Wert wird auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet.

Von den insgesamt 1,921 Millionen Erwerbstätigen, die 2012 ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz hatten, waren 63 Prozent in den 24 Landkreisen und 37 Prozent in den zwölf kreisfreien Städten beschäftigt. Die Arbeitsplatzdichte war im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit 1 046 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter deutlich höher als in den Landkreisen (613). Unter den kreisfreien Städten hatte die Stadt Frankenthal die geringste Arbeitsplatzdichte (758); damit lag Frankenthal aber annähernd auf dem Niveau des Landkreises mit der höchsten Arbeitsplatzdichte (Bernkastel-Wittlich; 773). Der Anstieg der Erwerbstätigkeit fiel 2012 mit +0,7 Prozent wegen der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik landesweit nicht mehr ganz so kräftig aus wie noch 2011 (+1,1 Prozent). Rückläufig war die Zahl der Erwerbstätigen aber nur in vier Landkreisen und in der Stadt Trier.

Tourismus

Der Tourismus ist gemessen an den Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern für vier aneinander grenzende Landkreise im Nordwesten des Landes von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung. Die höchste Tourismusintensität hat von diesen Landkreisen mit rund 34 800 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner der Landkreis Cochem-Zell, gefolgt von den Kreisen Bernkastel-Wittlich (24 400), Vulkaneifel (23 025) und Ahrweiler (11 544). In den Kreisen Cochem-Zell und Bernkastel-Wittlich sank die Zahl der Übernachtungen jedoch überdurchschnittlich stark (–2,3 bzw. –3,9 Prozent). Im Landkreis Ahrweiler gab es ein leichtes Plus von 0,5 Prozent. Im Durchschnitt aller Landkreise gingen die Übernachtungen um 1,4 Prozent zurück.

Soziale Leistungen

Auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter entfallen in Rheinland-Pfalz 6,9 Beziehungen bzw. Beziehungen von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (Hartz IV). Diese sogenannte SGB II-Quote ist in den kreisfreien Städten deutlich höher (10,8) als in den Landkreisen (5,5) und hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Die Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) umfasst die Hilfearten des SGB XII (Kapitel 3 bis 9). Rund 80 Prozent der Bruttoausgaben für Sozialhilfe entstehen für Hilfen nach dem 5. bis 9. Kapitel. Hierzu zählen im Wesentlichen Eingliederungshilfen für behinderte Menschen und Hilfen zur Pflege oder zur Gesundheit. Im Jahr 2013 wurden im Land 1,052 Milliarden Euro für Hilfen nach dem 5. bis 9. Kapitel ausgegeben; davon entfielen 69 Prozent auf die Landkreise. Bezogen auf die Einwohnerzahl waren die Ausgaben in den kreisfreien Städten mit 314 Euro pro Kopf jedoch höher als in den Landkreisen mit 244 Euro. Der größte Teil dieser Ausgaben entfällt auf Eingliederungshilfen für behinderte Menschen nach dem 6. Kapitel (Rheinland-Pfalz: 78 Prozent).

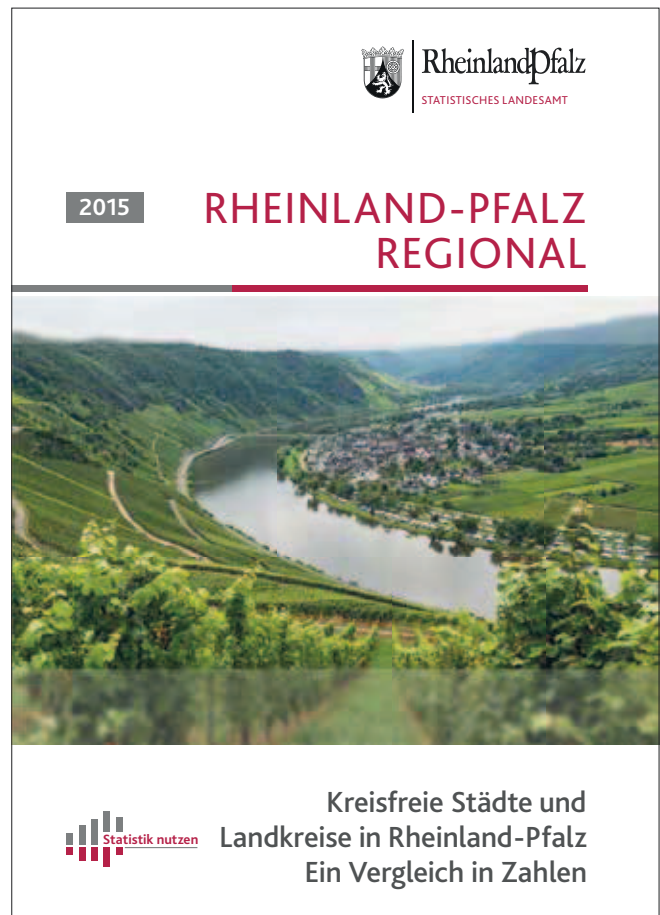
Öffentliche Finanzen

Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 2013 im Durchschnitt der kreisfreien Städte auf 1 224 Euro je Einwohnerin und Einwohner; in

den Landkreisen dagegen nur auf 817 Euro. Spitzenreiter im Land ist allerdings der Landkreis Mainz-Bingen mit 1 590 Euro, bei einem Anteil der Gewerbesteuereinnahmen (netto) von 60 Prozent.

Die Schulden der Kernhaushalte und Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich beliefen sich am 31. Dezember 2013 auf 2 977 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Sie waren in den kreisfreien Städten mit 5 498 Euro im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen (2 056). Bei den Landkreisen war der Schuldenstand in Kusel mit Abstand am höchsten (5 145). Bei den kreisfreien Städten setzte sich Pirmasens mit 8 833 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner von den anderen Städten ab. Den landesweit geringsten Schuldenstand in dieser Abgrenzung verzeichnet der Rhein-Hunsrück-Kreis mit 609 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz regional: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen“, Ausgabe 2014, umfasst 156 Seiten und wird im DIN A4-Format (broschiert) zum Preis von 11,50 Euro angeboten. Als PDF-Datei kann die Veröffentlichung kostenfrei heruntergeladen werden. Auch die PDF-Dateien früherer Ausgaben stehen zum Download bereit.



Verbraucherpreise im Januar 2015

Die Verbraucherpreise sind erstmals seit Oktober 2009 wieder unter das Vorjahresniveau gesunken. Sie lagen im Januar 2015 um 0,4 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Einen wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung hatten die erneut gesunkenen Preise für Mineralölprodukte (–20 Prozent). Kraftstoffe waren 16 Prozent und Heizöl sogar 31 Prozent günstiger als im Januar 2014. Auch der Gaspreis (–1,6 Prozent) entwickelte sich aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher günstig und trug zu der rückläufigen Preisentwicklung bei. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die Jahresteuersatzrate bei 0,8 Prozent gelegen.

Eine rückläufige Preisentwicklung war auch bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zu verzeichnen

(–0,5 Prozent). Binnen Jahresfrist sanken die Preise u. a. für Speisefette und Speiseöle (–9,6 Prozent), für Gemüse (–3,7 Prozent) sowie für Fleisch und Fleischwaren (–1,1 Prozent). Besonders große Preissenkungen gab es beispielsweise bei Butter (–21 Prozent), Gurken (–36 Prozent) und Bratwurst (–6,5 Prozent).

Im Vergleich zum Dezember 2014 fiel der Verbraucherpreisindex um 1,1 Prozent. Maßgeblich hierzu beigetragen haben die saisonbedingten Preissenkungen in den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung, Kultur“ (–5,2 Prozent; darunter Pauschalreisen: –19,5 Prozent) sowie „Bekleidung und Schuhe“ (–4,6 Prozent). In der Hauptgruppe „Verkehr“ (–1,6 Prozent) schlugen sich die auch im Vormonatsvergleich rückläufigen Kraftstoffpreise nieder (–6,6 Prozent).

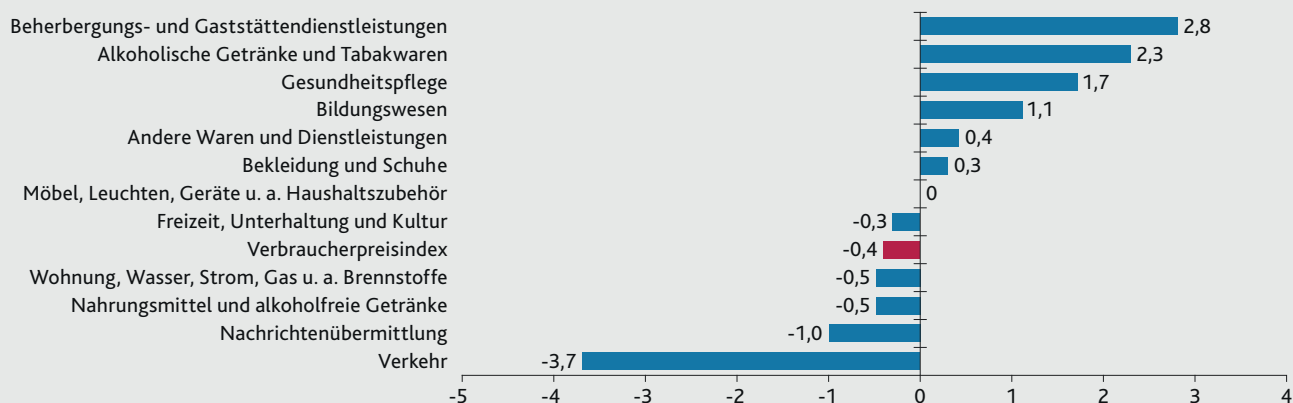
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

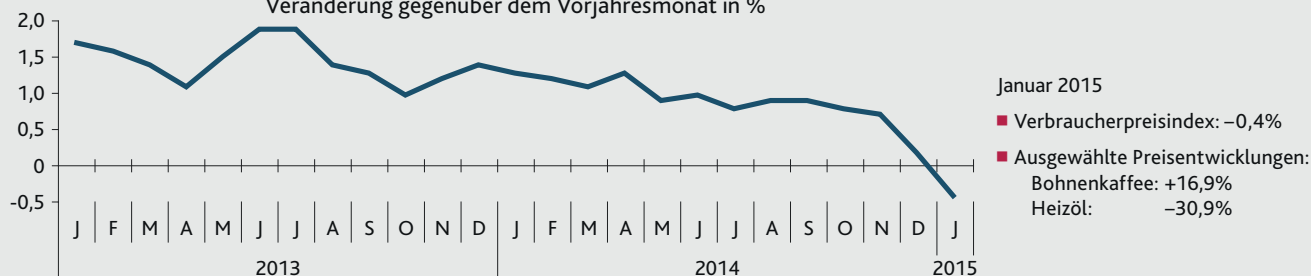
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Januar 2015

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Januar 2014 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

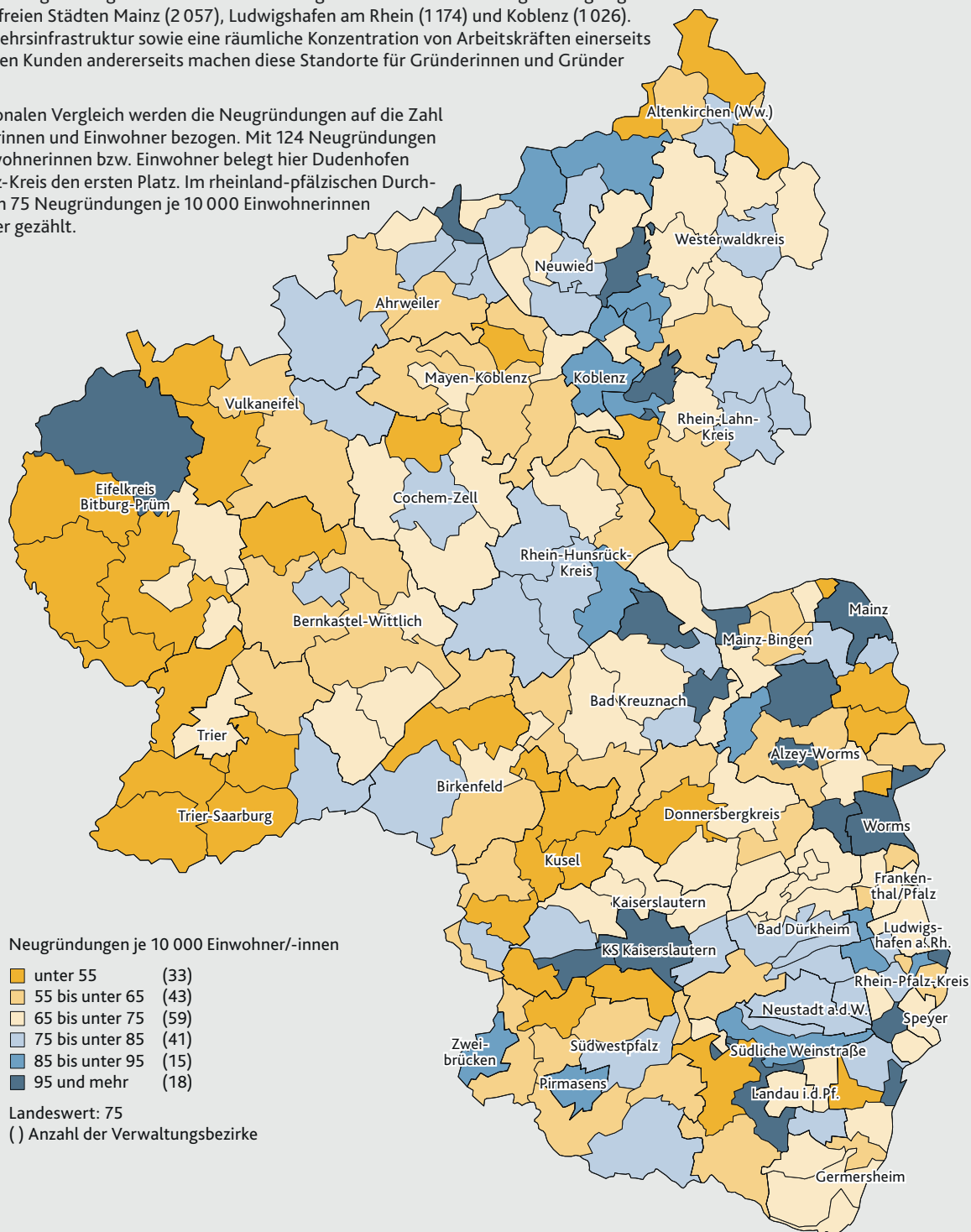


Neugründungen 2013 nach Verwaltungsbezirken

Rund 29 900 Neugründungen

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 29 900 Neugründungen – hierzu zählen Betriebsgründungen sowie sonstige Neugründungen – in Rheinland-Pfalz registriert. Die meisten Neugründungen gab es in den kreisfreien Städten Mainz (2 057), Ludwigshafen am Rhein (1 174) und Koblenz (1 026). Eine gute Verkehrsinfrastruktur sowie eine räumliche Konzentration von Arbeitskräften einerseits und potenziellen Kunden andererseits machen diese Standorte für Gründerinnen und Gründer attraktiv.

Für einen regionalen Vergleich werden die Neugründungen auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bezogen. Mit 124 Neugründungen je 10 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner belegt hier Dudenhofen im Rhein-Pfalz-Kreis den ersten Platz. Im rheinland-pfälzischen Durchschnitt wurden 75 Neugründungen je 10 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner gezählt.



Erwerbstätigkeit 2013

Erwerbstätigenquote bei über 49 Prozent



Von Merle Hattenhauer

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren im Jahr 2013 rund 1,97 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig; die Erwerbstätigenquote lag bei über 49 Prozent. Dies ist u. a. auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen zurückzuführen.

Immer häufiger arbeiten Erwerbstätige außerhalb der normalen Arbeitszeit. Im längerfristigen Vergleich stark zugenommen hat vor allem die Arbeit am Abend. Knapp 41 Prozent der Erwerbstätigen gaben an, zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr zu arbeiten.

Mikrozensus liefert wichtige Ergebnisse zur Erwerbsarbeit

Arbeitsmarktbericht-
erstattung
der amtlichen
Statistik

Die Arbeitsmarktberichterstattung der amtlichen Statistik bedient sich einer Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen. Zu nennen sind neben dem Mikrozensus und der darin integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Labour Force Survey – LFS) vor allem die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Mikrozensus
als dezentrale
Bundesstatistik

Der Mikrozensus wird als dezentrale Bundesstatistik in den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Ergebnisse gehen ein in Regierungsberichte und in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaft-

lichen Entwicklung. Darüber hinaus bilden sie die Grundlage für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Für eine Reihe kleinerer Erhebungen der empirischen Sozial- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- und Kontrollinstrument.

Zudem basieren viele nationale und internationale Indikatoren zur Beschäftigungspolitik auf den Ergebnissen des Mikrozensus zur Erwerbstätigkeit. Ein Beispiel ist die Erwerbstätigenquote, die einen der zentralen Indikatoren im europäischen Kontext darstellt. Der Erwerbsstatus der im Mikrozensus befragten Personen wird nach dem

Mikrozensus
als wichtige
Datenquelle

sogenannten „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erhoben.

Harmonisierte
Ergebnisse
über alle EU-
Staaten

Über die EU-Arbeitskräfteerhebung, die gemeinsam mit dem Mikrozensus durchgeführt wird, werden zudem Daten für europäische und nationale Nutzer bereitgestellt. Die Ergebnisse sind über alle EU-Mitgliedstaaten hinweg harmonisiert und ermöglichen somit europaweite Vergleiche. Das Frageprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasst außer den jährlich in gleicher Weise zu erfassenden Kernfragen auch sogenannte Ad-hoc-Module, die aktuelle Themen abdecken. Im Jahr 2013 wurden beispielsweise Daten über Arbeitsunfälle und andere beruflich bedingte gesundheitliche Beeinträchtigungen erhoben. Die Ad-hoc-Module werden allerdings nur mit einem Auswahlanteil von 0,1 Prozent erhoben, was die Möglichkeiten der Auswertung dieser Merkmale für kleinere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz sehr einschränkt.

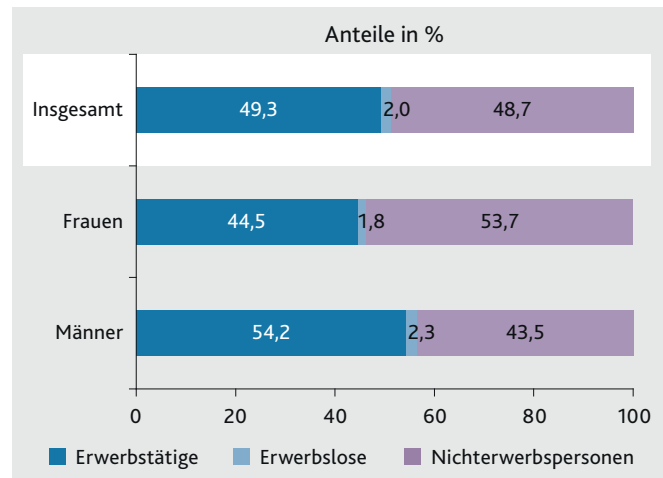
Ergebnisse
auf Basis des
Zensus 2011

Seit dem Umstieg auf ein unterjähriges Erhebungskonzept können Quartals- und Jahresdurchschnittsergebnisse bereitgestellt werden. Für Rheinland-Pfalz sollen im Folgenden Jahresdurchschnittsergebnisse für das Jahr 2013 dargestellt werden. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2013 wurden nicht mehr – wie noch in früheren Jahren – auf Basis der Volkszählung 1987 mit den jährlich fortgeschriebenen Veränderungen hochgerechnet, sondern erstmals auf Basis des Zensus 2011.

Zur Verdeutlichung der Entwicklung werden in diesem Beitrag Daten des Jahres 2003 herangezogen, wobei der Vergleichbarkeit aufgrund des Umstiegs von einer festen auf eine gleitende Berichtswoche im Jahr 2005 sowie auf den neuen Hochrechnungsrahmen auf Basis des Zensus 2011 Grenzen gesetzt sind.

G 1

Bevölkerung 2013 nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht



Erwerbstätigkeit steigt – vor allem bei Frauen

Zu den Erwerbspersonen gehören die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2013 waren rund 1,97 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, lag bei 49,3 Prozent.

1,97 Millionen
Erwerbstätige

Im Jahr 2003 betrug die Erwerbstätigenquote noch rund 44 Prozent; innerhalb der letzten zehn Jahre stieg der Wert damit um 4,9 Prozentpunkte. Der Anteil der Erwerbslosen belief sich 2013 auf zwei Prozent. Fast die Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (49 Prozent) zählt zu den Nichterwerbspersonen.

Anstieg der
Erwerbstätigen-
quote

Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern weichen deren Erwerbsmuster noch erheblich voneinander ab. Im Zeitraum von 2003 bis 2013 ist die Erwerbstätigenquote der Frauen um 6,5 Prozentpunkte auf über 44 Prozent gestiegen. Die Erwerbstätigenquote der Männer erhöhte sich im gleichen Zeit-

Zahl der er-
werbstätigen
Frauen steigt
stärker als die
der Männer

raum lediglich um 3,2 Prozentpunkte auf nunmehr gut 54 Prozent. Seit 2003 hat sich der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen von knapp 44 Prozent auf 46 Prozent erhöht. Ungeachtet dessen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2013 noch fast zehn Prozentpunkte unter der der Männer.

Erwerbstätigenquote der Frauen noch deutlich unter der der Männer

Werden nur die Personen im erwerbsfähigen Alter, d. h. zwischen 15 und 65 Jahren, betrachtet, so lag die Erwerbstätigenquote 2013 in Rheinland-Pfalz bei rund 74 Prozent. Die Differenz bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter wird häufig als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben genutzt. Mit einer Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen von 68 Prozent lag diese noch deutlich unter dem entsprechenden Wert der Männer (79 Prozent).

Personen ab 65 Jahren sind selten erwerbstätig. Lediglich 5,1 Prozent dieser Altersgruppe übten 2013 noch eine Erwerbstätigkeit aus (Frauen: 3,4 Prozent; Männer: 7,3 Prozent).

Immer mehr Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung

Der Eindruck der starken beruflichen Integration von Frauen relativiert sich, wenn die Arbeitszeit sowie das Einkommen als Kriterium hinzugezogen werden. Frauen stehen häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit dürfte der Zuwachs der Teilzeitarbeitsplätze ein wichtiger Faktor gewesen sein. So sind Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten nach wie vor deutlich überrepräsentiert. Bei den Vollzeitarbeitsplätzen überwiegen dagegen die Männer.

Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldatinnen und Soldaten.

Erwerbslose

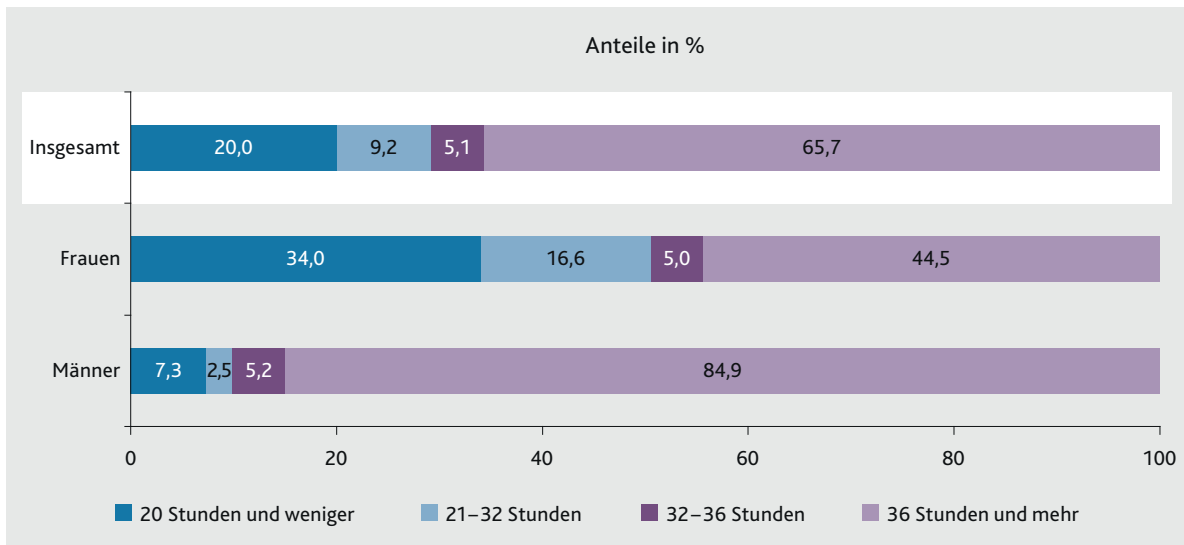
Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zur Zeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartnerinnen und Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

Nichterwerbspersonen

Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

G 2

Abhängig Erwerbstätige 2013 nach normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden und Geschlecht



Von den rund 1,76 Millionen abhängig erwerbstätigen Personen in Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2013 gut 71 Prozent einer Vollzeittätigkeit nach, rund 29 Prozent sind teilzeitbeschäftigt.¹ Abhängig erwerbstätige Frauen gingen im Jahr 2013 zu knapp 51 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den abhängig erwerbstätigen Männern waren es lediglich zehn Prozent.

Anteil der Teilzeitbeschäftigten steigt

Insgesamt waren rund 514 000 Personen, d. h. mehr als ein Viertel (29 Prozent) der im Mikrozensus erfassten abhängig Erwerbstätigen im Jahr 2013 teilzeitbeschäftigt (2003: 24 Prozent). Damit hat sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen im genannten Zeitraum um 4,9 Prozentpunkte erhöht.

Im Jahr 2013 waren in Rheinland-Pfalz mehr als neun Prozent der Erwerbstätigen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Zu den geringfügigen Beschäftigten zählen

Tätigkeiten mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von bis zu 450 Euro oder kurzfristige Beschäftigungen wie Saisonbeschäftigungen mit bis zu 50 Arbeitstagen. Frauen sind mit mehr als 14 Prozent dabei wesentlich häufiger ausschließlich geringfügig beschäftigt als Männer (fünf Prozent). Wie die Teilzeitbeschäftigung hat auch die geringfügige Beschäftigung in den letzten Jahren zugenommen. So lag der Anteil der Erwerbstätigen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, an allen Erwerbstätigen im Jahr 2003 noch bei acht Prozent (Frauen: 14 Prozent; Männer: 2,7 Prozent). Besonders die Neuregelung von Mini- und Midijobs führte zur weiteren Ausbreitung von geringfügiger Erwerbstätigkeit.

Vor allem Frauen häufig teilzeit- oder geringfügig beschäftigt

Lebensunterhalt wird überwiegend aus Erwerbstätigkeit bezogen

Rund 44 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung bezogen 2013 ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus eigener Erwerbstätigkeit. Unterschiedlich hoch sind die Anteile bei Männern und Frauen: Rund

Männer bestreiten Lebensunterhalt häufiger selbst

¹ Zu den Vollzeitbeschäftigten werden hier alle Erwerbstätigen gezählt, die mindestens 32 Stunden in der Woche arbeiten. Teilzeitbeschäftigte sind dementsprechend Personen, die 31 Stunden oder weniger in der Woche einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit und Bildung. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 16 000 Haushalte mit rund 35 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 340 000 Haushalte mit etwa 690 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

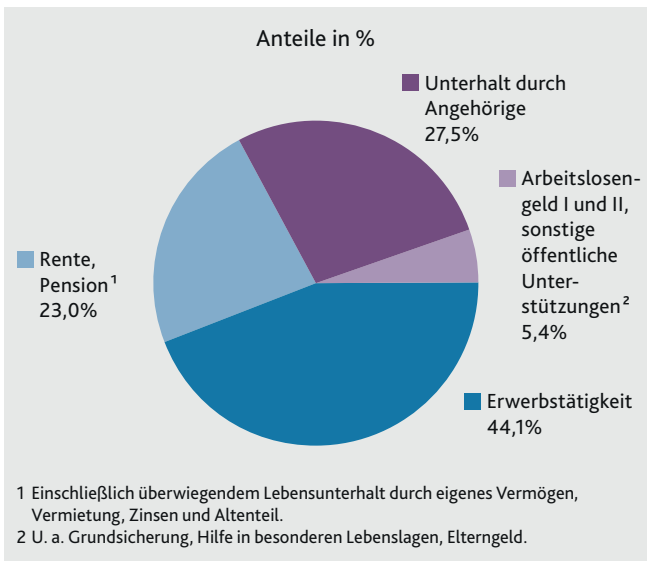
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2016 gültig. Für den Mikrozensus ab 2016 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 3

Bevölkerung 2013 nach überwiegendem Lebensunterhalt



51 Prozent der Männer lebten überwiegend von Erwerbstätigkeit; bei den Frauen waren es nur 38 Prozent. Gut ein Fünftel (21 Prozent) der Männer und 34 Prozent der Frauen bestritten ihren Lebensunterhalt über Einkünfte von Angehörigen. Die Gruppe der Personen im Alter von 65 Jahren und älter lebte 2013 fast ausschließlich von Renten- und Pensionszahlungen (85 Prozent). Bei den Männern dieser Altersgruppe waren es 95 Prozent, bei den Frauen 77 Prozent.

Höheres Ausbildungsniveau verbessert Aussicht auf Erwerbstätigkeit

Bildung lohnt sich

Bildung ist zum entscheidenden Standortfaktor geworden. So stellt eine stark wissensbasierte Gesellschaft immer höhere Ansprüche an das Bildungsniveau der Arbeitskräfte. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Im Ergebnis nimmt die Erwerbstätigenquote mit zunehmendem Bildungsabschluss zu.

Von den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung übten 2013 nur 36 Prozent eine Erwerbstätigkeit aus. Dagegen waren 63 Prozent der Personen mit einer Lehr- oder Anlernausbildung o. Ä. erwerbstätig. Noch höher lag der Anteil der Erwerbstätigen unter den Absolventen einer Meister- oder Technikerausbildung oder eines Fach- bzw. Hochschulstudiums o. Ä. (74 Prozent).

Jede bzw. jeder zehnte Erwerbstätige ist selbstständig

Im Jahr 2013 waren zehn Prozent der Erwerbstätigen selbstständig. Gegenüber 2003 stieg die Zahl der Selbstständigen um 0,2 Prozentpunkte. Die Mehrheit der Selbstständigen sind Männer (70 Prozent). So übten 13 Prozent der erwerbstätigen Männer eine selbstständige Tätigkeit aus. Bei den Frauen waren es lediglich 6,5 Prozent.

Selbstständige sind überwiegend Männer

Insgesamt betrachtet war der überwiegende Teil der Erwerbstätigen Angestellte bzw. Angestellter (60 Prozent) oder Arbeiterin bzw. Arbeiter (19 Prozent). Auf die Beamtinnen und Beamten entfielen 6,1 Prozent der Erwerbstätigen und auf die mithelfenden Familienangehörigen 0,6 Prozent.

Immer mehr Erwerbstätige arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit

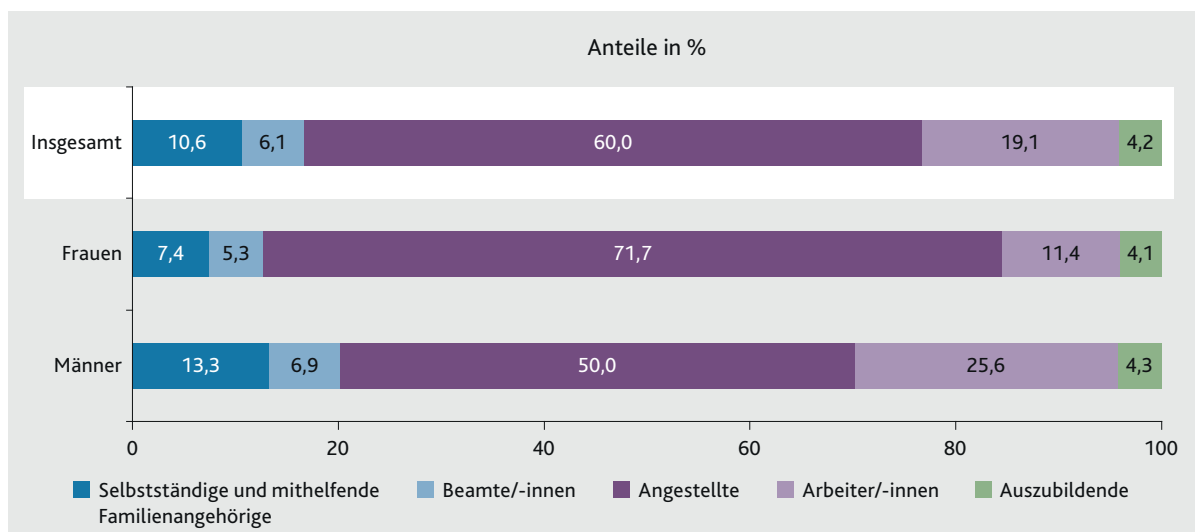
Im Jahr 2013 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 56 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen oder leisteten Abend- oder Nachtarbeit bzw. Wechselschichten. Seit 2003 ist ihr Anteil damit um vier Prozentpunkte gestiegen.

Dies zeigt, dass die Anforderungen an die zeitliche Flexibilität der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren gestiegen sind. Immer mehr Menschen sind außerhalb

Arbeit am Abend hat besonders zugenommen

G 4

Erwerbstätige 2013 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



der „normalen“ Arbeitszeit – von Montag bis Freitag zwischen 6 und 18 Uhr – gefordert. Besonders stark zugenommen hat die Arbeit am Abend. Im Jahr 2003 arbeiteten 36 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr, zehn Jahre später lag dieser Anteil fünf Prozentpunkte darüber. Geringfügig zugenommen hat auch die Samstagsarbeit; 46 Prozent der Erwerbstätigen mussten im Jahr 2013 zumindest gelegentlich an Samstagen arbeiten, zehn Jahre zuvor waren es 44 Prozent. Über zumindest gelegentliche Arbeitseinsätze an Sonn- oder Feiertagen berichteten 28 Prozent der Erwerbstätigen (2003: 25 Prozent). Nachtarbeit mussten 14 Prozent der Erwerbstätigen leisten (2003: ebenfalls 14 Prozent), in Wechselschichten waren 14 Prozent eingesetzt (2003: 13 Prozent).

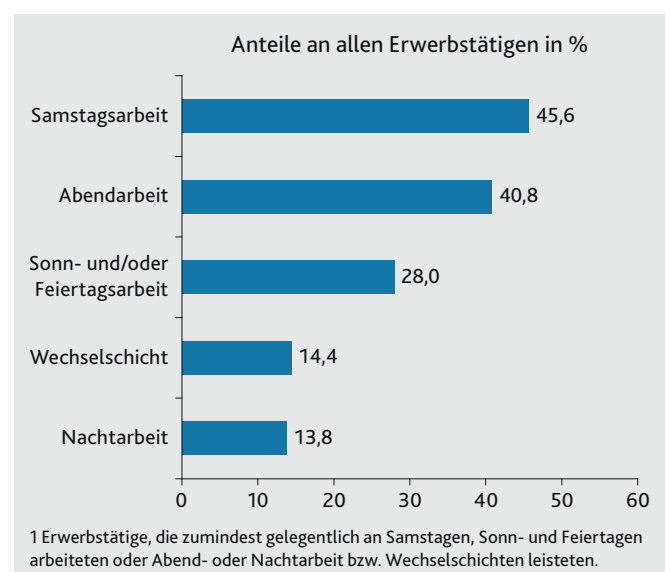
Im Schnitt fast 500 000 Überstunden pro Woche

Insgesamt gaben rund fünf Prozent der abhängig Erwerbstätigen an, in der Woche vor der Befragung Überstunden geleistet zu haben.

Männer leisten häufiger Mehrarbeit als Frauen. Von den abhängig beschäftigten Männern hatten 5,8 Prozent in der Berichtswoche mehr Stunden als normalerweise gearbeitet. Bei den Frauen waren es 3,1 Prozent. Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz nach den Ergebnissen des Mikrozensus durchschnittlich fast 500 000 Überstunden pro Woche geleistet.

Männer mit mehr Überstunden

G 5

Erwerbstätige¹ 2013 nach Arbeitszeiten

Die 76 700 abhängig Erwerbstätigen mit Überstunden leisteten in der Berichtswoche im Durchschnitt 6,1 Überstunden. Von diesem Personenkreis erbrachten 41 Prozent bis zu fünf Überstunden, 26 Prozent zwischen sechs und zehn Überstunden sowie 16 Prozent elf oder mehr Überstunden.

Befristete Arbeitsverträge häufig bei Berufsanfängerinnen und -anfänger

Jeder achte abhängig Erwerbstätige hat befristeten Vertrag

Mehr als 209 000 abhängig Erwerbstätige waren 2013 auf Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrags beschäftigt. Damit hatten rund zwölf Prozent aller abhängig Erwerbstätigen einen Zeitvertrag. Insbesondere jüngere Menschen sind zu Beginn ihrer Berufslaufbahn befristet beschäftigt. Von den befristet Beschäftigten sind 64 Prozent jünger als 30 Jahre. Als Ursache der Befristung nannten 43 Prozent ihr Ausbildungsverhältnis. Rund 15 Prozent gaben an, keine Daueranstellung zu finden bzw. dass eine solche nicht gewünscht sei. In der Probezeit befanden sich neun Prozent und 32 Prozent nannten sonstige Gründe.

Im Vergleich zum Jahr 2003 ist die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse um 0,5 Prozentpunkte gestiegen.

Immer mehr Menschen mit Zweitjob

104 800 Erwerbstätige haben einen Zweitjob

Immer mehr rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessern ihr Einkommen mit einem Nebenjob auf. In Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2013 rund 104 800 Erwerbstätige – das waren fast sechs Prozent aller Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) – neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit einer zweiten Beschäftigung nach. Davon übten knapp zwei Drittel (64 Prozent) ihre Nebentätigkeit regelmäßig

aus, die übrigen Erwerbstätigen arbeiteten nur gelegentlich oder saisonal bedingt in ihrem Zweitjob. Gegenüber 2003 hat sich der Anteil der Erwerbstätigen mit Zweitjob an allen Erwerbstätigen um 3,9 Prozentpunkte erhöht.

Jeder Vierte abhängig Erwerbstätige ist „atypisch“ beschäftigt

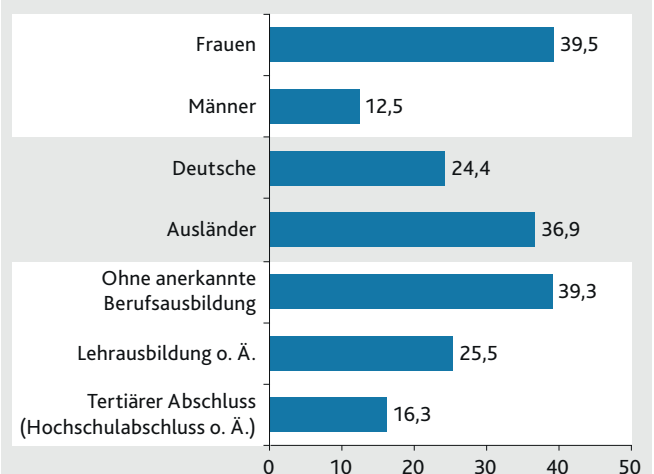
Gut ein Viertel der abhängig Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter in Rheinland-Pfalz arbeitete 2013 in sogenannten atypischen Beschäftigungsformen. Hierzu gehören befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden. Zwischen 2003 und 2013 stieg der Anteil der abhängig Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz um 1,9 Prozentpunkte auf rund 25 Prozent. Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ bleibt aber weiterhin die vorherrschende Beschäftigungsform.

Jeder vierte Beschäftigte mit „atypischer“ Beschäftigungsform

G 6

Atypisch Beschäftigte¹ 2013

Anteile an allen abhängig Beschäftigten der jeweiligen Beschäftigungsgruppe in %



¹ Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung oder Ausbildung.

T 1

Erwerbstätige¹ in unterschiedlichen Erwerbsformen 2013 nach Geschlecht

Erwerbsform	Insgesamt	Frauen	Männer
	1 000		
Selbstständige	177	53	125
Abhängig Beschäftigte	1 576	750	826
in einem Normalarbeitsverhältnis	1 177	454	723
atypisch Beschäftigte ²	400	296	103
befristet Beschäftigte	113	59	54
Teilzeitbeschäftigte	284	248	35
geringfügig Beschäftigte	127	101	26
Insgesamt ³	1 760	809	951

1 Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung und Ausbildung und ohne Personen im freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst. – 2 Mehrfachzählungen möglich. – 3 Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

Frauen besonders häufig in „atypischen“ Beschäftigungsformen

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern: Während sich 39 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen im Jahr 2013 in einer „atypischen“ Beschäftigung befanden, traf dies nur auf dreizehn Prozent der Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür ist die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen auch durchaus gewollt ist (z. B. aus familiären Gründen). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation sind besonders häufig in atypischen Beschäftigungsformen zu finden. So lag der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne anerkannte Berufsausbildung im Jahr 2013 bei 39 Prozent. Der entsprechende Wert bei Beschäftigten mit einer Lehrausbildung o. Ä. betrug demgegenüber 25 Prozent, während von den Höherqualifizierten nur 16 Prozent einer atypischen Beschäftigung nachgingen. Mit 37 Prozent waren die neuen Beschäftigungsformen auch bei ausländischen Beschäftigten überdurchschnittlich stark vertreten (deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: 24 Prozent).

Die Frage, woraus sie überwiegend die Mittel für ihren Lebensunterhalt beziehen, beantworten atypisch Beschäftigte wesent-

lich seltener mit eigener Erwerbstätigkeit als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis. Rund 76 Prozent der atypisch Beschäftigten, aber 98 Prozent der abhängig Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend über eigene Erwerbstätigkeit. Gut 15 Prozent der atypisch Erwerbstätigen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren. Leistungen nach Hartz IV waren für 2,8 Prozent der atypisch Beschäftigten Haupteinnahmequelle.

Vor allem männliche Erwerbslose auf der Suche nach Vollzeitstellen

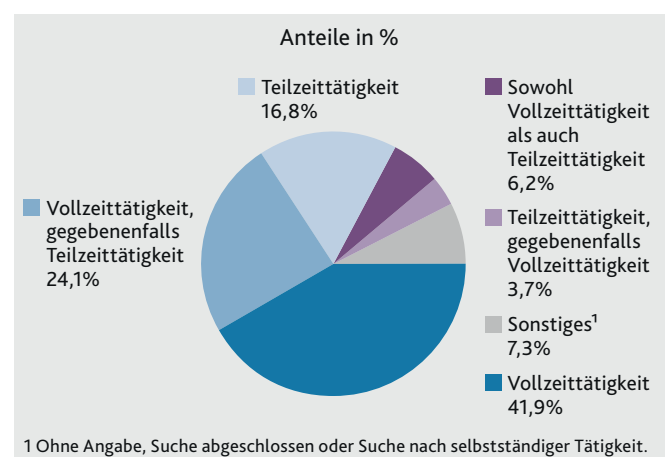
Rund 42 Prozent der fast 82 000 Erwerbslosen in Rheinland-Pfalz suchten im Jahr 2013 ausschließlich eine Vollzeittätigkeit; für rund 17 Prozent kam nur eine Teilzeittätigkeit in Frage. Dagegen waren 34 Prozent hinsichtlich des Umfangs der gesuchten Tätigkeit flexibel.

Frauen und Männer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Präferenzen: 57 Prozent der Männer, aber nur 23 Prozent der Frauen gaben an, ausschließlich eine

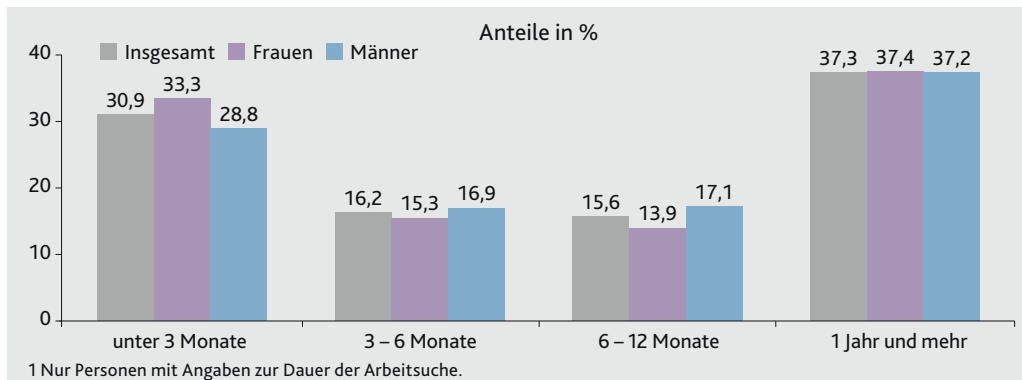
Frauen suchen häufiger Teilzeittstellen

G 7

Erwerbslose 2013 nach der Art der gesuchten Tätigkeit



G 8

Erwerbslose 2013 nach der Dauer der Arbeitsuche¹ und Geschlecht

Vollzeitstelle zu suchen. Dagegen strebten anteilig deutlich mehr Frauen ausschließlich eine Teilzeitstelle an als bei den Männern.

Knapp 60 Prozent der Erwerbslosen bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder II, 33 Prozent wurden hauptsächlich durch Angehörige unterstützt. Arbeitslosengeld war für 66 Prozent der Männer und 51 Prozent der Frauen Haupteinkommensquelle. Rund 27 Prozent der Männer und 39 Prozent der Frauen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren.

Bereits ein Jahr und länger suchten 37 Prozent der Erwerbslosen nach einer Erwerbstätigkeit. Rund 31 Prozent der Erwerbslosen war zum Zeitpunkt der Befragung erst seit kurzer Zeit erwerbslos. Bei den Frauen gaben 33 Prozent, bei den Männern 29 Prozent an, erst seit weniger als drei Monaten auf der Suche nach Arbeit zu sein.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt mithilfe des Mikrozensus über wichtige Daten zur Erwerbstätigkeit. Überall in Europa hat die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen; ein Trend, der auch in Rheinland-Pfalz zu beobachten ist. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind dabei nach wie vor bei Frauen deutlich stärker verbreitet als bei Männern. Strukturelle Veränderungen im Zeitverlauf zeigen sich auch in anderen Bereichen, z. B. beim Anstieg befristeter Arbeitsverhältnisse und der Zahl der Zweitjobs oder der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Erwerbstätigkeit der Frauen steigt in ganz Europa

Mehr als jeder Dritte Erwerbslose ist schon mindestens ein Jahr auf Arbeitssuche

Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), leitet das Referat „Mikrozensus, Haushaltserhebungen“.

Info

Detaillierte Informationen zum Themenbereich Erwerbstätigkeit finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2014 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch
Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen 2008 bis 2012



Von Diane Dammers

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen geben Auskunft über die Leistungsfähigkeit und ökonomische Bedeutung der Gesundheitswirtschaft. Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ hat 2014 erstmals für ausgewählte Bundesländer – darunter Rheinland-Pfalz – eine Gesundheitsausgabenrechnung nach einem länderübergreifenden Ansatz durchgeführt. Nach der Einführung einer Gesundheitspersonalrechnung ist dies ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungssystem der Länder. Die Ergebnisse von Gesundheitsausgaben- und Gesundheitspersonalrechnung weisen auf strukturelle Unterschiede im Gesundheitswesen der Bundesländer hin.

Gesundheitsökonomisches Gesamtrechnungssystem wird sukzessive aufgebaut

Bedeutung
der Branche
ist schwer zu
messen

Die Gesundheitsbranche hat eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung, die sich jedoch nur schwer messen lässt. In der aktuellen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008) findet sich das Gesundheitswesen nicht als separater Wirtschaftszweig wieder. Es setzt sich vielmehr aus verschiedenen Wirtschaftszweigen zusammen und ist insofern eine sogenannte „Querschnittsbranche“. Ziel der Gesundheitsökonomischen Gesamt-

rechnungen ist es daher, durch die Verknüpfung verschiedener Datenquellen einen Beitrag zur Quantifizierung der Bedeutung des Gesundheitswesens zu leisten.

Als Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen werden Rechenwerke bezeichnet, die sich mit Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft beschäftigen und die gegenwärtig noch entwickelt werden. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen und der dafür eingesetzten Ressourcen sowie zu zukünftigen Entwicklungstendenzen in der Gesundheitswirtschaft bereit.¹

Rechenwerke
werden noch
entwickelt

Der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ gehö-

¹ Ausführlichere Informationen zu Definitionen und Methodik der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen bietet die Internetseite der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) www.ggrdl.de sowie der Aufsatz „Personal im Gesundheitswesen 2008 bis 2011“ in der Ausgabe 03/2014 der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz.

Strukturelle Unterschiede im Gesundheitswesen zwischen den Ländern

ren derzeit die Statistischen Landesämter von Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen sowie das Statistische Bundesamt an. Sie verfolgt das Ziel, Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen für die Bundesländer nach einer einheitlichen Methode zu erstellen. Die Notwendigkeit zur Durchführung von Berechnungen auf Länderebene ergibt sich durch die strukturellen Unterschiede im Gesundheitswesen zwischen den einzelnen Bundesländern, die durch die weitestmögliche Nutzung länderspezifischer Daten sichtbar gemacht werden sollen.

Gesamtrechnungssystem besteht aus drei Komponenten

Die Komponenten des Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungssystems der Länder werden sukzessive entwickelt. Im Jahr 2013 wurde für die sechs an der Arbeitsgruppe beteiligten Länder zum ersten Mal eine Gesundheitspersonalrechnung nach einheitlichem Ansatz vorgelegt. Es folgte eine Gesundheitsausgabenrechnung, die 2014 erstmals nach vergleichbarer Methodik für fünf Länder – Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen – durchgeführt wurde. Für die Zukunft ist geplant, das System der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder durch eine Wertschöpfungsrechnung zu vervollständigen. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich 2016 veröffentlicht.

Gesamtrechnungen führen Daten aus verschiedenen Quellen zusammen

Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen führen Daten aus verschiedenen Quellen in einem einheitlichen Rechenwerk zusammen.² Sie beruhen so weit wie möglich auf Daten aus Erhebungen, die von den statistischen Ämtern durchgeführt werden. So greift die Gesundheitsausgabenrechnung

u. a. auf Ergebnisse der Sozialhilfestatistik des Bundes und der Länder zurück, während die Gesundheitspersonalrechnung Daten aus der Krankenhausstatistik und der Pflegestatistik verwendet. Außerdem fließen Statistiken anderer Institutionen, wie z. B. des GKV-Spitzenverbands, der Ärztekammern oder der Bundesagentur für Arbeit, in die Berechnungen ein. Liegen für einen Teilbereich keine länderspezifischen Daten vor, werden die Ergebnisse der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen des Bundes anhand des jeweiligen Bevölkerungsanteils auf die Bundesländer aufgeteilt.

Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen, das die Federführung innerhalb der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder innehat, beschafft die benötigten Daten überwiegend zentral für alle Arbeitsgruppenmitglieder. Um eine möglichst effiziente und einheitliche Durchführung zu gewährleisten, werden auch die Berechnungen weitgehend zentral in Sachsen vorgenommen. Lediglich bei den Ausgabenträgern „Gesetzliche Krankenversicherung“ und „Soziale Pflegeversicherung“ der Gesundheitsausgabenrechnung ist bislang eine dezentrale Datenbeschaffung und Berechnung erforderlich.

Zentrale Datenbeschaffung und Berechnung

Gesundheitsausgaben werden für acht Ausgabenträger berechnet

Die Gesundheitsausgabenrechnung beinhaltet alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Die Berechnung beruht auf dem Inländerprinzip. Demnach enthalten die Gesundheitsausgaben nur die Käufe der inländischen Bevölkerung.

Gesundheitsausgaben haben direkten Patientenbezug

² Quellen und Berechnungsmethoden sind in den Methodendokumentationen zur Gesundheitsausgaben- und Gesundheitspersonalrechnung detailliert dargestellt, die unter www.ggrdl.de/ggr_methodisches_instrumentarium.html erhältlich sind.

Gesundheitswesen nach Ausgabenträgern

Gliederung der Gesundheitsausgabenrechnung

1. Öffentliche Haushalte
 - 1.1 Leistungen der Sozialhilfe
 - 1.2 Asylbewerberleistungen
 - 1.3 Leistungen der Kriegsopferfürsorge
 - 1.4 Leistungen der Kriegsopferversorgung
 - 1.5 Leistungen der Bundesagentur für Arbeit
 - 1.6 Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstige öffentliche Ausgaben
2. Gesetzliche Krankenversicherung
3. Soziale Pflegeversicherung
4. Rentenversicherung
5. Gesetzliche Unfallversicherung
6. Private Krankenversicherung
7. Arbeitgeber
8. Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck

Zu den Gesundheitsausgaben zählen nur Transaktionen für die letzte Verwendung, ein direkter Patientenbezug muss daher im Regelfall gegeben sein. Transaktionen zwischen Leistungserbringern, z. B. zwischen Großhändlern und Apothekern, gehören folglich nicht zu den Gesundheitsausgaben.

Acht Ausgabenträger

Die Gesundheitsausgaben werden differenziert nach Ausgabenträgern berechnet und dargestellt. Gesundheitsrelevante Ausgaben werden von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure getätigt, die zu acht Ausgabenträgern zusammengefasst werden (siehe Textkasten). Der Ausgabenträger „Öffentliche Haushalte“ beinhaltet die gesundheitsrelevanten Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Dazu gehören u. a. Ausgaben im Rahmen der Sozialhilfe, des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie der Versorgung von Kriegsopfern und Asylsuchenden.

Ein großer Teil der Gesundheitsausgaben wird von den verschiedenen Zweigen der

gesetzlichen Sozialversicherung getragen, insbesondere von der gesetzlichen Krankenversicherung. In Deutschland gibt es etwa 130 Krankenkassen, zwischen denen die gesetzlich Krankenversicherten unter Berücksichtigung verschiedener regionaler und anderer Einschränkungen wählen können. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung wird zwischen sechs Kassenarten unterschieden: Allgemeine Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen, Landwirtschaftliche Krankenkasse, Bundesknappschaft Bahn-See und Ersatzkassen. In die Gesundheitsausgaben werden nicht alle Ausgaben dieser Kassen einbezogen. Nicht zu den primären Gesundheitsausgaben zählen u. a. Aufwendungen für Forschung und Ausbildung im Gesundheitswesen, Ausgaben für krankheitsbedingte Folgen sowie Einkommensleistungen.

Ein weiterer wichtiger Ausgabenträger ist die soziale Pflegeversicherung. Sie wird von den Pflegekassen der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Jeder Krankenkasse ist eine separate Pflegekasse als rechtlich selbstständige Körperschaft zugeordnet. Darüber hinaus fallen auch bei anderen Zweigen der Sozialversicherung Gesundheitsausgaben an, wenn auch in geringerem Umfang als bei der Kranken- und Pflegeversicherung. In der Gesundheitsausgabenrechnung werden daher auch die gesetzliche Renten- und Unfallversicherung als Ausgabenträger berücksichtigt.

Die private Krankenversicherung trägt in erster Linie die Gesundheitsausgaben für Selbstständige, Beamtinnen und Beamte sowie für Angestellte, die sich für die Mitgliedschaft in einer privaten Krankenversicherung entschieden haben, da ihr Jahresgehalt über der Versicherungspflichtgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung liegt.

Etwa 130 gesetzliche Krankenkassen in Deutschland

Auch bei anderen Zweigen der Sozialversicherung fallen Gesundheitsausgaben an

Ausgabenträger „Private Krankenversicherung“ enthält Kranken- und Pflegeversicherung

Der Ausgabenträger „Private Krankenversicherung“ umfasst auch die Gesundheitsausgaben der Pflegeversicherung für den genannten Personenkreis.

Gesundheitsausgaben privater und öffentlicher Arbeitgeber

Der Ausgabenträger „Arbeitgeber“ beinhaltet die gesundheitsrelevanten Ausgaben privater und öffentlicher Arbeitgeber. Neben den Ausgaben der Unternehmen für einen betrieblichen Gesundheitsdienst zählen hierzu die Fürsorgeleistungen öffentlicher Arbeitgeber, die z. B. einmalige und laufende Unterstützungen, Leistungen der Unfallfürsorge, Reihenuntersuchungen, Schutzimpfungen sowie Ausgaben des betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienstes umfassen. Hinzu kommen die Beihilfeausgaben der öffentlichen und privaten Arbeitgeber. Unter Beihilfe wird die finanzielle Unterstützung in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen für Beamtinnen und Beamte, Soldatinnen und Soldaten, Berufsrichterinnen und -richter sowie deren Kinder und Ehepartnerinnen bzw. -partner verstanden. Private Unternehmen können auf tarifvertraglicher Ebene ebenfalls Unterstützungen im Krankheitsfall gewähren.

Gesundheitsausgaben privater Haushalte erfolgen als Zuzahlungen oder Direktkäufe

Auch die privaten Haushalte tätigen in erheblichem Umfang gesundheitsrelevante Ausgaben. Hierbei handelt es sich zum einen um Zuzahlungen zu Leistungen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung oder sonstiger Versicherungssysteme. Zum anderen treten die Haushalte unmittelbar als Käufer von gesundheitsbezogenen Produkten oder Dienstleistungen in Erscheinung. Die Gesundheitsausgaben privater Haushalte werden mit den Ausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck in einem Ausgabenträger zusammengefasst. Private Organisationen ohne Erwerbszweck sind alle Organisationen, Verbände und

Vereine, die privaten Haushalten ihre Leistungen unentgeltlich oder zu nicht kosten deckenden Preisen anbieten.

Gesundheitsausgaben steigen stärker als das Bruttoinlandsprodukt

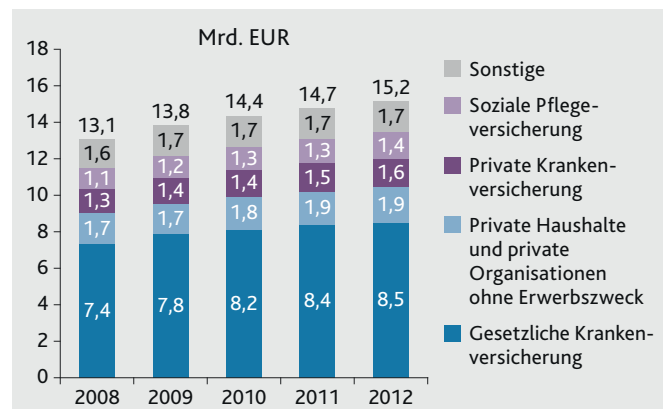
In Rheinland-Pfalz beliefen sich die Gesundheitsausgaben 2012 auf 15,2 Milliarden Euro. Damit waren sie um zwei Milliarden Euro höher als zu Beginn des Berichtszeitraumes 2008. Dies entspricht einer Zunahme um knapp 16 Prozent. Die größten prozentualen Zuwächse gab es bei der sozialen Pflegeversicherung (+22 Prozent), bei der privaten Krankenversicherung (+18 Prozent) und bei den privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (+16 Prozent).

15,2 Milliarden Euro werden 2012 für Gesundheit ausgegeben

Auch in anderen Bundesländern sind die Gesundheitsausgaben kräftig gestiegen. Von den vier weiteren Ländern, für die vergleichbare Ergebnisse aus der Gesundheitsausgabenrechnung vorliegen, verzeichneten zwei eine größere prozentuale Erhöhung als Rheinland-Pfalz (Sachsen: +17 Prozent, Thüringen: +16 Prozent). Am niedrigsten war die Zunahme in Baden-Württemberg (+12 Prozent).

G 1

Gesundheitsausgaben in Rheinland-Pfalz 2008–2012 nach Ausgabenträgern



T 1

Gesundheitsausgaben 2012 nach Ausgabenträgern¹ und ausgewählten Bundesländern

Ausgabenträger	Einheit	Baden-Württemberg	Hessen	Rheinland-Pfalz	Sachsen	Thüringen
Gesundheitsausgaben insgesamt	Mrd. EUR	38,1	22,9	15,2	15,2	8,3
Gesundheitsausgaben je Einwohner/-in	EUR	3 612	3 819	3 802	3 764	3 812
Öffentliche Haushalte	EUR	152	185	174	136	148
Gesetzliche Krankenversicherung	EUR	1 911	2 040	2 142	2 425	2 369
Soziale Pflegeversicherung	EUR	289	352	352	425	408
Gesetzliche Rentenversicherung	EUR	53	53	53	53	53
Gesetzliche Unfallversicherung	EUR	61	61	61	61	61
Private Krankenversicherung	EUR	386	378	393	179	202
Arbeitgeber	EUR	172	167	149	150	147
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	EUR	588	583	479	336	425

¹ Zur Verteilung der Gesundheitsausgaben der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung auf die Bundesländer liegen keine Informationen vor.

Wachsende Gesundheitsausgaben auch während der Wirtschaftskrise

Ein Vergleich mit dem Bruttoinlandsprodukt verdeutlicht die zunehmende ökonomische Bedeutung des Gesundheitswesens. Der Anstieg der Gesundheitsausgaben übertraf den Wertschöpfungszuwachs. Der Erhöhung der Gesundheitsausgaben um 16 Prozent stand zwischen 2008 und 2012 eine zehnprozentige Zunahme des Bruttoinlandsproduktes (in jeweiligen Preisen) gegenüber. Auch als das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt in der Wirtschaftskrise 2009 um 2,6 Prozent sank, stiegen die Gesundheitsausgaben weiter. In den übrigen Mitgliedsländern der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder blieb die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ebenfalls hinter der Erhöhung der Gesundheitsausgaben zurück.

Pro-Kopf-Ausgaben liegen bei 3 800 Euro

Da Vergleiche der absoluten Höhe der Gesundheitsausgaben aufgrund der unterschiedlichen Größe der Bundesländer nicht sinnvoll sind, werden sie auf die Einwohnerzahl bezogen. Von den fünf Ländern, für die Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung nach länderübergreifendem Ansatz vorliegen, wies Hessen 2012 mit 3 820 Euro die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben auf. Rheinland-Pfalz folgte hinter Thüringen

an dritter Stelle. Im Land beliefen sich die Gesundheitsausgaben auf 3 800 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Am niedrigsten waren die Pro-Kopf-Ausgaben in Baden-Württemberg mit 3 610 Euro.

Gesetzliche Krankenversicherung trägt mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben

Die Verteilung der Gesundheitsausgaben auf die Ausgabenträger deutet auf strukturelle Unterschiede im Gesundheitswesen der Bundesländer hin. Gemeinsam ist allen fünf Ländern, dass die gesetzliche Krankenversicherung mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben trägt. In Rheinland-Pfalz kam sie 2012 für 56 Prozent der Ausgaben auf. In Sachsen und Thüringen war ihr Anteil mit 64 bzw. 62 Prozent allerdings deutlich höher. Am niedrigsten war der Ausgabenanteil in Baden-Württemberg (53 Prozent).

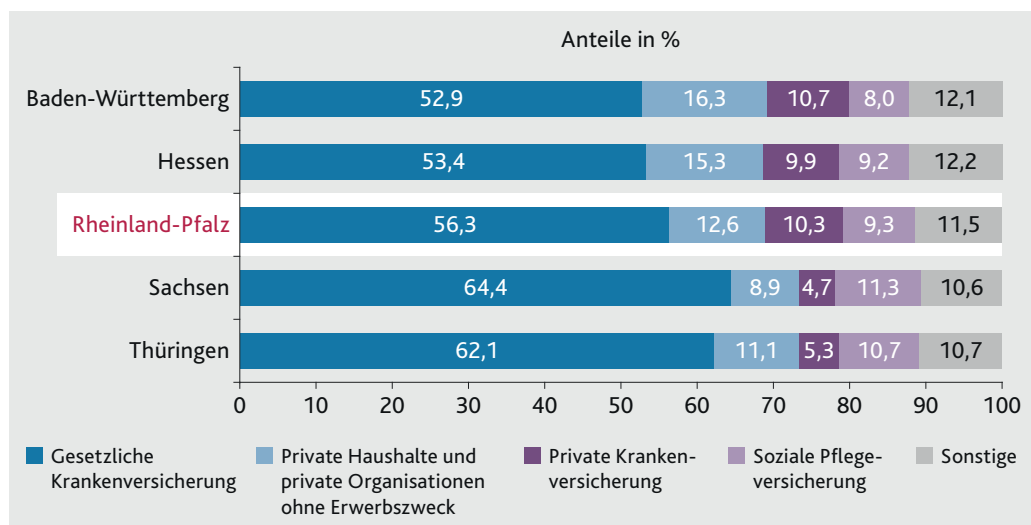
Ausgabenstruktur unterscheidet sich zwischen den Bundesländern

In vier der fünf Länder folgten die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit großem Abstand als zweitwichtigster Ausgabenträger nach der gesetzlichen Krankenversicherung. Ihr Anteil an den Gesundheitsausgaben belief

Privathaushalte als zweitwichtigster Ausgabenträger

G 2

Gesundheitsausgaben 2012 nach Ausgabenträgern und ausgewählten Bundesländern



sich in Rheinland-Pfalz auf 13 Prozent. Am höchsten war er in Baden-Württemberg (16 Prozent). In Sachsen war der Anteil an den Gesundheitsausgaben am geringsten. Dort lagen die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit einem Anteil von 8,9 Prozent unter den acht Ausgabenträgern an dritter Stelle.

Große Bedeutungsunterschiede bei der privaten Krankenversicherung

Hinsichtlich der Bedeutung der privaten Krankenversicherung sind deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern erkennbar. In drei der fünf Länder stand sie 2012 hinter der gesetzlichen Krankenversicherung und den Privathaushalten an dritter Stelle. In Rheinland-Pfalz trug sie zehn Prozent der Gesundheitsausgaben; in Baden-Württemberg und Hessen lag ihr Anteil mit elf bzw. zehn Prozent in einer ähnlichen Größenordnung. In Sachsen und Thüringen war ihr Anteil mit 4,7 bzw. 5,3 Prozent nur etwa halb so groß. Dort lag die private Krankenversicherung nur auf Rang vier unter den Ausgabenträgern.

In Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz war die soziale Pflegeversiche-

rung 2012 der Ausgabenträger mit dem viertgrößten Ausgabenanteil. In Rheinland-Pfalz belief sich ihr Anteil auf 9,3 Prozent; in Baden-Württemberg und Hessen war er etwas niedriger (acht bzw. 9,2 Prozent). In Sachsen und Thüringen hatte die soziale Pflegeversicherung mit einem Ausgabenanteil von elf Prozent einen höheren Stellenwert; sie lag dort unter den Ausgabenträgern auf dem zweiten bzw. dritten Rang. Eine Ursache hierfür ist die Altersstruktur der Bevölkerung. Lag der Bevölkerungsanteil der 60-Jährigen und Älteren in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zwischen 25 und 27 Prozent, gehörten in Thüringen und Sachsen 31 bzw. 32 Prozent dieser Altersgruppe an. Ein weiterer Grund dürften Unterschiede in der Bedeutung der privaten Pflegeversicherung sein, die im Ausgabenträger „Private Krankenversicherung“ enthalten ist.

Soziale Pflegeversicherung hat in Sachsen und Thüringen höheren Stellenwert

Die übrigen vier Ausgabenträger – „Öffentliche Haushalte“, „Arbeitgeber“, „Gesetzliche Unfallversicherung“ und „Gesetzliche Rentenversicherung“ – kamen in allen Ländern für elf bis zwölf Prozent der Gesundheitsausgaben auf.

Soziale Pflege-
versicherung
mit stärkstem
Anstieg

In der Ausgabenentwicklung lassen sich wiederum Gemeinsamkeiten zwischen den Bundesländern erkennen. So sind die Gesundheitsausgaben in allen fünf Ländern im Bereich der sozialen Pflegeversicherung am stärksten gestiegen. Von 2008 bis 2012 erhöhten sich deren Ausgaben zwischen 19 Prozent (Hessen) und 25 Prozent (Thüringen). In Rheinland-Pfalz nahmen sie um 22 Prozent zu. Am schwächsten stiegen die Gesundheitsausgaben der öffentlichen Haushalte. Sie erhöhten sich maximal um 8,2 Prozent (Thüringen); in Hessen blieben sie sogar unverändert. In Rheinland-Pfalz nahmen die gesundheitsrelevanten Ausgaben der öffentlichen Haushalte um 7,2 Prozent zu.

Gesundheitspersonalrechnung zählt Beschäftigungsverhältnisse, keine Personen

Personen mit
mehreren
Beschäftigungen
werden mehr-
fach gezählt

Im Jahr 2014 wurde zum zweiten Mal eine Gesundheitspersonalrechnung nach einheitlicher Methode für die sechs Länder Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen durchgeführt. In der Gesundheitspersonalrechnung wird die Zahl der Beschäftigten dargestellt, die in den verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind. Unter „Beschäftigten“ werden hier „Beschäftigungsverhältnisse“ verstanden. Personen, die mehrere Beschäftigungsverhältnisse gleichzeitig ausüben, werden also mehrfach als Beschäftigte gezählt. Damit liegt der Gesundheitspersonalrechnung ein anderes Konzept zugrunde als beispielsweise der Erwerbstätigenrechnung, die Erwerbstätige mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen nur einmal erfasst.

Als Beschäftigte gelten Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nicht hinzugezählt werden ehrenamtlich Tätige sowie Personen, die als Beauftragte aus anderen Wirtschaftsbereichen – z. B. als Beschäftigte eines Handwerksunternehmens – in Einrichtungen des Gesundheitswesens arbeiten.

Die Beschäftigten des Gesundheitswesens werden sieben Einrichtungsarten zugeordnet (siehe Textkasten). Die ambulanten Einrichtungen sowie die stationären und teilstationären Einrichtungen sind noch tiefer untergliedert.

Sieben Ein-
richtungsarten

Gesundheitswesen nach Einrichtungsarten

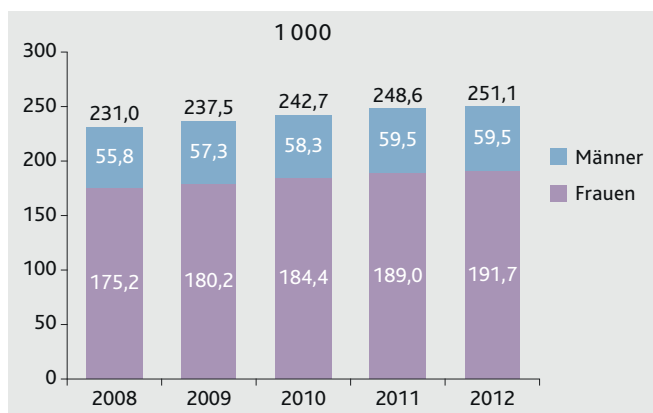
Einrichtungsgliederung der Gesundheitspersonalrechnung

1. Gesundheitsschutz
2. Ambulante Einrichtungen
 - 2.1 Arztpraxen
 - 2.2 Zahnarztpraxen
 - 2.3 Praxen sonstiger medizinischer Berufe
 - 2.4 Apotheken
 - 2.5 Einrichtungen des Einzelhandels
 - 2.6 Einrichtungen der ambulanten Pflege
 - 2.7 Sonstige ambulante Einrichtungen
3. Stationäre und teilstationäre Einrichtungen
 - 3.1 Krankenhäuser
 - 3.2 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen
 - 3.3 Stationäre und teilstationäre Pflege
4. Rettungsdienste
5. Verwaltung
6. Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens
7. Vorleistungseinrichtungen des Gesundheitswesens

Das „Gesundheitswesen im engeren Sinne“ umfasst die ersten sechs Einrichtungsarten. Die Vorleistungseinrichtungen, die keine Produkte und Dienstleistungen für den Endverbraucher erstellen, werden als „Gesundheitswesen im weiteren Sinne“ ebenfalls in die Gesundheitspersonalrechnung einbezogen.

G 3

Personal im Gesundheitswesen in Rheinland-Pfalz 2008–2012 nach Geschlecht



Beschäftigung im Gesundheitswesen steigt

Beschäftigungszunahme in allen sechs Ländern

Im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen arbeiteten 2012 rund 251 100 Beschäftigte. Das waren 2 560 bzw. ein Prozent mehr als im Vorjahr. In den übrigen fünf Ländern fiel der prozentuale Beschäftigungsanstieg höher aus. Den stärksten Zuwachs verbuchte Hessen (+3,6 Prozent).

Beschäftigungsanstieg auch in der Wirtschaftskrise

Seit dem Beginn des Berichtszeitraumes im Jahr 2008 hat die Beschäftigung im Gesundheitswesen in allen sechs Ländern kontinuierlich zugenommen. Die Branche verzeichnete auch in der Wirtschaftskrise einen Beschäftigungsanstieg, obwohl die Erwerbstätigenzahlen in den meisten Bun-

desländern 2009 unter dem Vorjahresniveau lagen. Den höchsten prozentualen Zuwachs des Gesundheitspersonals gab es in Hessen; dort erhöhte sich die Beschäftigtenzahl zwischen 2008 und 2012 um gut zehn Prozent. Rheinland-Pfalz stand mit einem Plus von 8,7 Prozent an vierter Stelle. Am geringsten war die Zunahme in Nordrhein-Westfalen (+8 Prozent).

Im Jahr 2012 kamen in Rheinland-Pfalz im Gesundheitswesen 63 Beschäftigte auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner. Damit lag das Land an dritter Stelle hinter Baden-Württemberg (67) und Hessen (66). Die geringste Personalausstattung in Relation zur Einwohnerzahl wies Thüringen auf (59,5 Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner).

63 Beschäftigte im Gesundheitswesen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner

Ambulante Einrichtungen haben die meisten Beschäftigten

Die Verteilung des Personals auf die Einrichtungen des Gesundheitswesens ist in den sechs Bundesländern ähnlich. Die ambulanten Einrichtungen hatten 2012 überall den größten Anteil an den Beschäftigten. In Rheinland-Pfalz belief sich ihr Anteil am gesamten Personal des Gesundheitswesens auf 41 Prozent, was einer Beschäftigtenzahl von 103 800 entspricht.

Ambulante Einrichtungen haben in allen Ländern den größten Beschäftigtenanteil

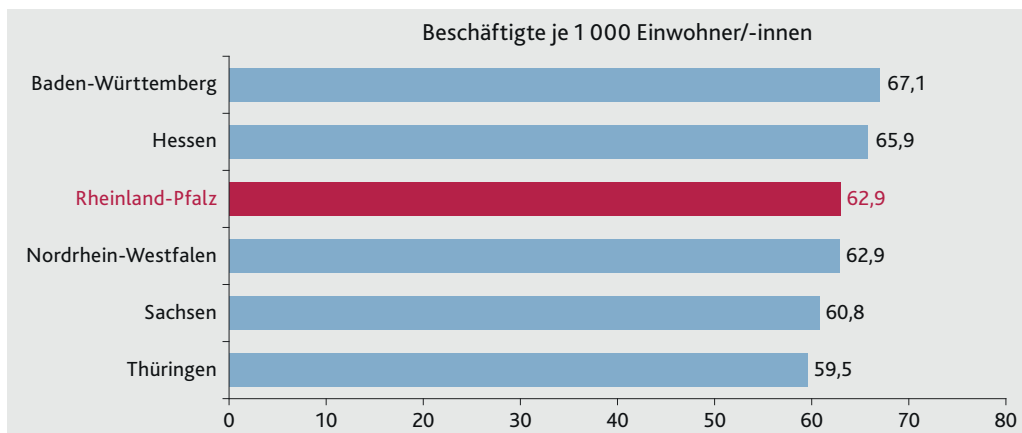
T 2

Personal im Gesundheitswesen 2012 nach ausgewählten Bundesländern

Bundesland	Insgesamt	Veränderung zu 2008	Je 1 000 Einwohner/-innen	Anteil der Frauen
	1 000	%	Anzahl	%
Baden-Württemberg	709,5	9,4	67,1	74,7
Hessen	396,6	10,4	65,9	72,5
Nordrhein-Westfalen	1 103,5	8,0	62,9	75,9
Rheinland-Pfalz	251,1	8,7	62,9	76,3
Sachsen	246,2	9,5	60,8	78,6
Thüringen	129,2	8,6	59,5	78,0

G 4

Personal im Gesundheitswesen 2012 nach ausgewählten Bundesländern



Arzt- und Zahn-
arztpraxen
haben 50 200
Beschäftigte

Knapp die Hälfte der Beschäftigten in ambulanten Einrichtungen (50 200 Personen) waren in Arzt- bzw. Zahnarztpraxen tätig. In den Praxen der sonstigen medizinischen Berufe – dazu zählen z. B. die Praxen von Physiotherapeutinnen und -therapeuten, Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern sowie Hebammen – arbeiteten 22 800 Personen, das waren 22 Prozent der in ambulanten Einrichtungen Beschäftigten. Auf den Bereich der ambulanten Pflege entfielen zwölf Prozent (12 100 Beschäftigte), gefolgt von den Apotheken mit elf Prozent (11 200 Beschäf-

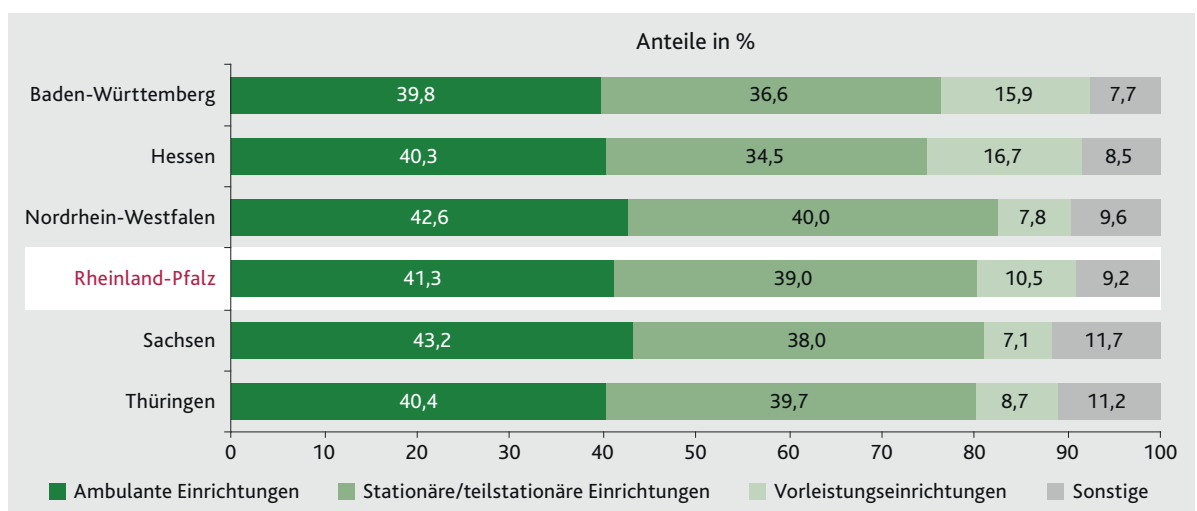
tigte). Die übrigen Beschäftigten der ambulanten Einrichtungen waren im gesundheitsbezogenen Einzelhandel oder in sonstigen ambulanten Einrichtungen tätig (7 500 Beschäftigte).

In allen sechs Ländern hatte der Bereich der stationären und teilstationären Einrichtungen hinter den ambulanten Einrichtungen die zweithöchste Beschäftigtenzahl. Im Jahr 2012 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 39 Prozent der Beschäftigten des Gesundheitswesens bzw. 97 900 Menschen in diesem Bereich.

Stationäre und
teilstationäre
Einrichtungen
haben zweit-
höchste Be-
schäftigtenzahl

G 5

Personal im Gesundheitswesen 2012 nach Art der Einrichtung und ausgewählten Bundesländern



Die Mehrheit arbeitet in Krankenhäusern

Die Mehrheit des Personals im stationären bzw. teilstationären Bereich war in Krankenhäusern tätig (61 Prozent bzw. 60 100 Beschäftigte). In stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen arbeiteten 33 Prozent bzw. 32 000 Personen. Zu den stationären und teilstationären Einrichtungen zählen außerdem die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, in denen 5,9 Prozent des Personals (5 800 Personen) beschäftigt waren.

Bei Vorleistungseinrichtungen bestehen größere Unterschiede zwischen den Ländern

Größere Unterschiede zwischen den Bundesländern bestehen hinsichtlich der Bedeutung der Vorleistungseinrichtungen. Dazu gehören die pharmazeutische, die medizintechnische und die augenoptische Industrie, der Großhandel und die Handelsvermittlung sowie medizinische und zahnmedizinische Laboratorien. In Hessen hatten die Vorleistungseinrichtungen 2012 mit 17 Prozent den höchsten Anteil an den Beschäftigten im Gesundheitswesen, gefolgt von Baden-Württemberg mit 16 Prozent. Rheinland-Pfalz stand mit einem Anteil von elf Prozent an dritter Stelle. Am niedrigsten war

der Anteil der Vorleistungseinrichtungen in Sachsen mit 7,1 Prozent.

Die vier übrigen Einrichtungarten haben jeweils nur einen geringen Anteil an der Beschäftigung im Gesundheitswesen. In Rheinland-Pfalz belief sich ihr Anteil zusammen genommen auf 9,2 Prozent.

Die Ergebnisse der Gesundheitsausgaben- und der Gesundheitspersonalrechnung weisen auf strukturelle Unterschiede im Gesundheitswesen der Länder hin. Eine tiefer gehende Analyse dieser Differenzen wird erst gelingen, wenn vergleichbare Ergebnisse für eine größere Zahl von Ländern vorliegen. Daher ist die Erweiterung des Teilnehmerkreises ein wichtiges Anliegen der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder.

Vergleichbare Ergebnisse für weitere Länder werden benötigt

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat „Analysen“.

Info

Weitere Informationen zum Themenbereich „Gesundheit“ finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2014 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Energiebilanz für Rheinland-Pfalz – Vorbemerkungen zum Gastbeitrag von Birgit John



Von Dr. Ninja Mariette Lehnert

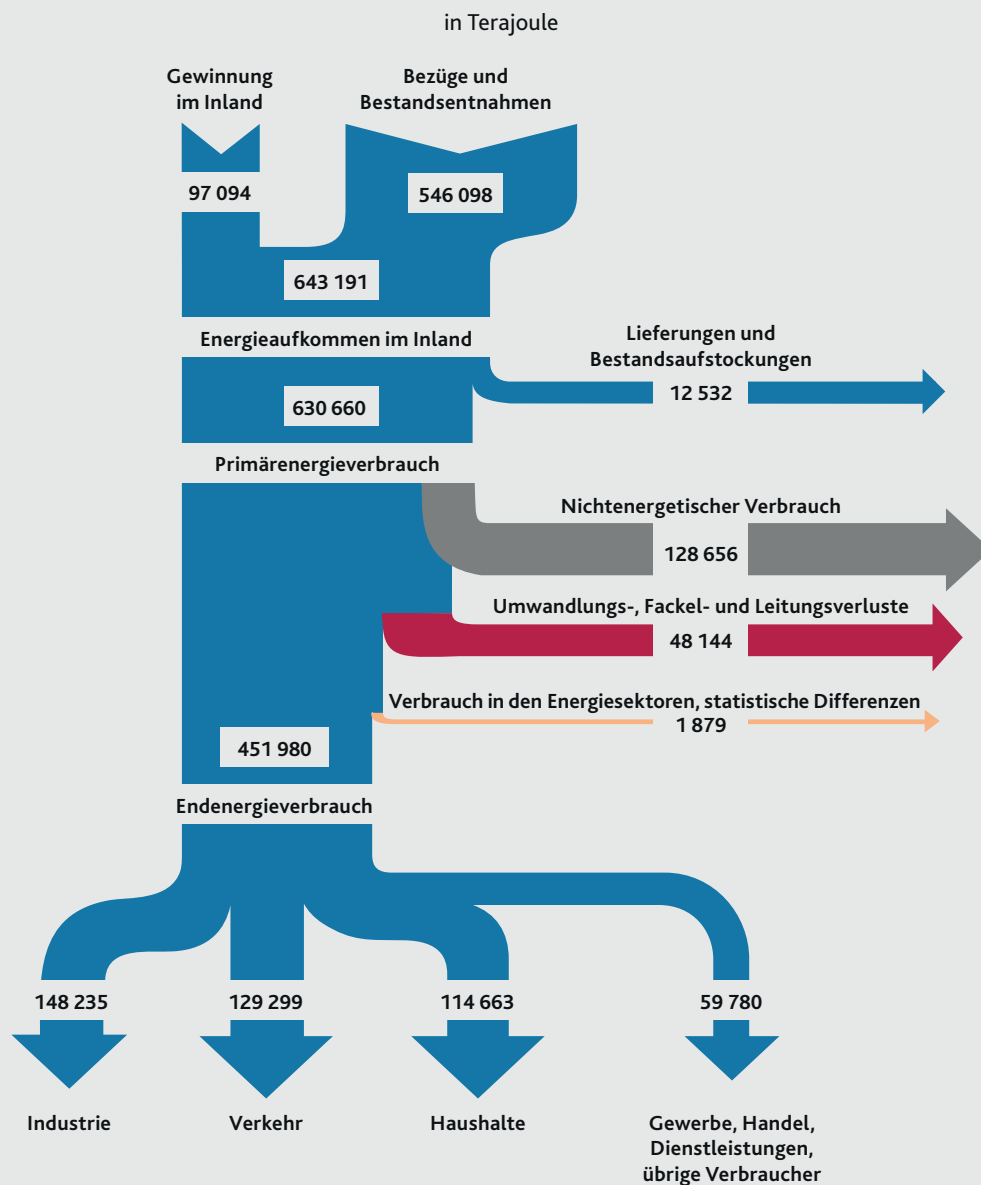
In der Energiebilanz werden jährlich Aufkommen, Umwandlung und Verwendung von Energie nachgewiesen. Der Verbrauch von Primärenergie, also das Energieaufkommen vor den Umwandlungsprozessen (z. B. in Stromkraftwerken) und vor dem Verlust durch den nicht-energetischen Verbrauch (z. B. in der chemischen Industrie) lag 2012 um 0,5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Der Endenergieverbrauch, d. h., die Energieverwendung durch die Verbrauchergruppen, ist in Rheinland-Pfalz 2012 um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der größte Endverbraucher ist in Rheinland-Pfalz die Industrie (Anteil am Endenergieverbrauch 2012: 33 Prozent). Den zweitgrößten Anteil am Endenergieverbrauch hat der Verkehrssektor (2012: 29 Prozent). Die Haushalte sind für etwa ein Viertel des Endenergieverbrauchs verantwortlich, gefolgt von den Kleinverbrauchern, z. B. aus Handel und Gewerbe.

Die Erstellung der Energiebilanz erfolgt nach einer einheitlichen Methodik der Bun-

desländer. Aktuell besteht die Gefahr, dass erforderliche Daten zur Erstellung der Energiebilanz aus dem Mineralölbereich vollständig entfallen. Um die Datengrundlage für die Erstellung der Energiebilanzen auch zukünftig sicherstellen zu können, ist eine gesetzliche Regelung notwendig. Es steht deshalb zur Diskussion, die neue Regelung in das Energiestatistikgesetz aufzunehmen. Dies befindet sich derzeit im Novellierungsprozess.

Weitere Informationen zur Sachlage bietet ein Beitrag, der im Statistischen Monatsheft 1/2015 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg erschienen und hier abgedruckt ist.

Dr. Ninja Mariette Lehnert ist Referentin im Referat „Analysen“.



Info

Weitere Informationen zum Themenbereich „Energie“ finden Sie unter www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/ sowie im Statistischen Jahrbuch 2014 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Energiebilanzen und CO₂-Bilanzen der Bundesländer in Gefahr*

Von Birgit John

Was wäre eigentlich, wenn es keine Energiebilanzen für die einzelnen Bundesländer mehr gäbe? Ganz sicher könnten fundierte Aussagen zum Energieverbrauch eines Bundeslandes nicht mehr getroffen werden. Für energiepolitische und energiewirtschaftliche Entscheidungen sowie für Prognosen zur Entwicklung des Energiebedarfs würde damit die Basis fehlen. Das gilt ebenso für Aussagen zur Energieeffizienz oder für die Bewertung der Umweltverträglichkeit der Energieversorgung, denn die Energiebilanz ist die Grundlage für die Berechnung der Treibhausgasemissionen. Vor dem Hintergrund der Energiewende mag dieses „Was-wäre-wenn-Szenario“ abwegig erscheinen. Doch für die Energiebilanzen der Bundesländer wird sich diese Existenzfrage bald stellen, sollte es nicht gelingen, eine gesetzliche Grundlage für die Erhebung der erforderlichen regionalen Mineralölkosten zu schaffen.

Energie- und CO₂-Bilanzen sind Basis für Analysen und Prognosen

Bedeutungs-
gewinn der
Energie- und
Umweltpolitik

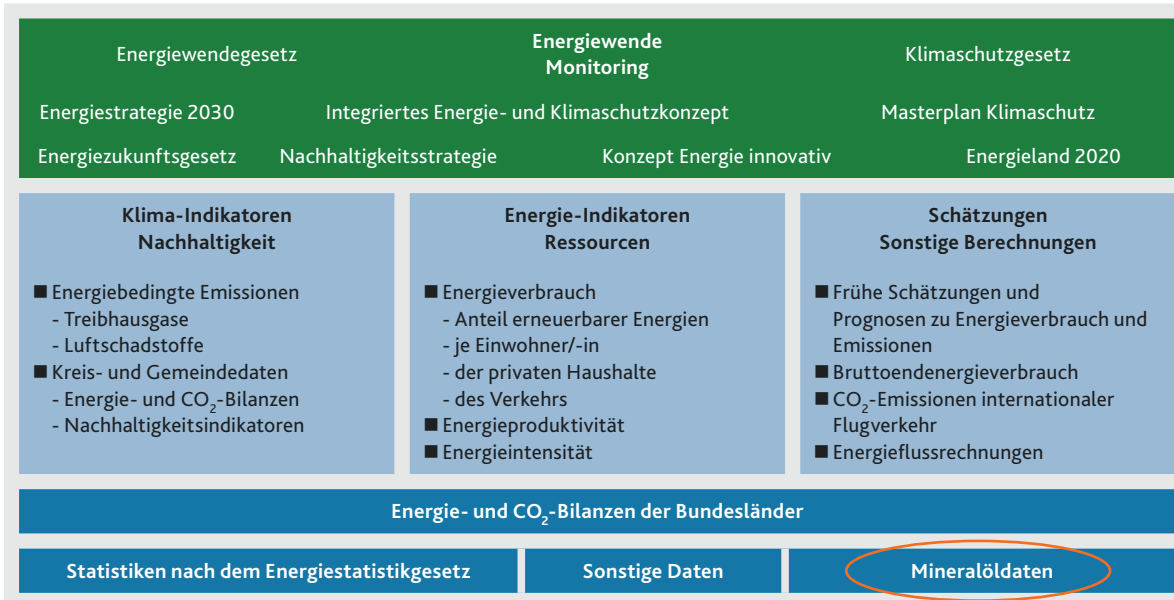
Eine kontinuierliche und sichere Energieversorgung ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten und die Erkenntnis, dass die Reduzierung von Treibhausgasemissionen notwendig ist, haben – ebenso wie die Einsicht in die Endlichkeit von Ressourcen – zu einem erheblichen Bedeutungsgewinn von Energie- und Umwelt-

politik geführt. Durch Deutschlands Beschlüsse zur Energiewende haben diese Politikbereiche in den letzten Jahren nochmals an Gewicht gewonnen. Auch die Bundesländer haben sich eigene Energie- und Klimaschutzziele gesetzt und in eigenen Programmen oder Gesetzen festgeschrieben. Umso mehr sind die mit diesen Themen befassten politischen Akteure auf belastbare und kontinuierlich verfügbare Daten angewiesen, wie sie die Energie- und CO₂-Bilanzen bieten. Auch den mit der Energie- und Umweltforschung beschäftigten wissenschaftlichen Instituten dienen die Bilanzen als eine wesentliche statistische Datenbasis für Analysen und Prognosen.

*Erschienen im Statistischen Monatsheft 1/2015 des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg.

1 Beispiele hierfür sind die Klimaschutzgesetze in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die Energiestrategie 2030 in Brandenburg oder das Energiezukunftsgesetz in Hessen.

Ü 1

Energie- und CO₂-Bilanzen: Basis für das Energiewende-Monitoring

Basisdaten für Energie- und CO₂-Bilanzen weggebrochen

Fehlende Daten
im Mineralöl-
bereich

Zentrale Datengrundlage für die Energiebilanzen von Bund und Ländern² sind die amtlichen Energiestatistiken nach dem Energiestatistikgesetz (EnStatG). Bei der Formulierung des 2003 in Kraft getretenen EnStatG wurde allerdings auf Statistiken im Mineralölbereich verzichtet, da die Daten für

die Bundesländer seit Beginn der 80er-Jahre zuverlässig vom Mineralölwirtschaftsverband (MWV) auf freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt wurden und auf Bundesebene die Ergebnisse aus den Statistiken des Mineralölstatistikgesetzes³ genutzt werden können. Seit dem Bilanzjahr 2011 ist es dem MWV jedoch nicht mehr möglich, Bundesländerdaten in ausreichender Qualität zur Verfügung zu stellen.⁴

Rund ein Drittel des Primärenergieverbrauchs und über 40 Prozent des Endenergieverbrauchs⁵ in Baden-Württemberg entfallen auf Mineralöle⁶. *[Anmerkung des Herausgebers: In Rheinland-Pfalz lag der Mineralölanteil 2012 bei 43 Prozent am Primär- bzw. bei 38 Prozent am Endenergieverbrauch.]* Mit dem Wegfall der Lieferungen durch den MWV fehlen somit existenzielle Basisdaten (zum Beispiel Rohöleinsatz, Flugbenzin- und Heizölverbrauch). Dies stellt die Energiebilanzen der Bundesländer vor die Existenzfrage, denn ohne diese Mineralöl-daten ist eine vollständige Energiebilanzie-

2 Die Energie- und CO₂-Bilanzen der Bundesländer werden überwiegend von den Statistischen Landesämtern erstellt.

3 Sie werden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle durchgeführt, jedoch wird nicht nach Bundesländern erhoben, daher liegen Daten nur für Deutschland insgesamt vor.

4 Der Länderarbeitskreis Energiebilanzen konnte erwirken, dass Daten zum Otto- und Dieselmotorverbrauch zunächst weiter zur Verfügung gestellt werden. Allerdings ist nicht bekannt, wie lange diese Zusage vom Verband aufrechterhalten werden kann. Auch werden die Daten eines Bilanzjahres erst 18 Monate nach dessen Ablauf für die Energiebilanzerstellung zur Verfügung gestellt, also beispielsweise für 2013 im Juni 2015.

5 Zur Definition von Primär- und Endenergieverbrauch siehe www.statistik-bw.de/UmweltVerkehr/Erlaeuterungen.Energie.asp [Abruf: 20.11.2014]. [Anmerkung des Herausgebers: Ein umfangreiches Glossar bietet auch der Länderarbeitskreis Energiebilanzen unter: www.lak-energiebilanzen.de/seiten/download/energiebilanzen/methodik/1.3%20Glossar.pdf [Stand: 05.02.2015].]

6 Der Verbrauch von Mineralölprodukten außerhalb des Kraftstoffbereichs hatte in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren einen Anteil von 35 bis 40 Prozent am Mineralölverbrauch, dies entspricht noch etwa 15 bis 17 Prozent des Endenergieverbrauchs. [Anmerkung des Herausgebers: In Rheinland-Pfalz betrug der Anteil von Mineralölprodukten ohne Otto- und Dieselmotorstoffe am gesamten Mineralölverbrauch 32 Prozent; der Anteil am Endenergieverbrauch lag bei zwölf Prozent.]

rung und damit auch die CO₂-Bilanzerstellung nicht mehr möglich. Die Bilanzen sind jedoch Grundlage für das Monitoring aller Energie- und Klimaschutzvorhaben der Bundesländer (siehe Übersicht). Quantitative Ziele wie beispielsweise die Steigerung der Energieeffizienz, die Reduzierung von Treibhausgasen oder auch wärmemarktbezogene Ziele könnten nicht mehr auf ihren Zielerreichungsgrad hin überprüft werden. Auch die in zunehmender Zahl entwickelten kommunalen Energie- und Klimaschutzprogramme nutzen die Energie- und CO₂-Bilanzen der Länder und wären zukünftig ohne Basis.

Auf Bundesebene stehen die Mineralöl- und Gasdaten zur Verfügung, sodass hier kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Dennoch ist der Bund mittelbar ebenfalls betroffen. Zur Erfüllung der Berichtspflichten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem UN-Klimasekretariat spielen die CO₂-Bilanzen der Länder eine wichtige Rolle als anerkanntes Instrument zur Verifikation des nationalen Treibhausgasinventars.

Überbrückung
durch Nähe-
rungslösungen

Der MWV hat die Aufteilung des Mineralölverbrauchs auf die Bundesländer und Sektoren letztmalig für das Bilanzjahr 2010 bereitgestellt. Ab dem Bilanzjahr 2011 verwenden die Statistischen Landesämter Interimslösungen zur Schätzung des Mineralölverbrauchs, die sich an den bisherigen Verhältnissen und der Entwicklung auf Bundesebene orientieren. Diese Näherungslösungen sind zur kurzfristigen Überbrückung zwar geeignet, werden jedoch ohne Verifikation durch Erhebungen über die Zeit immer ungenauer. Darüber hinaus bergen sie die Gefahr, dass sich die bisher einheitliche Methodik gemäß den Vorgaben des Länderarbeitskreises Energiebilanzen (siehe Textkasten) nicht aufrechterhalten lässt. Die methodischen

Länderarbeitskreis Energiebilanzen (LAK)

Dem Länderarbeitskreis Energiebilanzen (LAK) gehören die für die Energiewirtschaft zuständigen Ministerien der Länder sowie die Statistischen Landesämter an, soweit diese mit der Erstellung der Energiebilanz für das jeweilige Bundesland beauftragt sind. Hauptaufgabe des LAK ist die Koordinierung der Bilanzerstellung in den Bundesländern. Seit 1995 erfolgt die Energiebilanzierung und seit 1998 auch die CO₂-Bilanzierung in den Bundesländern nach einer im LAK abgestimmten, verbindlichen Methodik. Zum Leistungsspektrum zählen darüber hinaus auch die Bereitstellung von aktuellen Ergebnissen und Zeitreihen der Bundesländer zur Entwicklung des Energieverbrauchs, zu Energie- und CO₂-Indikatoren sowie weiteren Auswertungstabellen zu den Energiebilanzen. Regelmäßige Datennutzer sind zum Beispiel die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Klima, Energie, Mobilität – Nachhaltigkeit“ (BLAG KliNa, ein Arbeitsgremium der Umweltministerkonferenz), die Länderinitiative Kernindikatoren (LIKI, eine Arbeitsgemeinschaft der Umweltfachbehörden) sowie der Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnung der Statistischen Landesämter (UGRdL).

Der LAK arbeitet eng mit der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) zusammen, die die Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland erstellt und am Monitoring der Energiewende mitarbeitet.

Weitere Informationen finden sich unter www.lak-energiebilanzen.de

Vorgehensweisen der Bundesländer werden sich über die Zeit immer weiter auseinander entwickeln. Weder die Vergleichbarkeit zum Bund noch zu den anderen Bundesländern wäre dann noch gegeben. Die Anwendung von Näherungslösungen ist daher auf Dauer keine geeignete Methode.

Gesetzliche Basis erforderlich

Die nachhaltige Sicherstellung einer kontinuierlichen, qualitativ hochwertigen und bundesweit vergleichbaren Mineralöldatenbasis für die Energiebilanzen der Länder lässt sich folglich nur über eine gesetzliche Fundierung des regionalen Datenbedarfs dauerhaft garantieren.⁷ Insbesondere das Energiestatistikgesetz, das sich derzeit im Novellierungsprozess befindet, bietet sich dafür an.

Der Länderarbeitskreis Energiebilanzen hat einen konkreten Vorschlag für die erforderlichen Gesetzesänderungen vorgelegt. Für die Ermittlung des Endenergieverbrauchs sieht dieser eine Absatzerhebung für den Energieträger Mineralöle vor, vergleichbar mit den seit Jahren existierenden Erhebungen im Strom- und Gasbereich.⁸ Um die Datenlücken in der Primär- und Umwand-

lungsbilanz zu schließen, ist zudem vorgesehen, die Unternehmen, die Erdöl fördern oder Erdölerzeugnisse herstellen und herstellen lassen, zu befragen. Mit Hilfe dieser Erhebungen wäre künftig die Erstellung der Energie- und CO₂-Bilanzen für die Bundesländer weiter möglich und damit auch ein bundesweit vergleichbares und fundiertes Monitoring der in den Energie- und Klimaschutzprogrammen vorgesehenen Ziele und Maßnahmen.

Würde das Energiestatistikgesetz mit den erforderlichen Änderungen im Mineralölbereich im Januar 2016 in Kraft treten, könnten voraussichtlich im Jahr 2017 in den Bundesländern Energiebilanzen für das Jahr 2015 mit neuer Datenbasis im Mineralölbereich veröffentlicht werden. Für die Energiebilanzen 2013 und 2014 wären die Bundesländer aber weiter auf die oben beschriebenen Näherungslösungen angewiesen. Es ist somit an der Zeit, eine neue Balance zwischen Belastung der Wirtschaft und Personalressourcen in den Statistischen Ämtern einerseits sowie Informationsqualität für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angesichts des Bedeutungsgewinns von Energie- und Klimafragen andererseits herzustellen.

Birgit John, Dipl.-Soziologin, ist Referentin im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

⁷ Für bundesländerübergreifende amtliche Statistiken ist die Anordnung einer Bundesstatistik mit Auskunftspflicht für die Statistischen Landesämter erforderlich. Datenerhebungen ohne Rechtsgrundlagen könnten von den Befragten zudem ignoriert werden und führen unter Umständen zu nicht belastbaren Ergebnissen.

⁸ § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 EnStatG.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschey

Ifo Index erneut gestiegen

Guter Start ins
Jahr 2015

Die deutsche Wirtschaft ist gut ins Jahr 2015 gestartet. Der Ifo Geschäftsklimaindex erhöhte sich im Januar von 105,5 auf 106,7 Punkte. Die Unternehmen schätzten sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen günstiger ein als im Vormonat. Im Verarbeitenden Gewerbe, im Großhandel und im Einzelhandel verbesserte sich das Geschäftsklima. Lediglich im Bauhauptgewerbe trübte sich die Stimmung erneut etwas ein, da die aktuelle Geschäftslage etwas schlechter beurteilt wurde als im Vormonat. Dagegen hellten sich die Erwartungen für die kommenden Monate etwas auf.

ZEW-Index
steigt trotz
Kapitalmarkt-
turbulenzen

Auch der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten misst, entwickelte sich im Januar trotz der Turbulenzen an den Kapitalmärkten positiv. Der Index stieg um 13,5 auf 48,4 Punkte und lag damit deutlich über seinem langfristigen Mittelwert (24,5 Punkte). Die optimistische Einschätzung der Experten dürfte zum einen auf den sinkenden Ölpreis und zum anderen auf die Abwertung des Euro zurückzuführen sein, die die Exporte fördert.

Konsumklima
verbessert sich
weiter

Der Konsumklimaindikator, der monatlich von der GfK erhoben wird, legte im Januar ebenfalls weiter zu. Er erhöhte sich von 8,7 auf neun Punkte. Der Aufwärtstrend soll auch im Februar weiter anhalten. Die Konsumforscher aus Nürnberg erwarten einen Anstieg des Indikators auf 9,3 Punkte. Dies ist nach Angaben der GfK der höchste Stand seit November 2001.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion unverändert, Auftragseingänge gestiegen

Die Produktion des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes blieb im Berichtsmonat November 2014 fast unverändert. Dies zeigen die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1000 Betrieben basieren. Gleichzeitig war eine Zunahme der Auftrags-eingänge gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen.

Im November erreichte der preis-, kalender- und saisonbereinigte Index der Industrieproduktion annähernd das Niveau des Vormonats (-0,1 Prozent). Gegenüber November 2013 sank der Output um 5,6 Prozent.

Die Vorleistungsgüterindustrie ist innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz die mit Abstand bedeutendste industrielle Hauptgruppe. Sie hatte 2013 einen Anteil am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 56 Prozent. Im November erhöhte sich die bereinigte Vorleistungsgüterproduktion um 0,6 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel der Güterausstoß um 5,6 Prozent geringer aus.

In der Investitionsgüterindustrie, die etwa ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beiträgt, blieb der Output im November fast unverändert (+0,1 Prozent). Zugleich wurde 3,9 Prozent weniger produziert als ein Jahr zuvor.

Die Konsumgüterindustrie, die 2013 einen Umsatzanteil von 18 Prozent hatte, verzeich-

Produktion des
Verarbeiten-
den Gewerbes:
-0,1 Prozent

Produktion in
der Vorleistungs-
güterindustrie:
+0,6 Prozent

Produktion in
der Investitions-
güterindustrie:
+0,1 Prozent

Produktion in
der Konsum-
güterindustrie:
-0,7 Prozent

nete im Berichtsmonat einen Produktionsrückgang (-0,7 Prozent). Gegenüber November 2013 schrumpfte der Güterausstoß um 7,2 Prozent.

Produktion in
der Chemischen
Industrie:
+2 Prozent

In den drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie änderte sich der Güterausstoß im November 2014 vergleichsweise wenig. In der Chemischen Industrie, der mit einem Umsatzanteil von einem Drittel bedeutendsten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, stieg der bereinigte Produktionsindex im Berichtsmonat um zwei Prozent. Der Output lag jedoch um zwölf Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Produktion im
Fahrzeugbau:
+0,5 Prozent

Im Fahrzeugbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und mit einem Umsatzanteil von 14 Prozent die zweitgrößte Branche im Verarbeitenden Gewerbe ist, erhöhte sich die Produktion im November um 0,5 Prozent. Allerdings war der Güterausstoß um 17 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Produktion im
Maschinenbau:
-2,1 Prozent

Im Maschinenbau, der ebenfalls der Investitionsgüterindustrie angehört und 2013 neun Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, sank die Produktion im Berichtsmonat um 2,1 Prozent. Zugleich war der Output um zehn Prozent höher als im November 2013.

Auftragsein-
gänge im Ver-
arbeitenden
Gewerbe:
+0,5 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Der Auftragseingangsindex des Verarbeitenden Gewerbes stieg im November 2014 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,5 Prozent. Während die Nachfrage aus dem Inland um 2,4 Prozent zurückging, nahmen die Bestellungen aus dem Ausland um 2,5 Prozent zu. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren die Auftragseingänge hingegen rückläufig (-1,6 Prozent), was auf eine sinkende Inlandsnachfrage zurückzuführen ist (-6,5 Prozent). Das Ordervolumen aus dem Ausland wuchs um 1,7 Prozent.

In den drei Industriebauptgruppen entwickelte sich die Nachfrage im Berichtsmonat

unterschiedlich. Der bereinigte Auftragseingangsindex stieg lediglich in der Vorleistungsgüterindustrie (+3,2 Prozent). Dagegen wurden weniger Investitions- und Konsumgüter bestellt als im Oktober 2014 (-1,7 bzw. -2,4 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnete nur die Investitionsgüterindustrie eine Zunahme der Auftragseingänge (+7,1 Prozent). In der Konsumgüterindustrie schrumpfte das Ordervolumen kräftig um 22 Prozent und in der Vorleistungsgüterindustrie um 4,5 Prozent.

In der Chemischen Industrie erhöhte sich der bereinigte Auftragseingangsindex im November um 6,1 Prozent, was auf einen Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland um elf Prozent zurückzuführen ist. Die Nachfrage aus dem Inland ging um vier Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorjahresmonat musste die Chemische Industrie Einbußen von fünf Prozent hinnehmen.

Der Fahrzeugbau verzeichnete im Berichtsmonat eine leichte Abnahme des Ordervolumens (-0,4 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland gingen um 1,5 Prozent und die Auftragseingänge aus dem Ausland um 0,6 Prozent zurück. Zugleich war die Nachfrage um 22 Prozent höher als im Vorjahresmonat.

Im Maschinenbau gingen im November 2014 weniger Aufträge ein als im Vormonat (-4,6 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland schrumpften um 1,6 Prozent; die Nachfrage aus dem Ausland fiel um sechs Prozent geringer aus. Gegenüber dem Vorjahresmonat sank das Ordervolumen um 8,5 Prozent.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gestiegen

Im Bauhauptgewerbe war die Nachfrage nach Bauleistungen im November kalender- und saisonbereinigt um sieben Prozent höher als im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die Auftragseingänge um 2,1 Prozent gestiegen.

Steigende Nach-
frage nach Vor-
leistungsgütern

Auftragsein-
gänge in der
Chemischen
Industrie:
+6,1 Prozent

Auftragsein-
gänge im
Fahrzeugbau:
-0,4 Prozent

Auftrags-
eingänge im
Maschinenbau:
-4,6 Prozent

Auftragsein-
gänge im Bau-
hauptgewerbe:
+7 Prozent

Auftragseingänge im Hochbau:
+3,4 Prozent

Im Hochbau, der 2013 einen Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes von 48 Prozent hatte, nahmen die Bestellungen im November um 3,4 Prozent zu. Der gewerbliche Hochbau sowie der Wohnungsbau wiesen Zuwächse auf (+14 bzw. +5,7 Prozent). Dagegen verzeichnete der öffentliche Hochbau einen kräftigen Auftragseinbruch (–19 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau um 6,1 Prozent gesunken. Dieser Rückgang wird durch die erheblichen Einbußen im öffentlichen Hochbau verursacht (–46 Prozent). Der Wohnungsbau sowie der gewerbliche Hochbau konnten gegenüber dem Vorjahreswert zulegen (+22 bzw. +2,1 Prozent).

Auftragseingänge im Tiefbau:
+10 Prozent

Im Tiefbau, auf den 52 Prozent der Auftragseingänge des Jahres 2013 entfielen, verbesserte sich im November 2014 die Nachfrage im Vormonatsvergleich um zehn Prozent. Der gewerbliche Tiefbau meldete die höchsten prozentualen Zuwächse (+22 Prozent). Auch im öffentlichen Tiefbau sowie im Straßenbau stiegen die Auftragszahlen (+13 bzw. +5,1 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat nahm das Ordervolumen im Tiefbau ebenfalls um zehn Prozent zu. Insbesondere der Straßenbau verzeichnete kräftig steigende Auftragszahlen (+31 Prozent). Während der gewerbliche Tiefbau nahezu unverändert blieb (+0,1 Prozent), wies der öffentliche Tiefbau einen deutlichen Rückgang auf (–13 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Einzelhandel, im Kfz-Handel sowie im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel:
+1,2 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im Oktober 2014 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,2 Prozent gestiegen. Mit Ausnahme des Juli hatte es von Februar bis September ebenfalls leichte Umsatzsteigerungen gegeben.

Im Kraftfahrzeughandel lagen die bereinigten Umsätze im Oktober um 3,1 Prozent über

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im
Kfz-Handel:
+3,1 Prozent

dem Vorjahreswert. Davor war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt seit August 2013 – mit Ausnahme des Mai – gestiegen.

Umsatz im
Großhandel:
–0,8 Prozent

Im Großhandel waren die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Oktober 2014 um 0,8 Prozent niedriger als im Vorjahr. Bereits von Juli bis September hatte es Rückgänge gegeben. Von Januar bis Juni waren die Großhandelsumsätze höher als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Umsatz im
Gastgewerbe:
+0,9 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Oktober 2014 um 0,9 Prozent höher aus als im Vorjahresmonat. Im September hatte es ein Plus von 0,6 Prozent gegeben. Davor waren im Juli und August leichte Rückgänge zu verzeichnen.

Verbraucherpreise im Januar unter Vorjahresniveau

Jahresteu-
rungsrate im
Januar bei
–0,4 Prozent

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Januar 2015 um 0,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Einen Preisrückgang hatte es zuletzt im Oktober des Krisenjahres 2009 gegeben. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz von Januar 2013 bis Dezember 2014 durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent). Von Mai bis Dezember 2014 lag die Preissteigerung bei weniger als ein Prozent.

Bei den Energiepreisen (–9,2 Prozent) zeigten sich auch im Januar 2015 zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während sich die Strompreise um ein Prozent verteuerten, waren Heizöl (–31 Prozent) und Kraftstoffe (–16 Prozent) erheblich billiger als im Vorjahr.

Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von ein Prozent auf.

Den höchsten Preisrückgang im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (–3,7 Prozent). Außerdem sanken die Preise der Waren und Dienstleistungen

in den Bereichen „Nachrichtenübermittlung“ (–1 Prozent), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (–0,5 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Gas und andere Brennstoffe“ (–0,5 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,8 Prozent), „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+2,3 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (+1,7 Prozent) wurden die höchsten Preissteigerungen festgestellt.

Preisentwicklung
in den Waren-
und Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Arbeitslosenzahl im Januar deutlich gestiegen

Die Lage am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich im Januar 2015 saisonbedingt verschlechtert. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit wirken sich im Januar neben den witterungsbedingten Einflüssen regelmäßig die Kündigungen zum Quartalsende aus. Außerdem enden viele befristete Arbeitsverträge und der Handel trennt sich nach dem Weihnachtsgeschäft von Saisonkräften. Insgesamt waren 123 800 Frauen und Männer als arbeitslos registriert, etwa 13 500 mehr als im Dezember (+12 Prozent). Gegenüber Januar 2014 ging die Zahl der Arbeitslosen dagegen um 1 400 zurück (–1,1 Prozent).

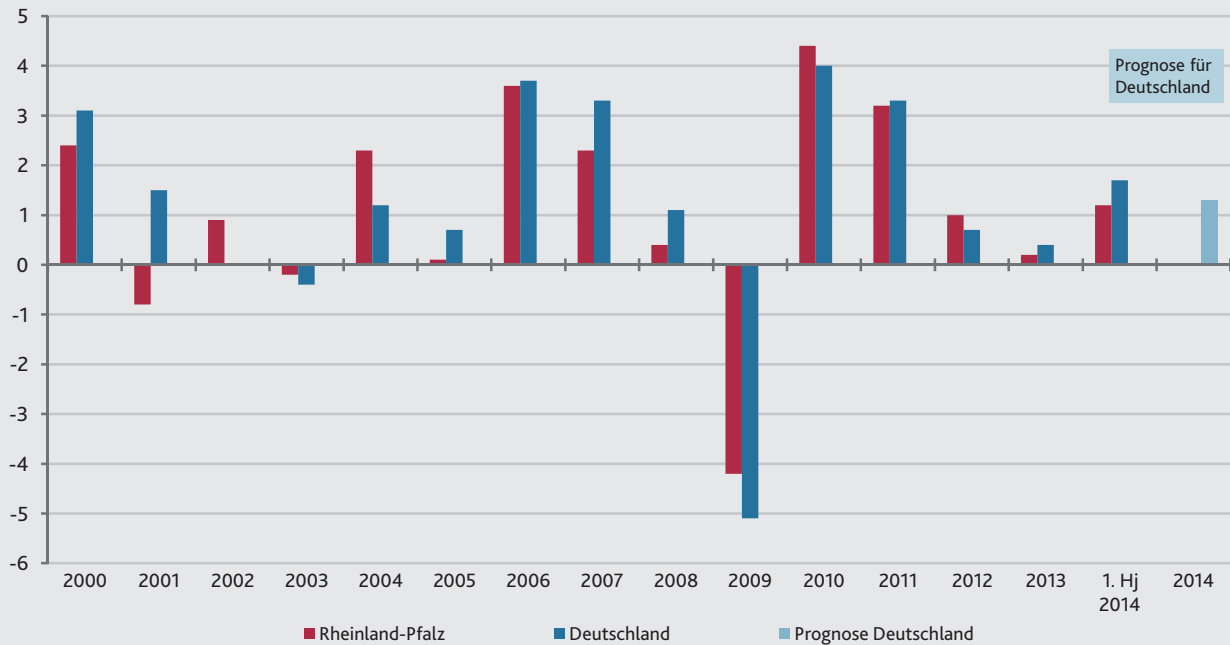
Zahl der Arbeits-
losen steigt um
12 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, erhöhte sich auf 5,7 Prozent (Dezember: 5,1 Prozent). Im Januar 2014 hatte sie bei 5,9 Prozent gelegen.

Arbeitslosen-
quote steigt auf
5,7 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen“ tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

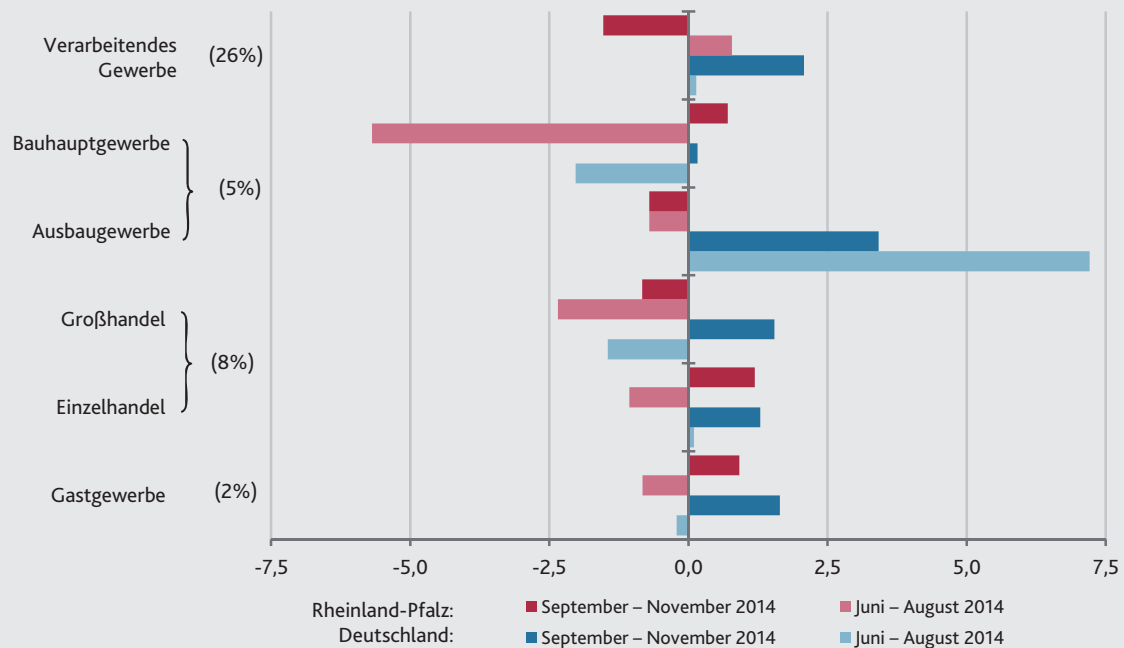


¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014; nächster Fortschreibungstermin: Frühjahr 2015. Quelle Prognosewert 2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

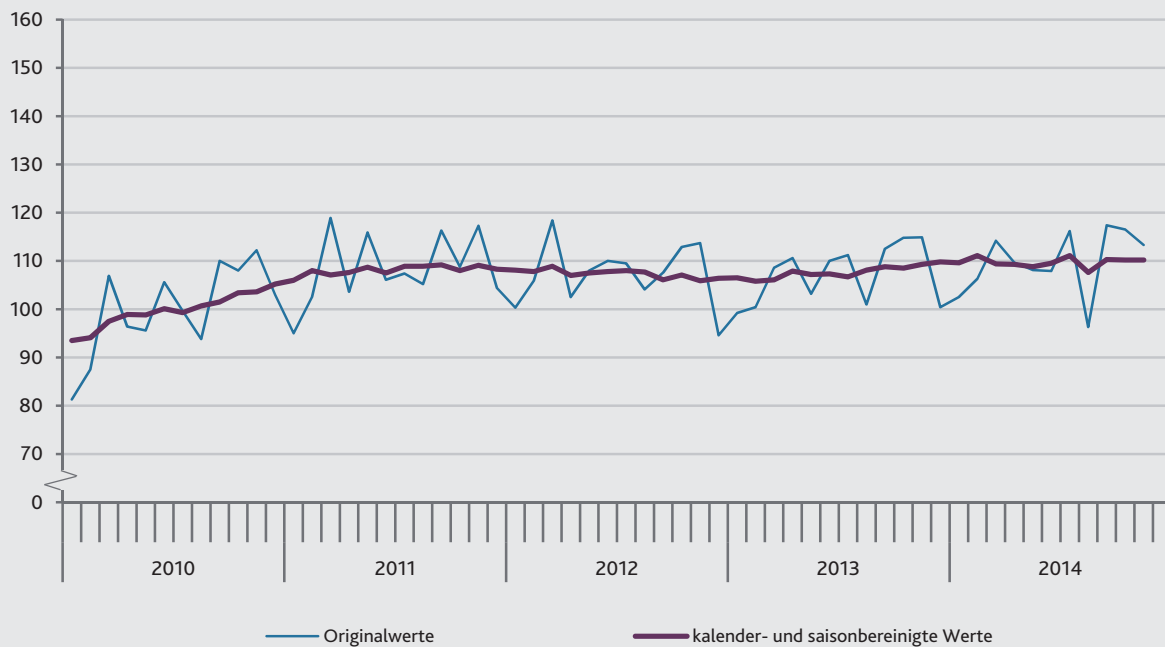


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2013. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

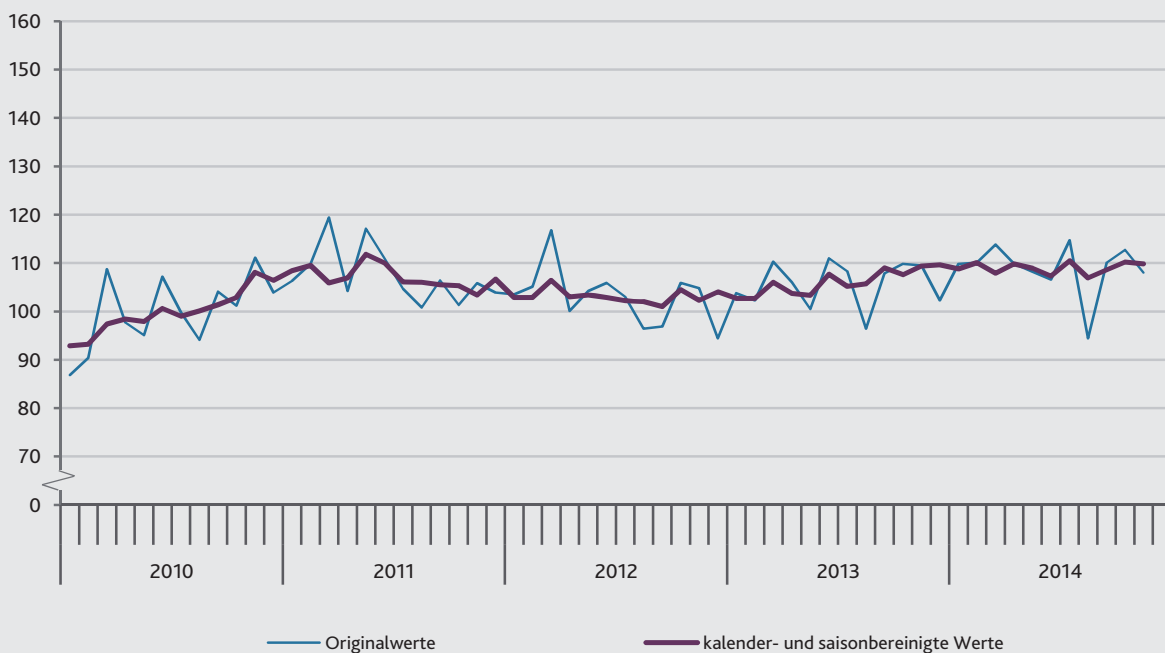


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

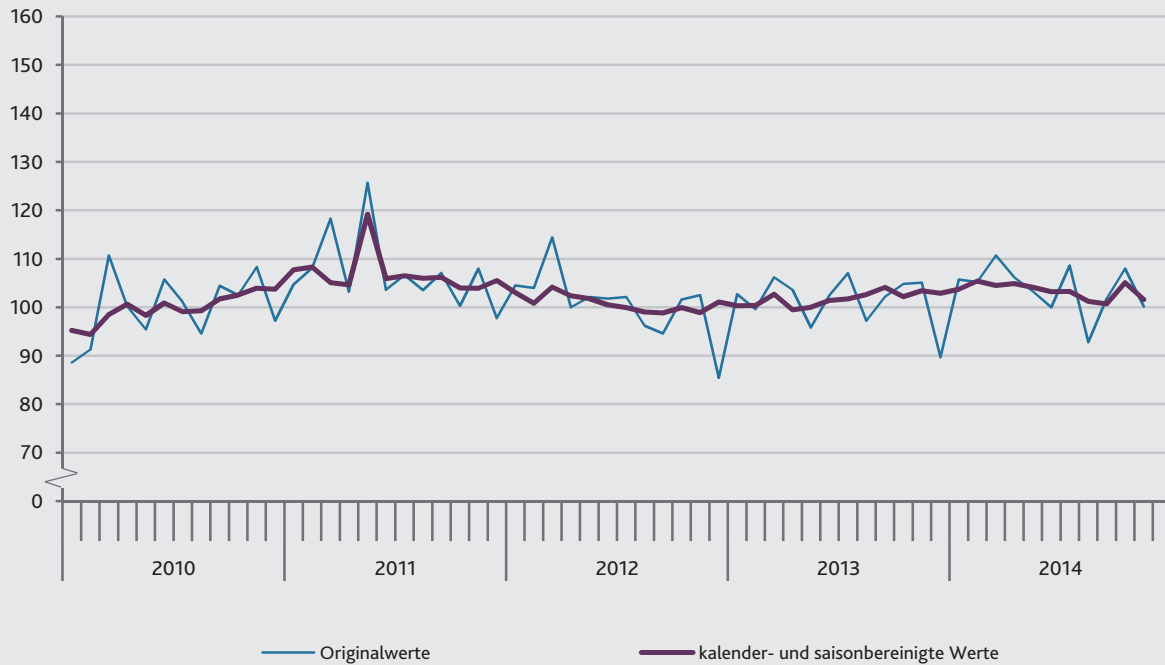


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

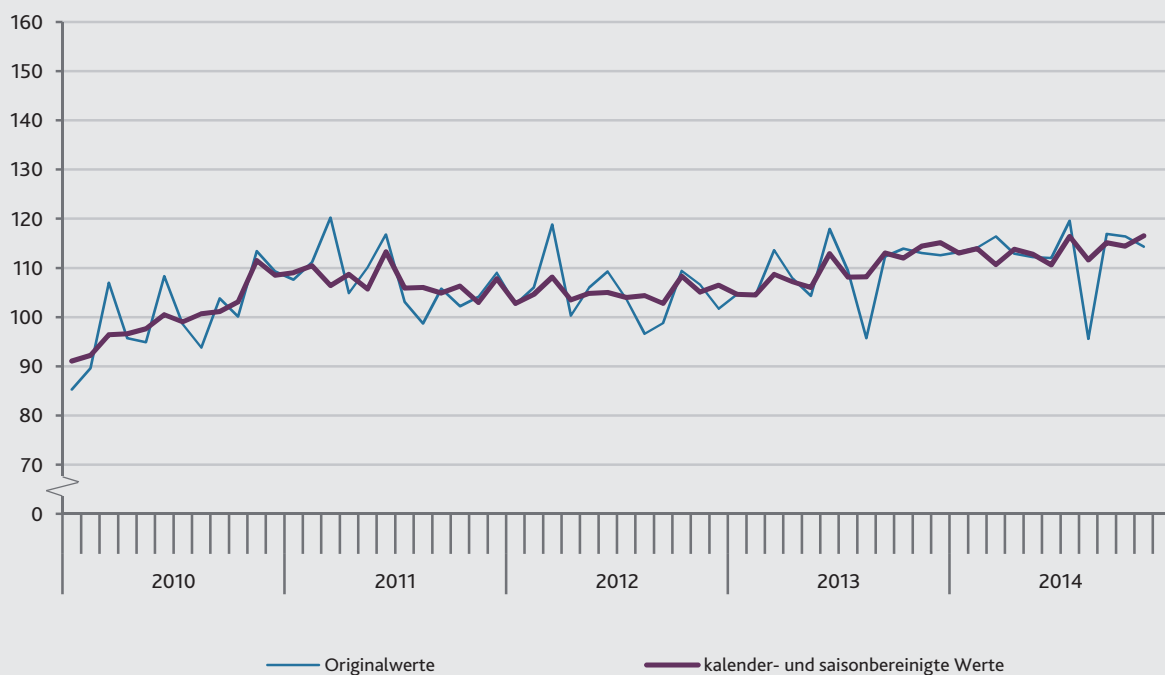


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

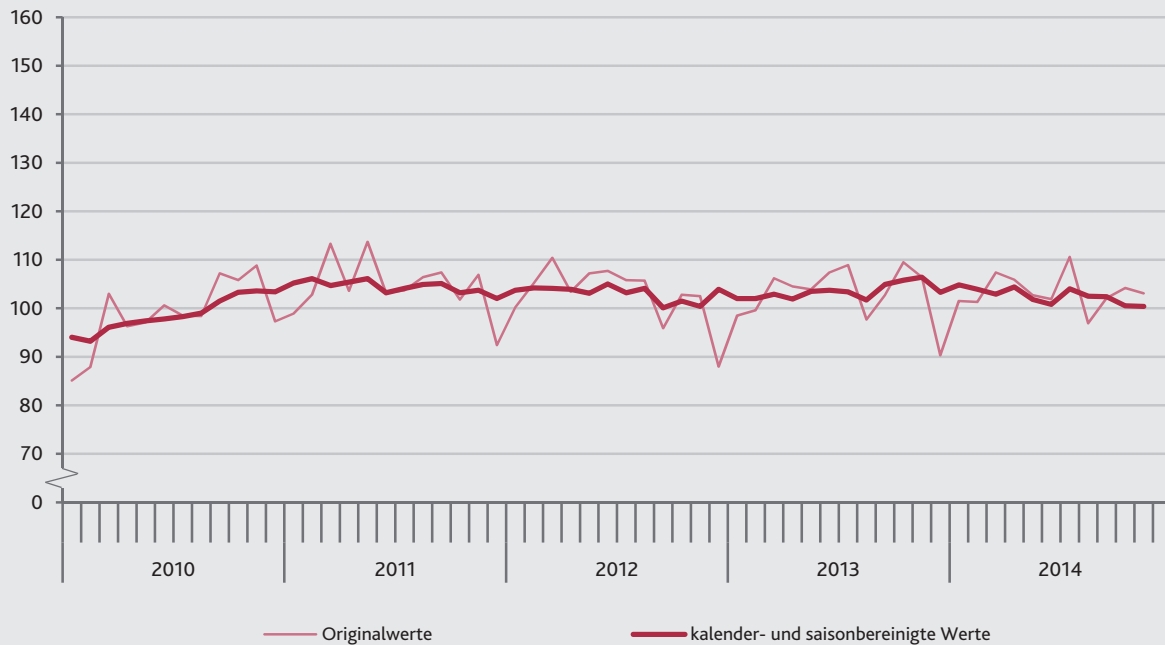


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

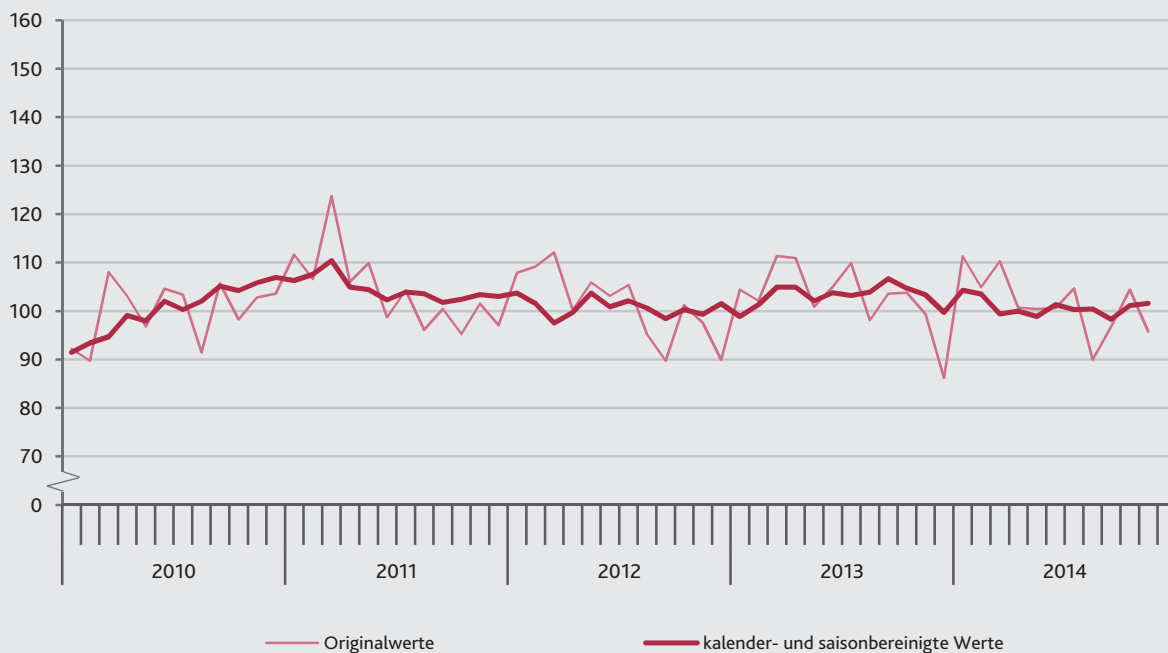


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

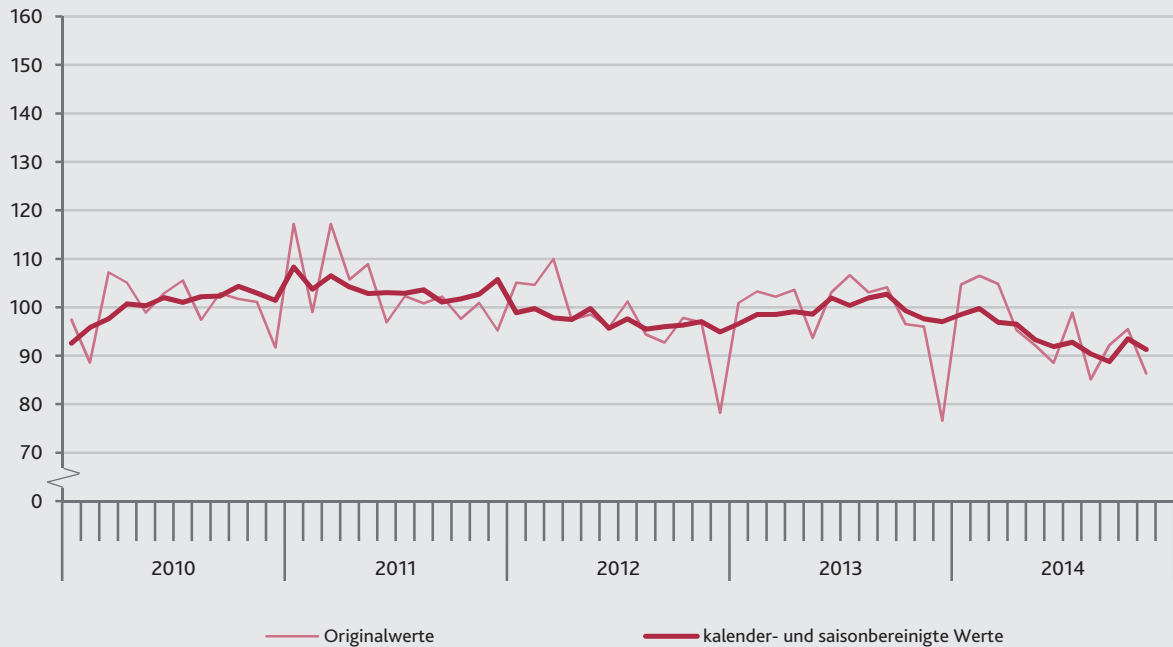


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

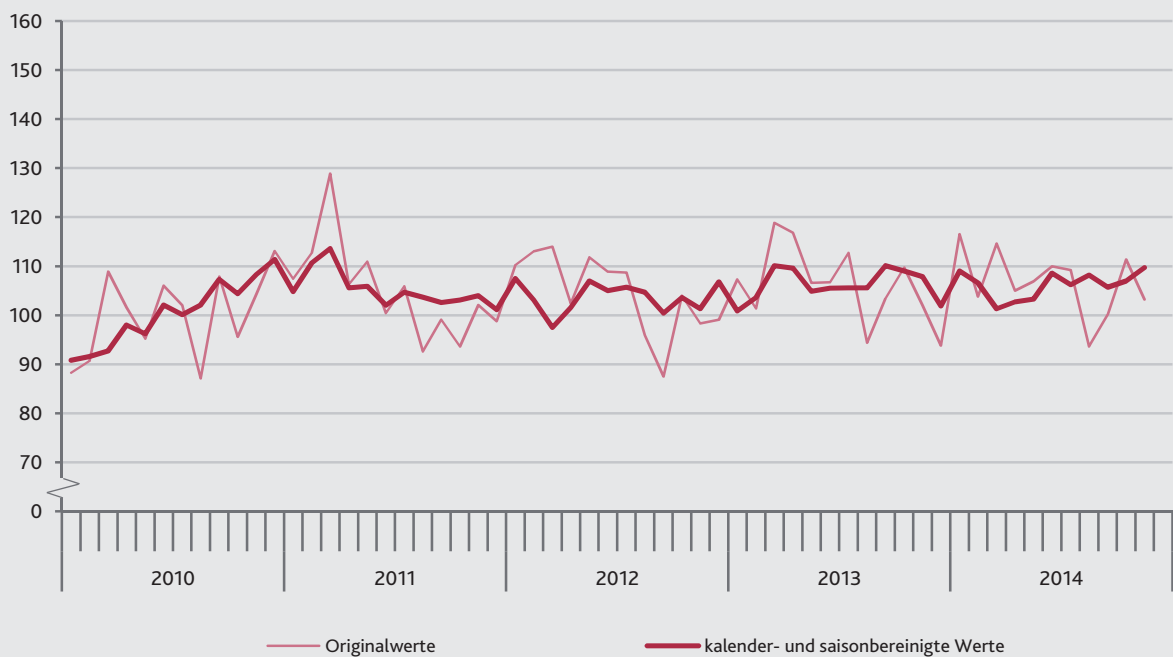


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



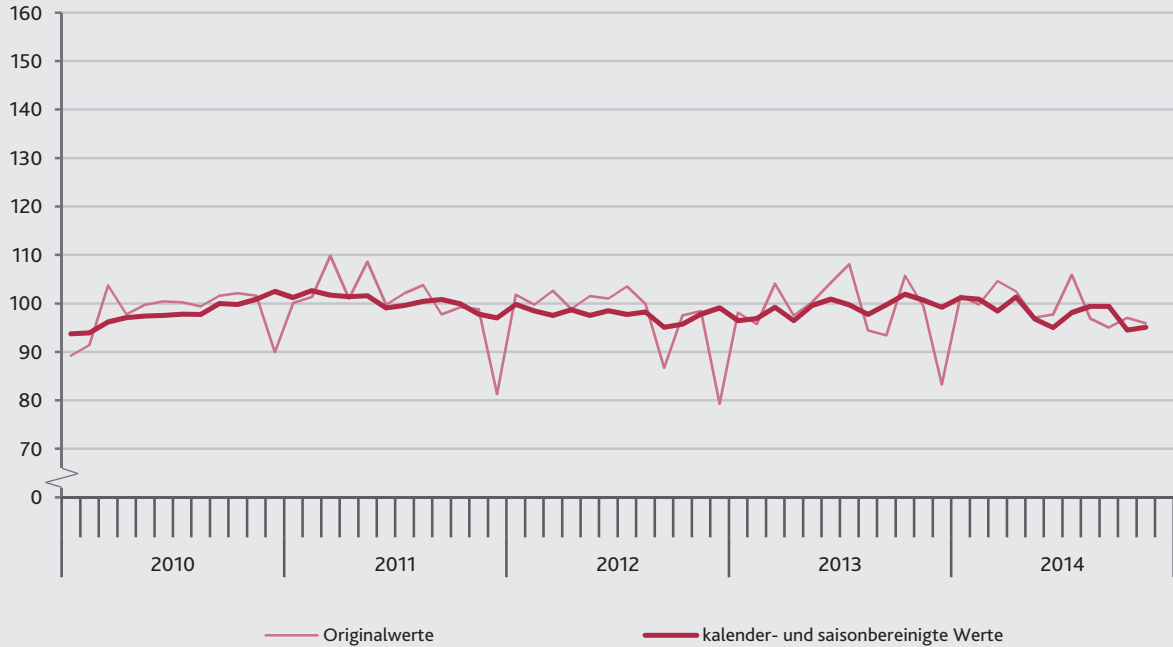
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



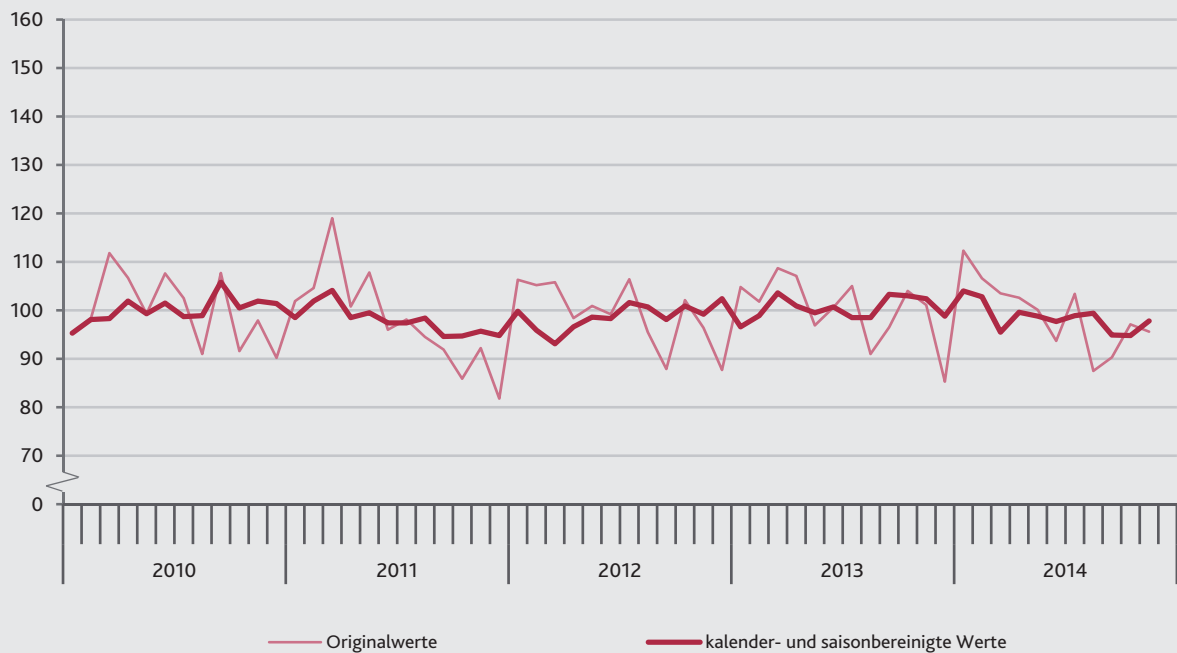
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

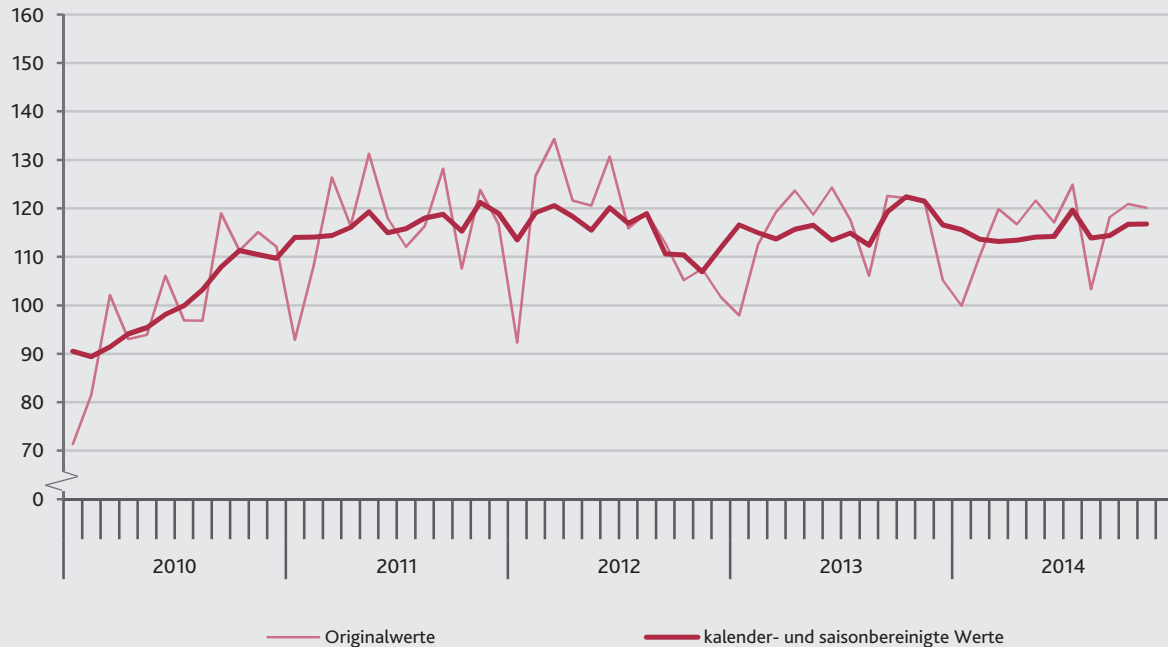


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

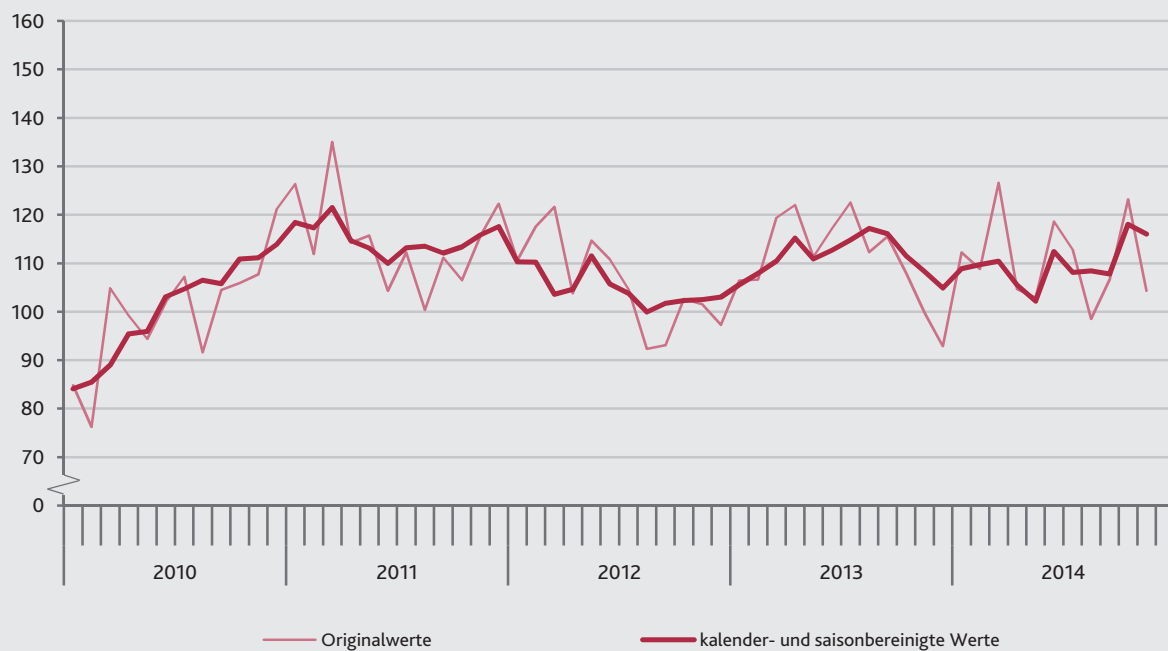


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

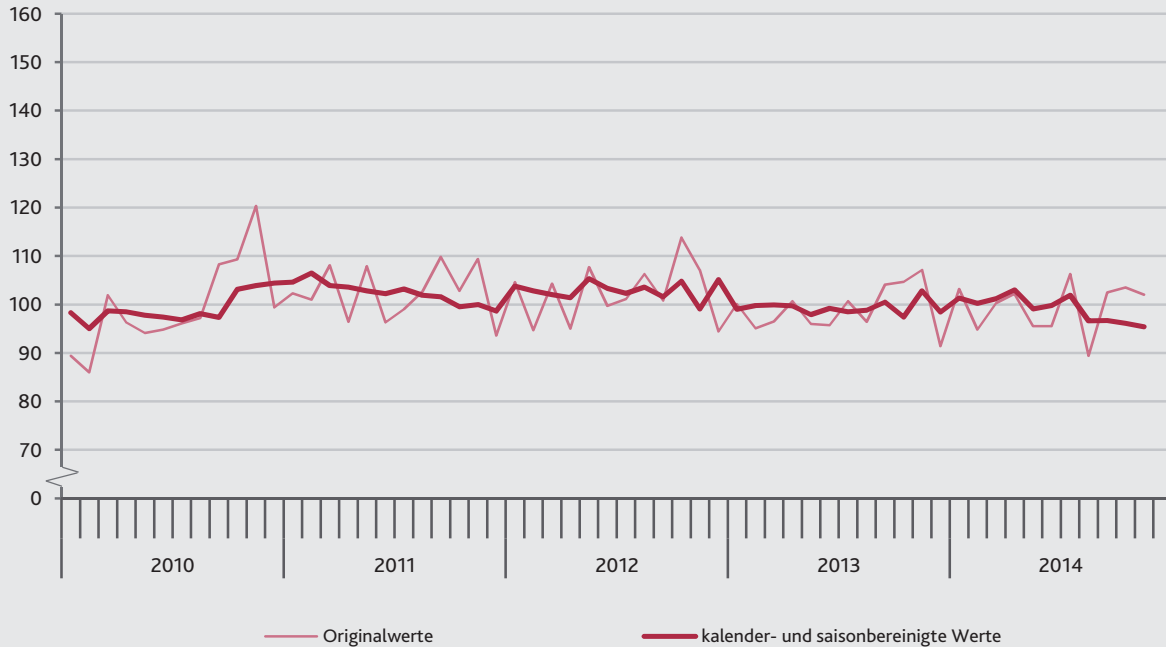


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

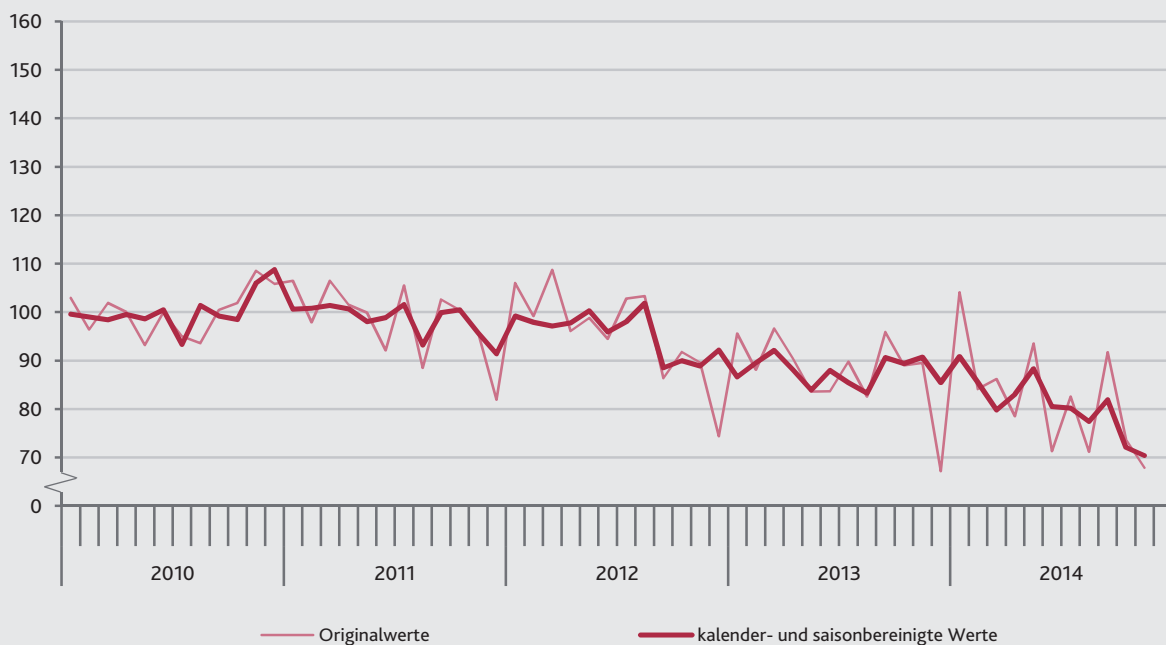


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

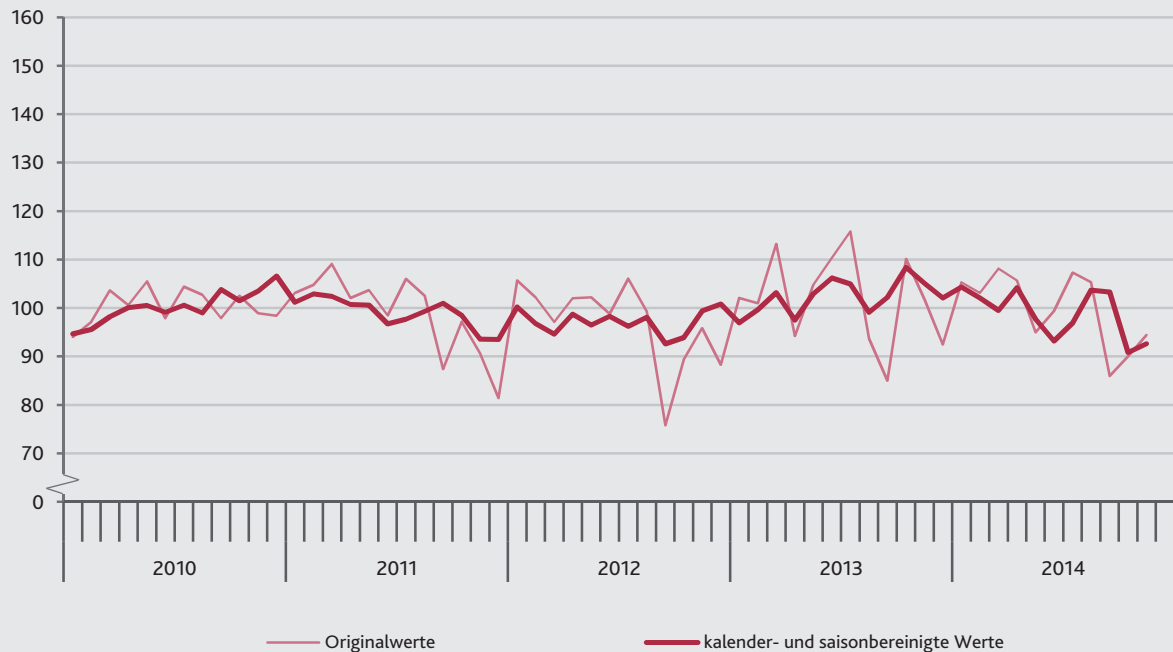


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

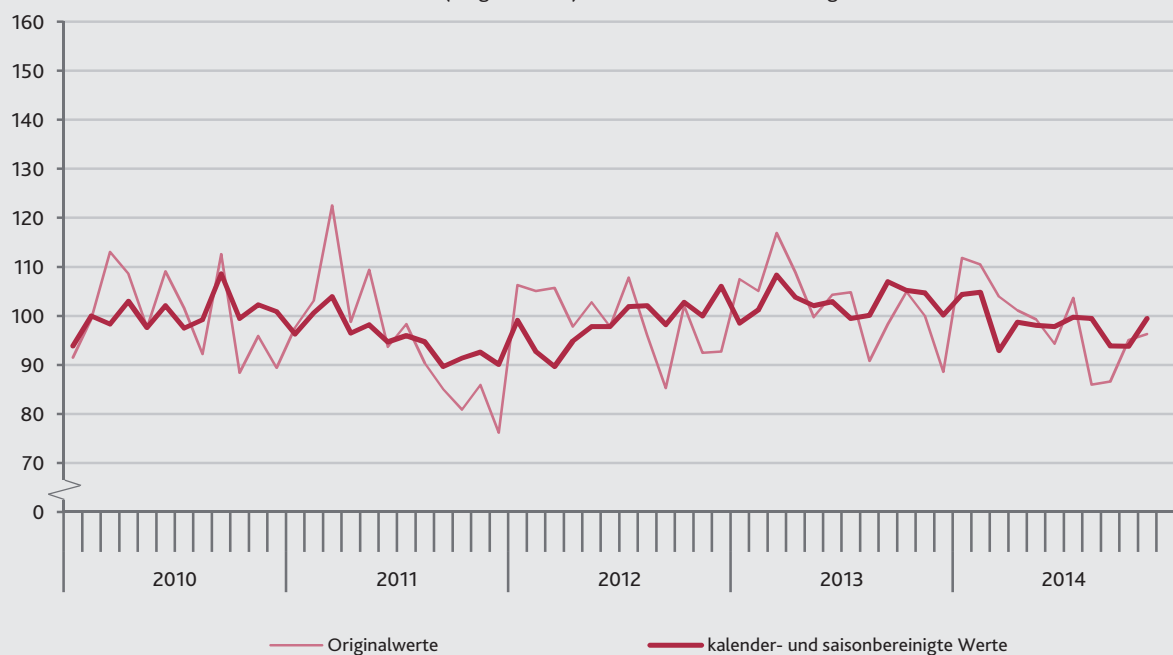


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

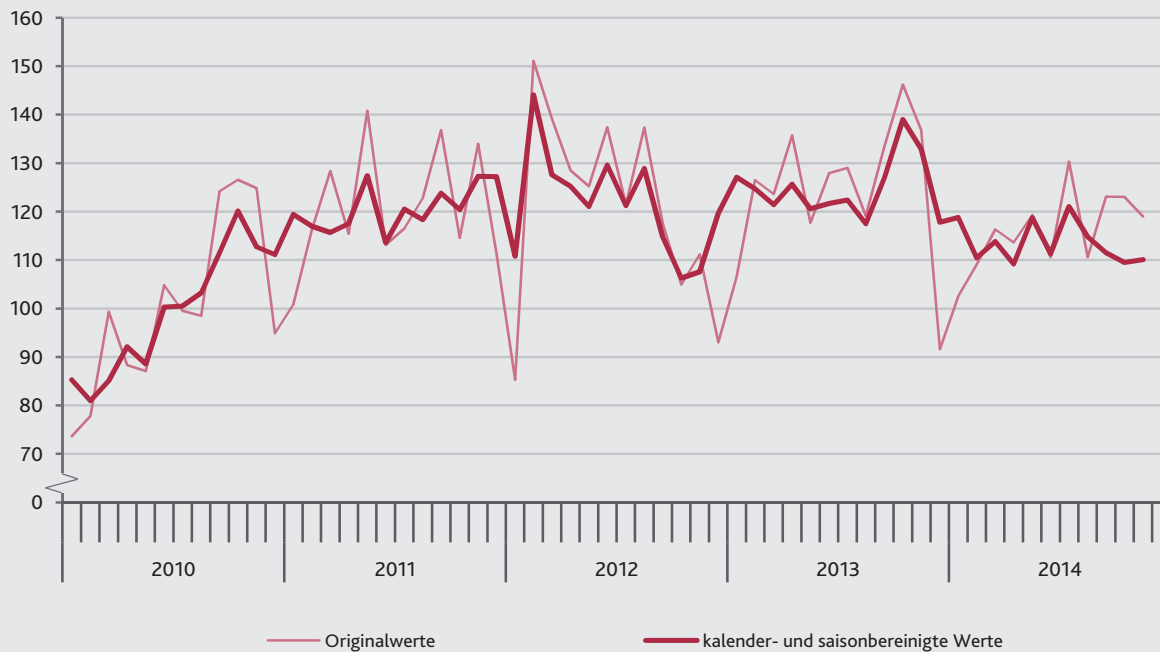


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

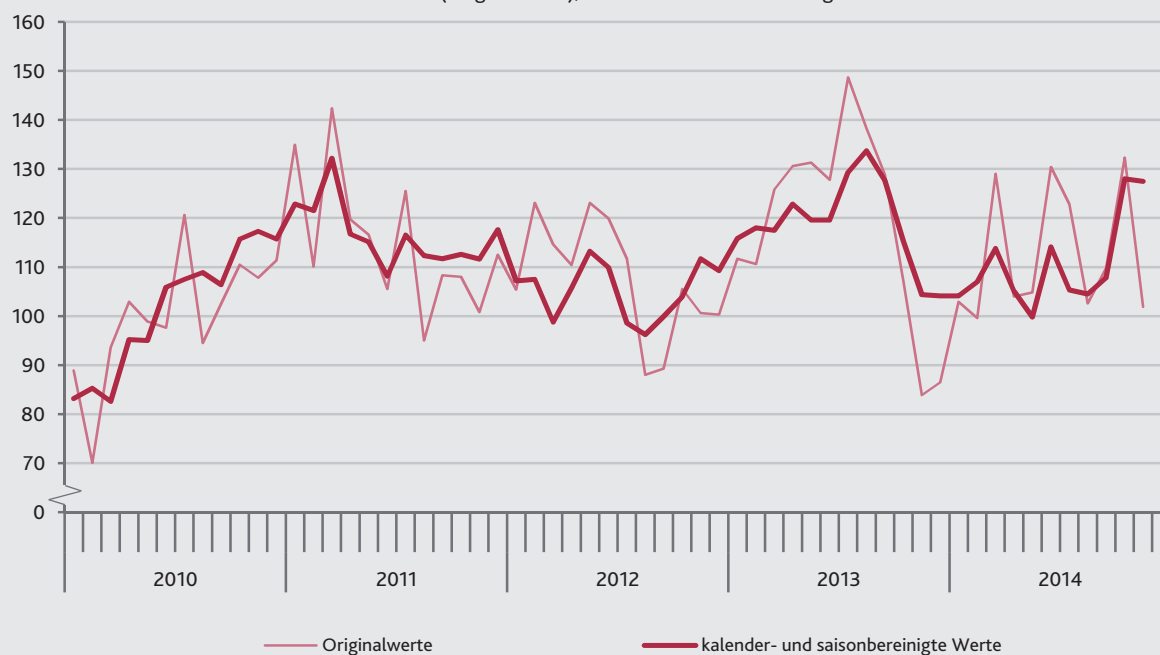


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

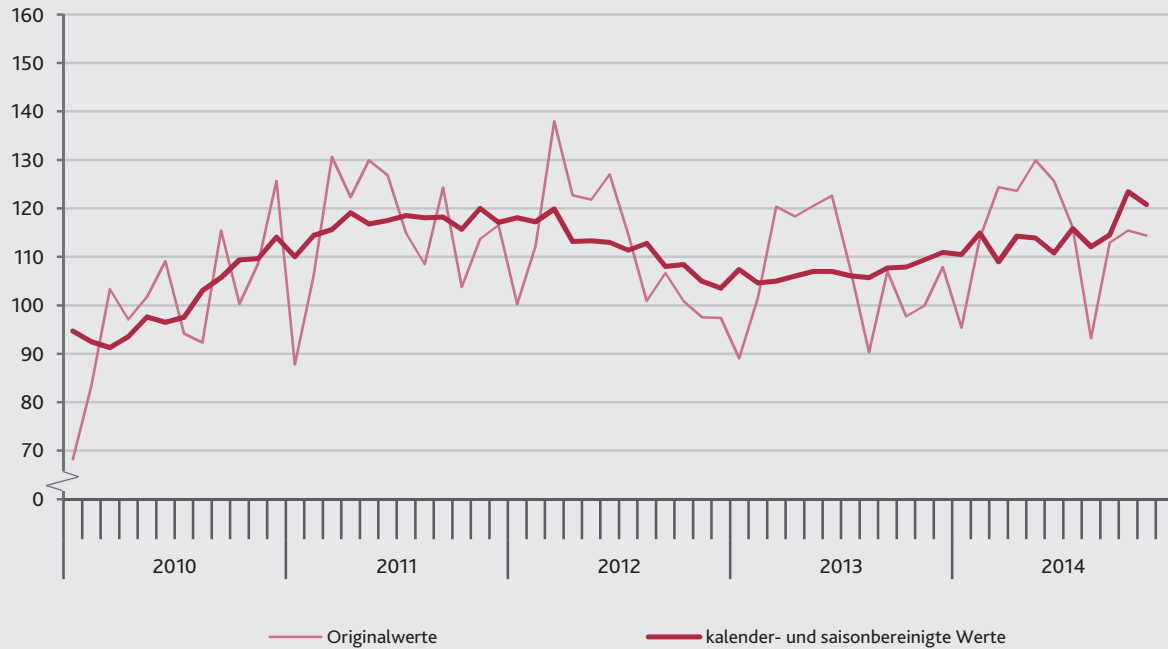


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

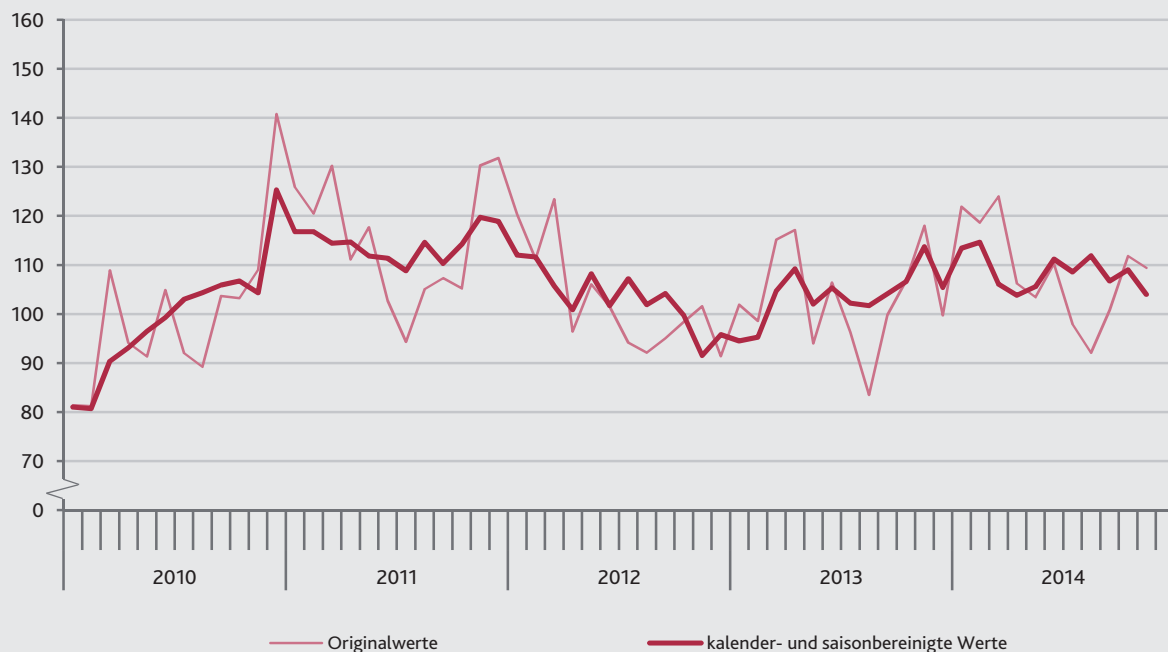


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

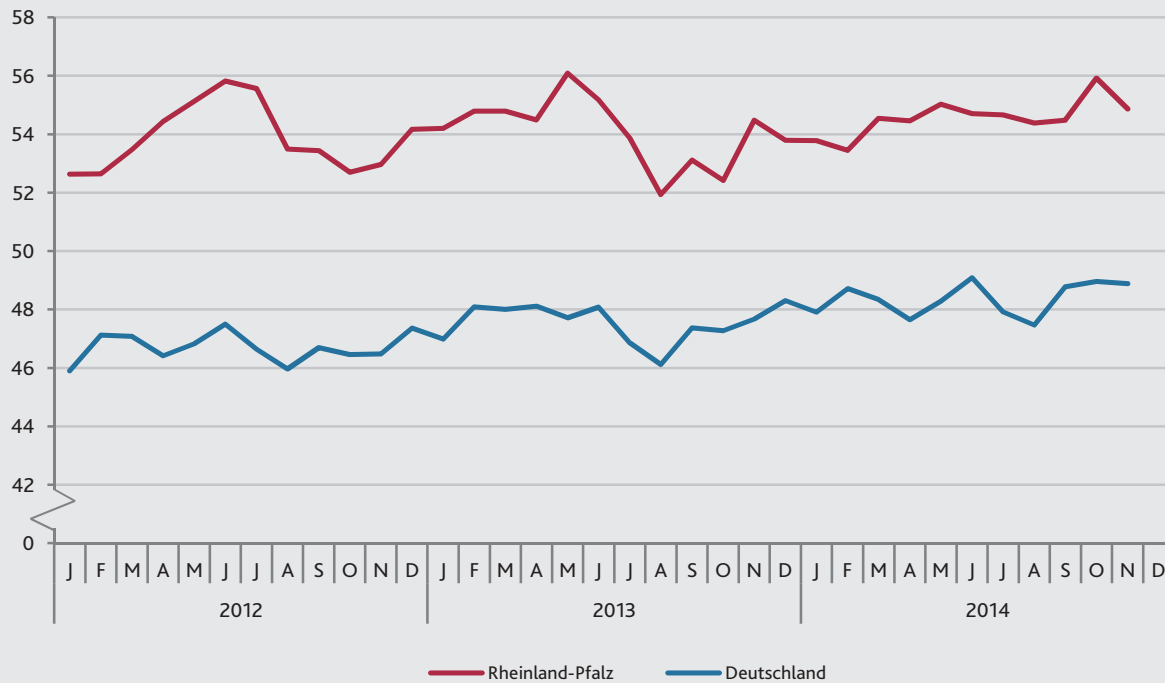
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

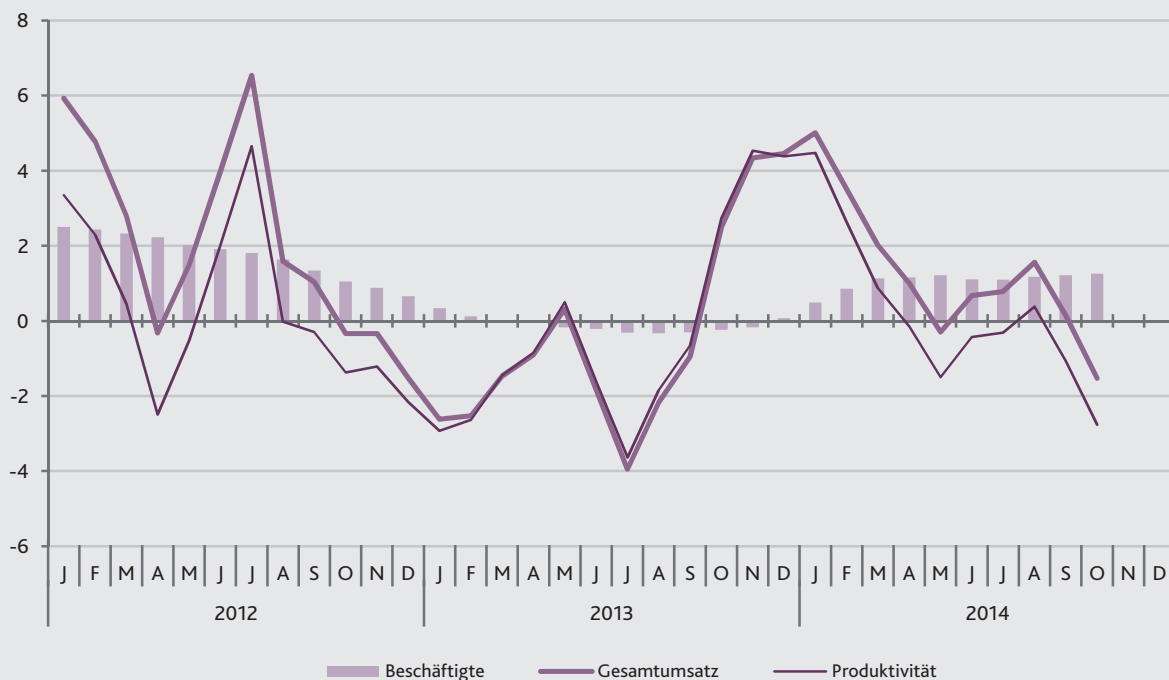
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

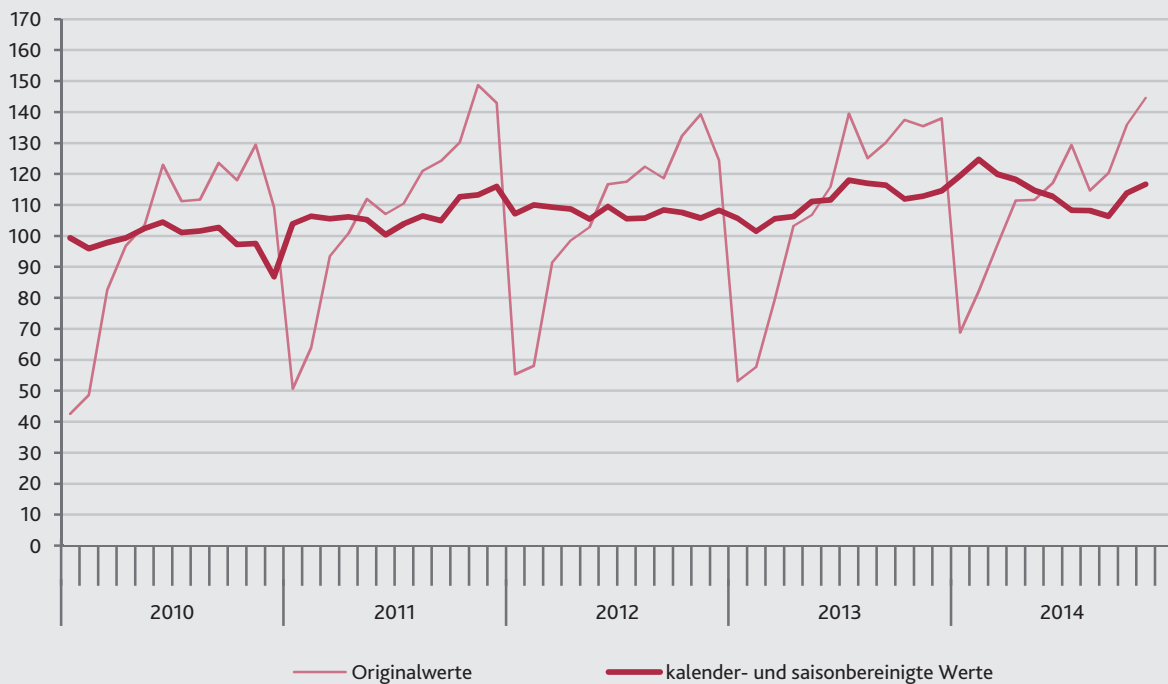
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

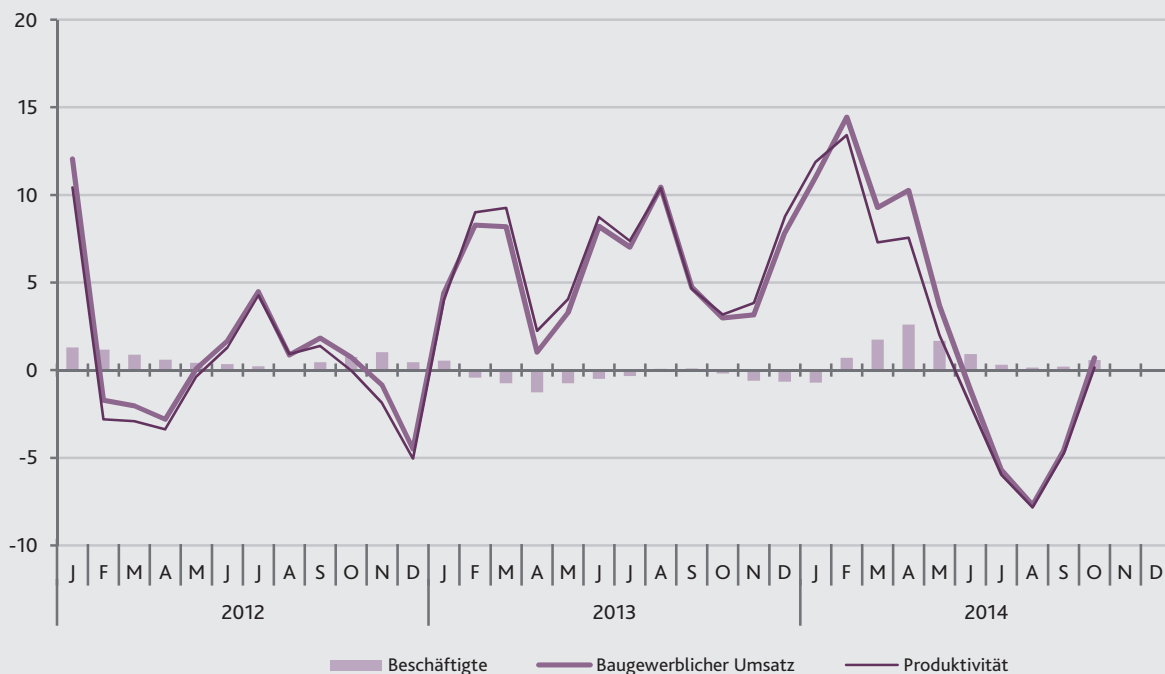
Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

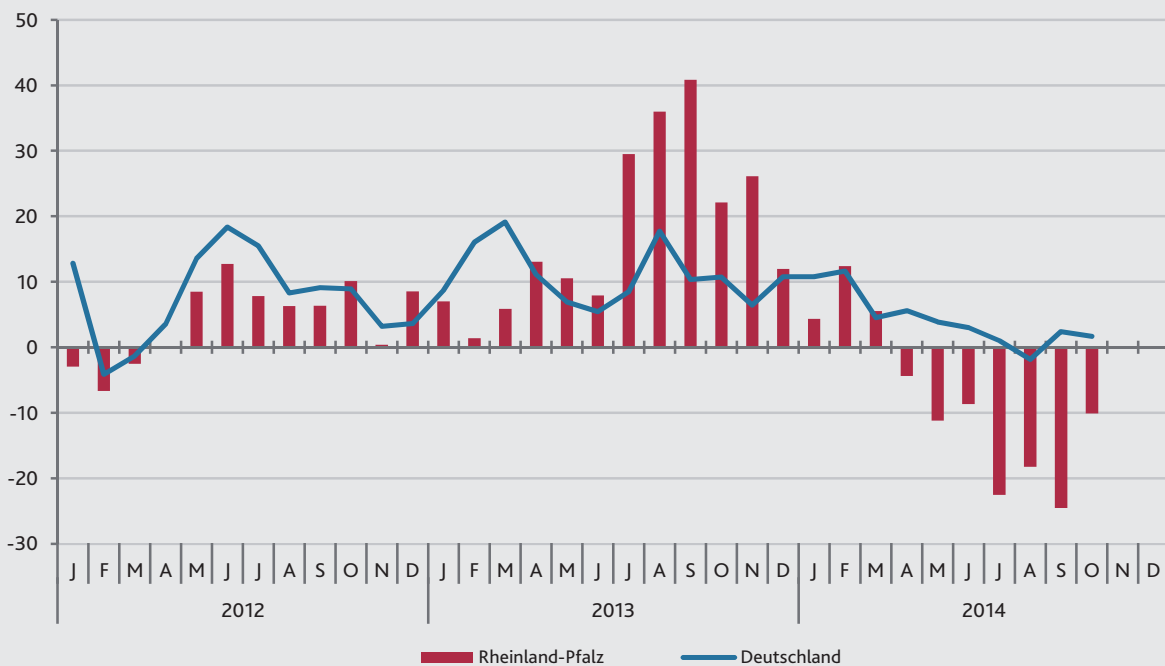
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

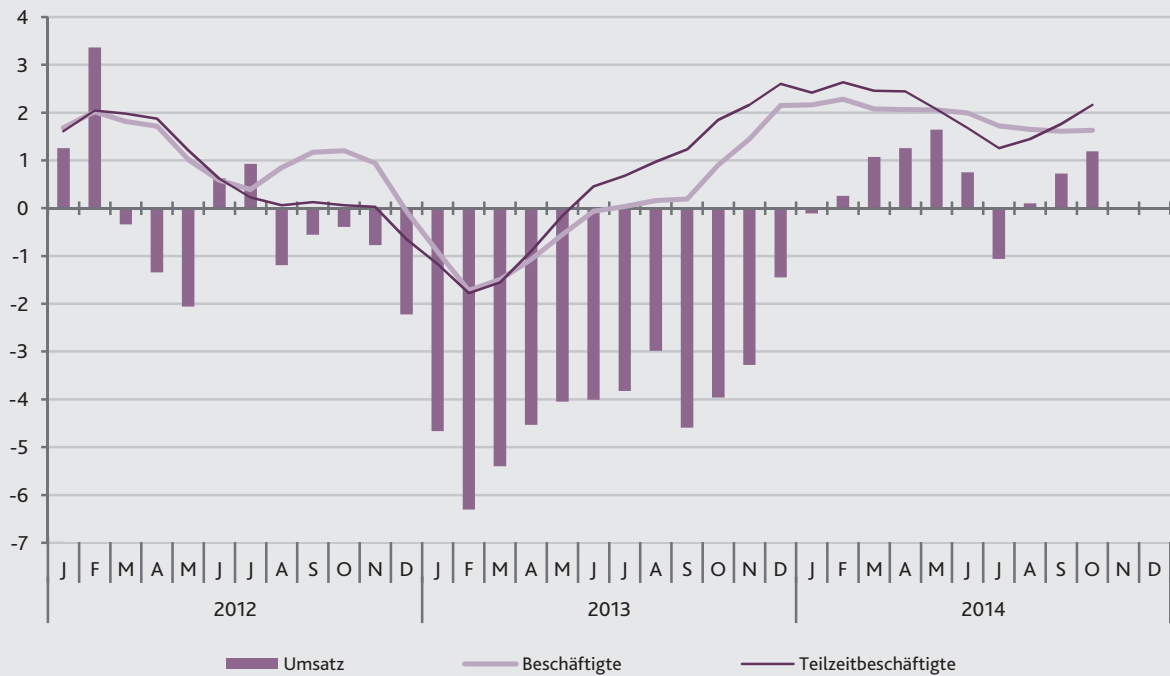


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

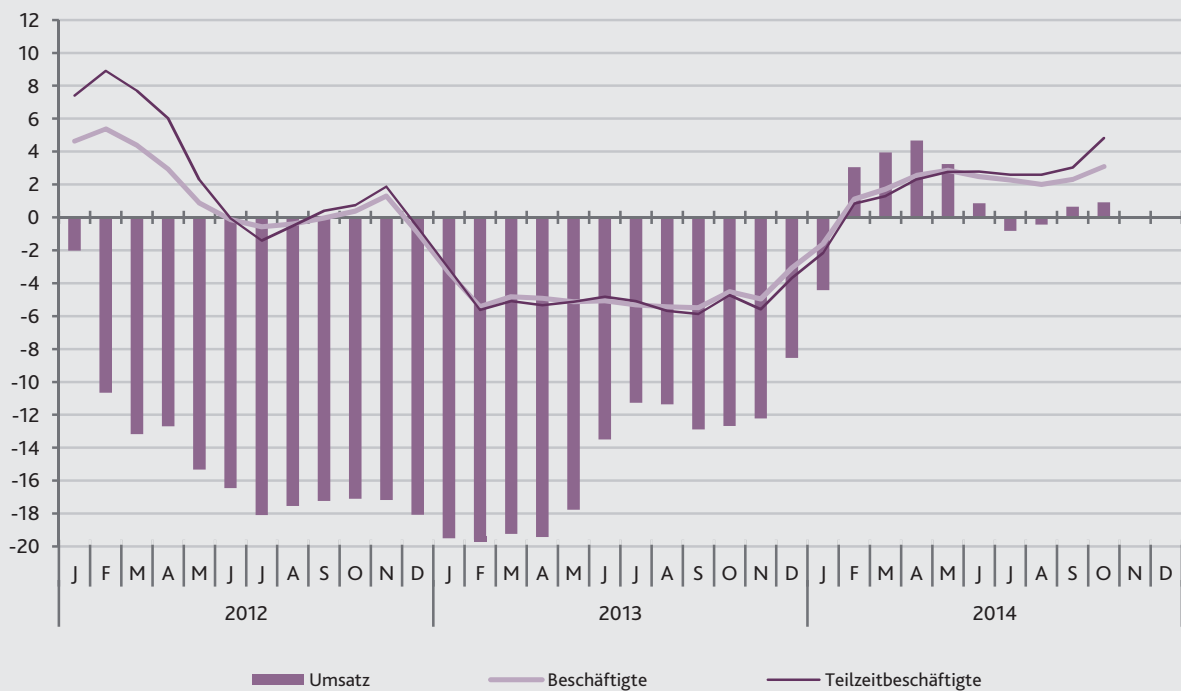
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

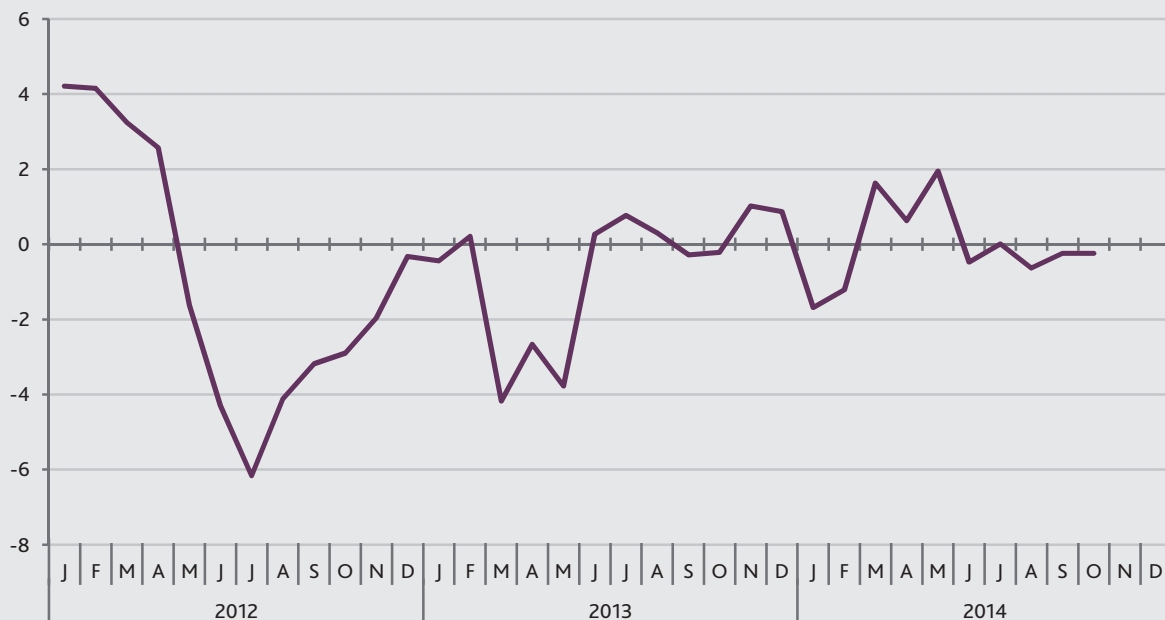
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

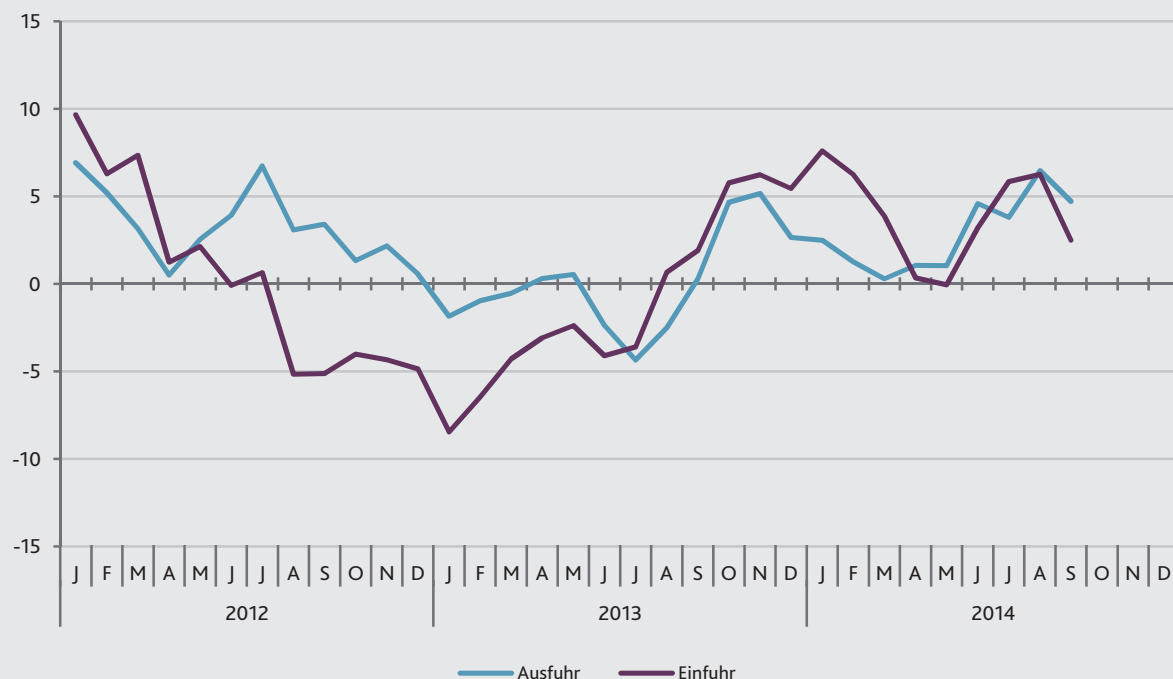


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



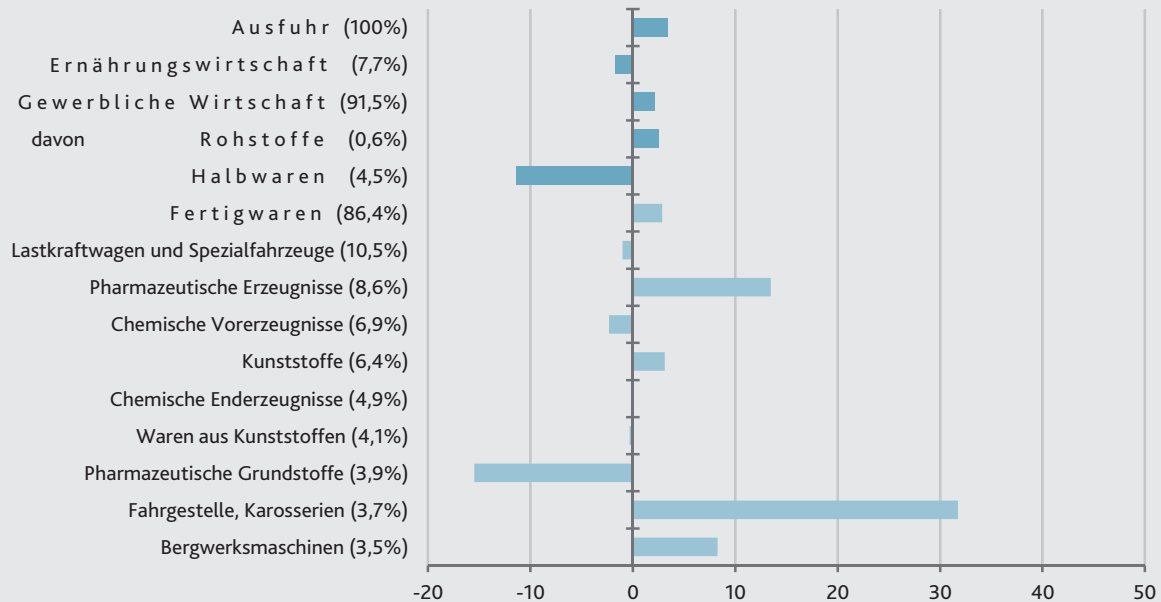
1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2013 - Oktober 2014 nach Warengruppen¹

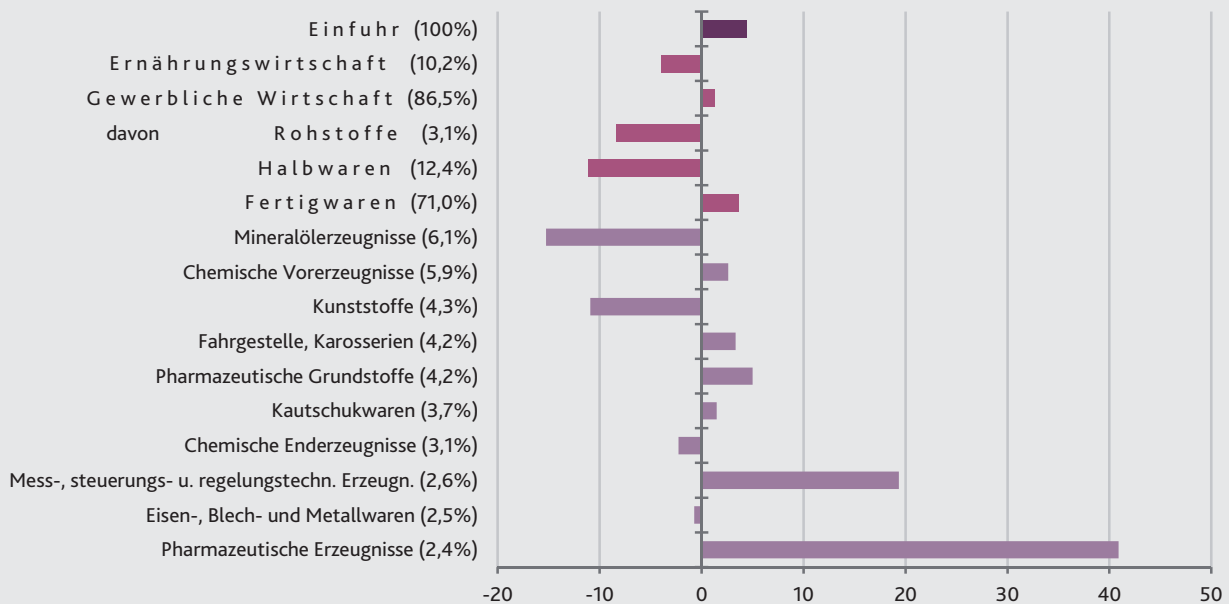
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

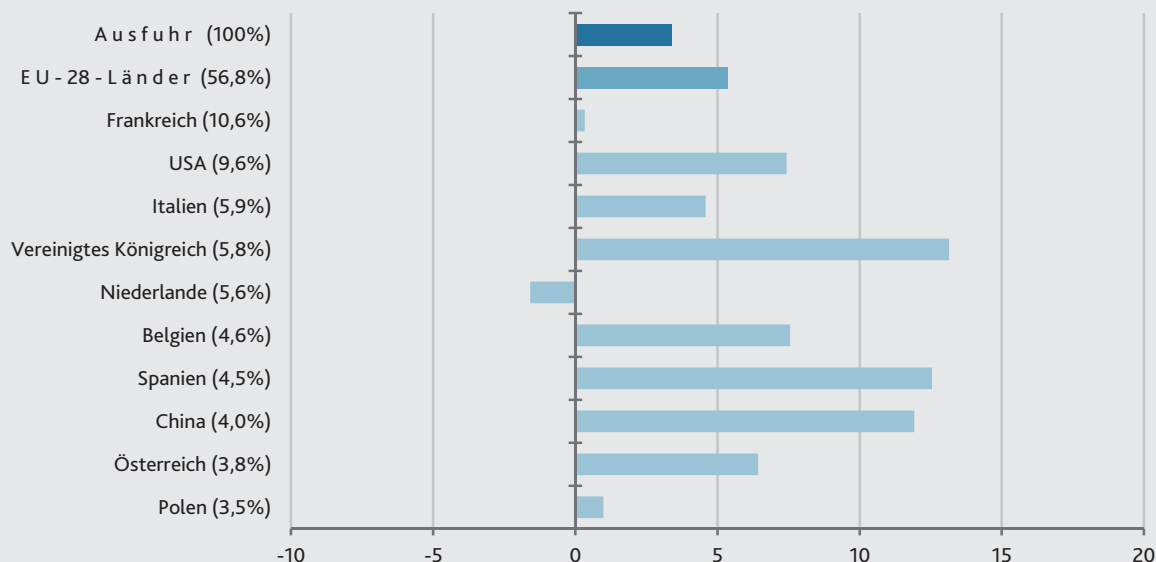
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2013 - Oktober 2014 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

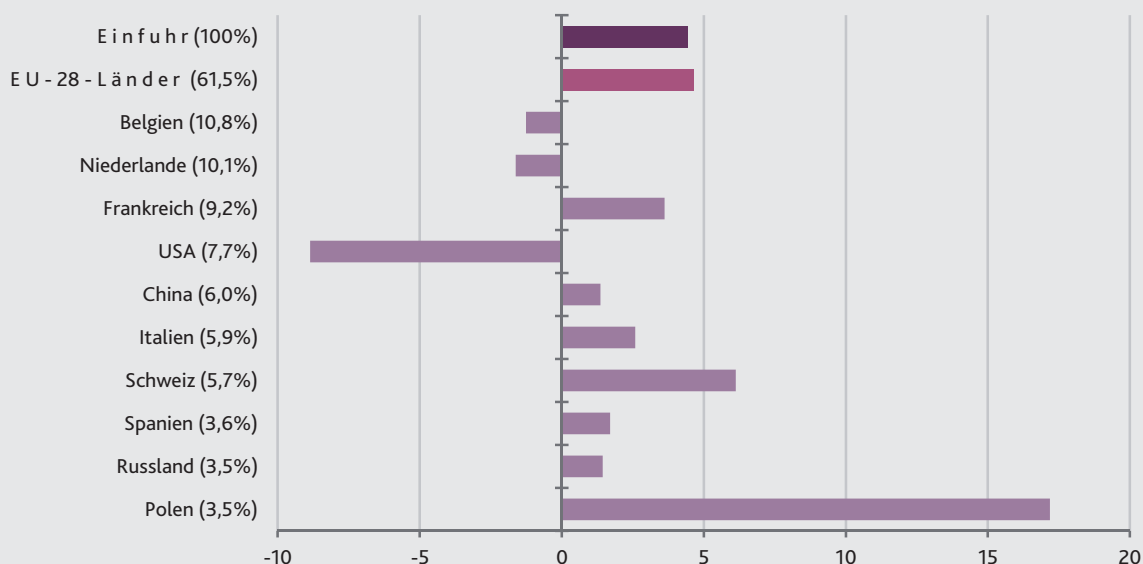
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2013 - Oktober 2014 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

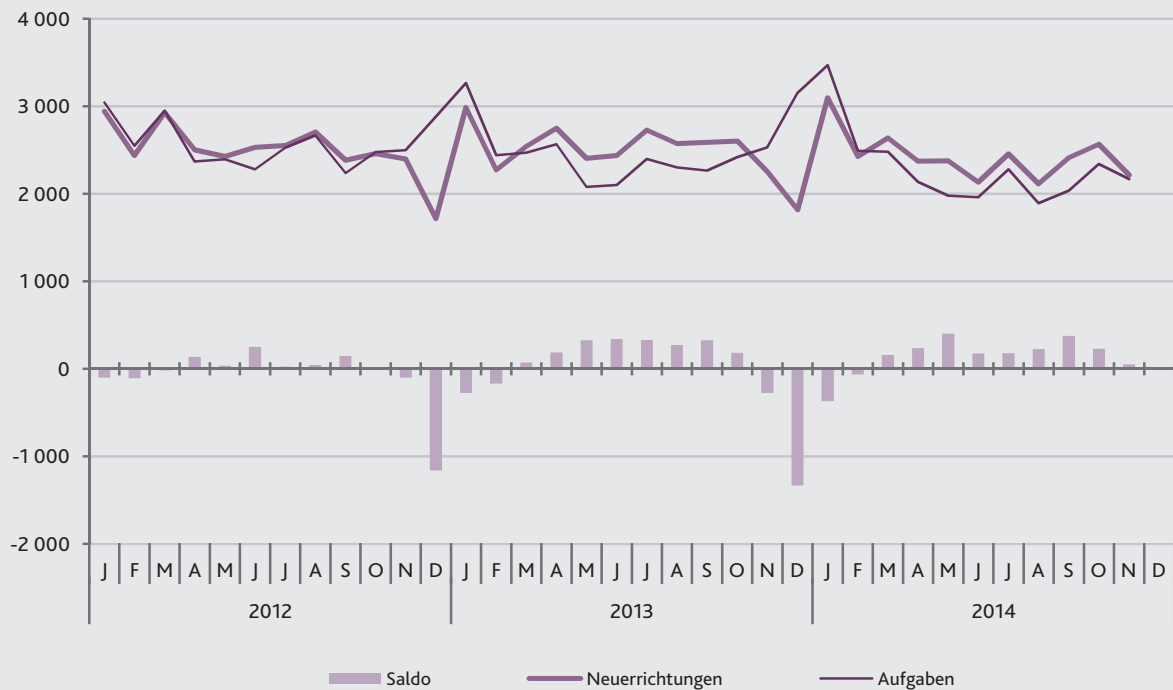
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2013 - Oktober 2014 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

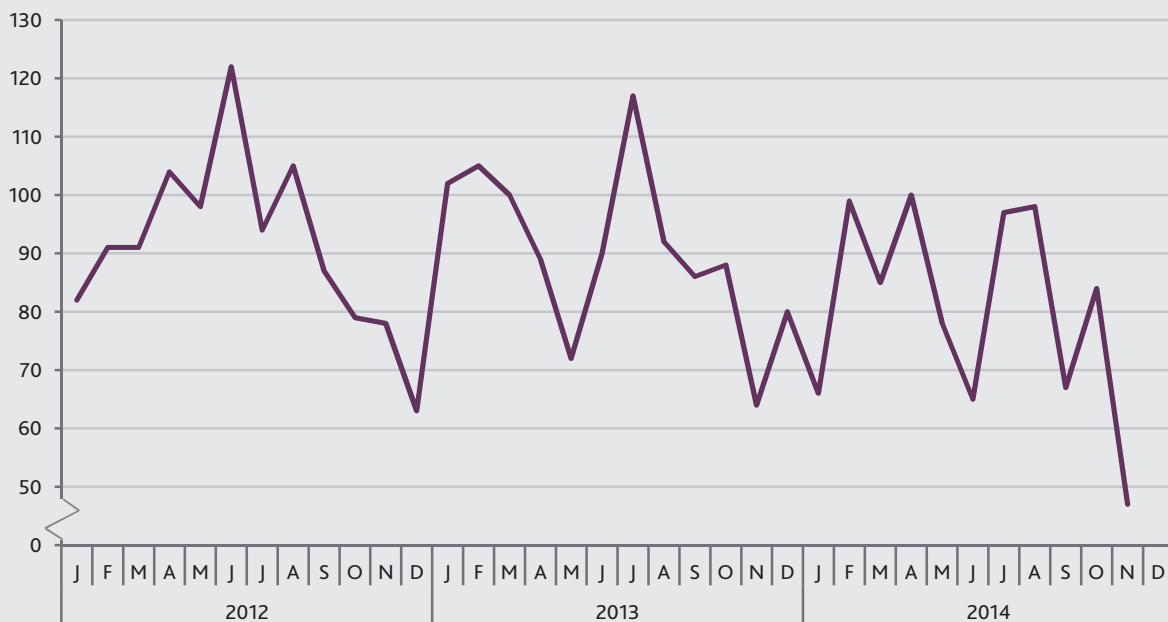
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



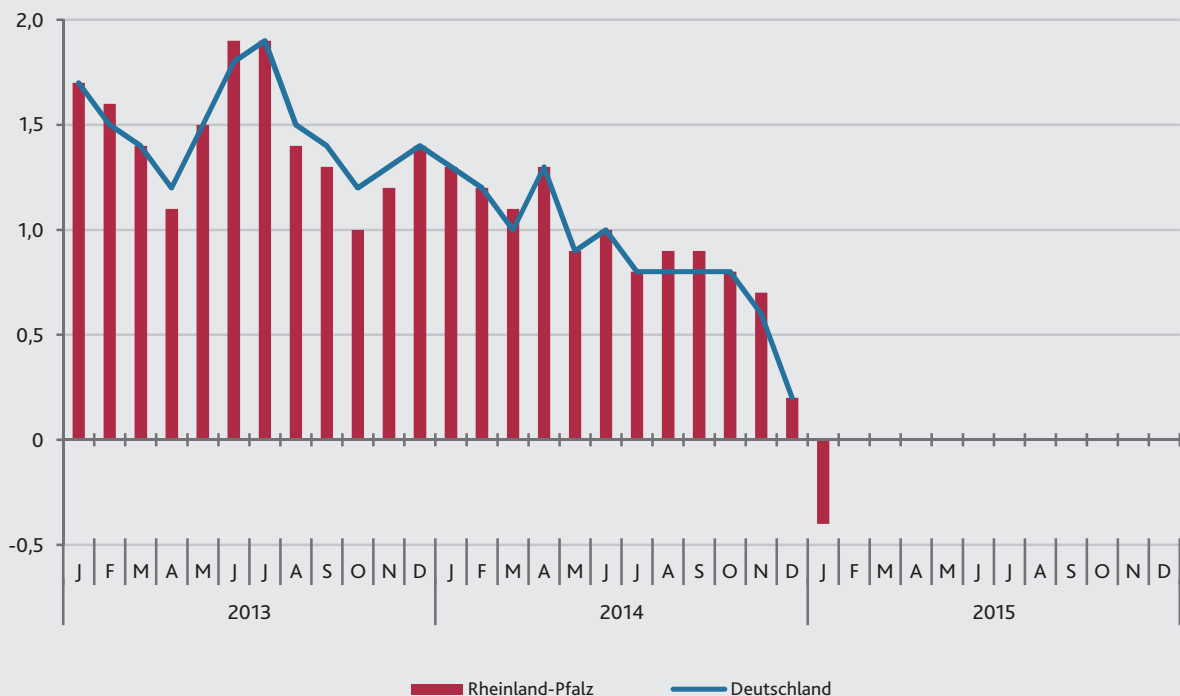
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



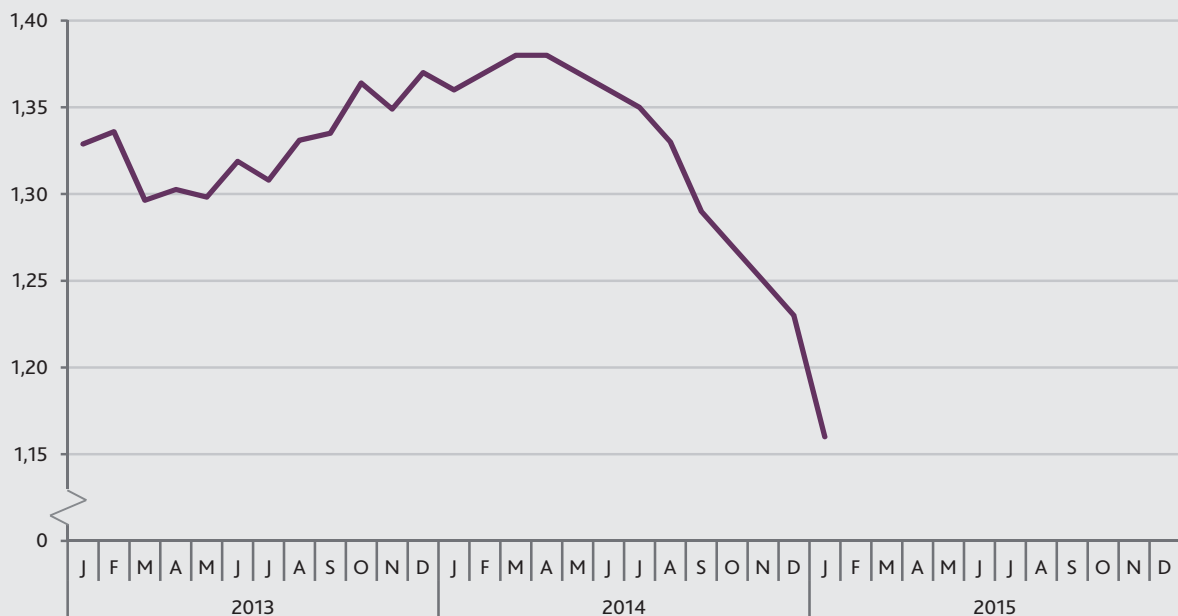
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

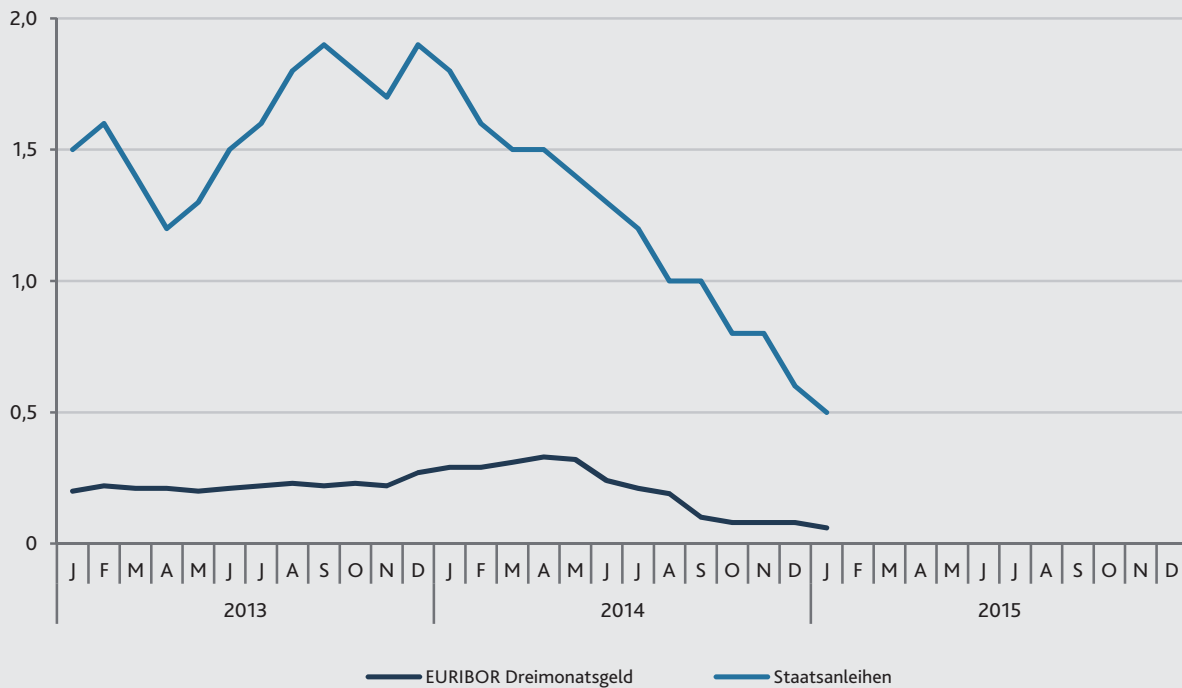
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

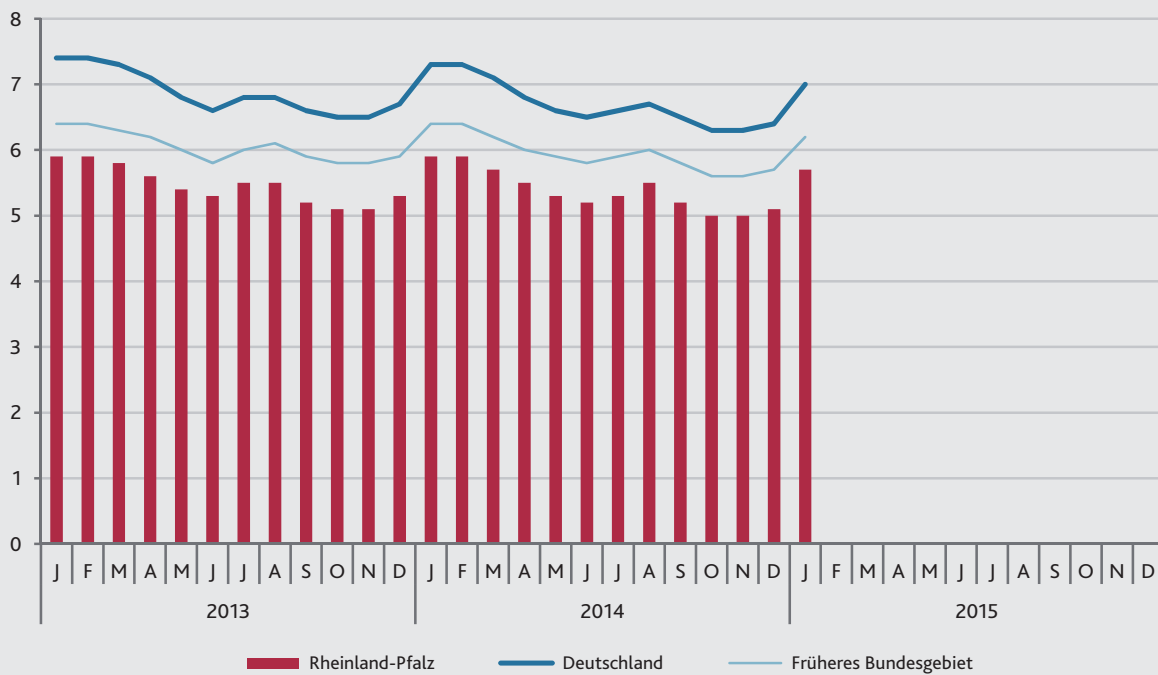
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

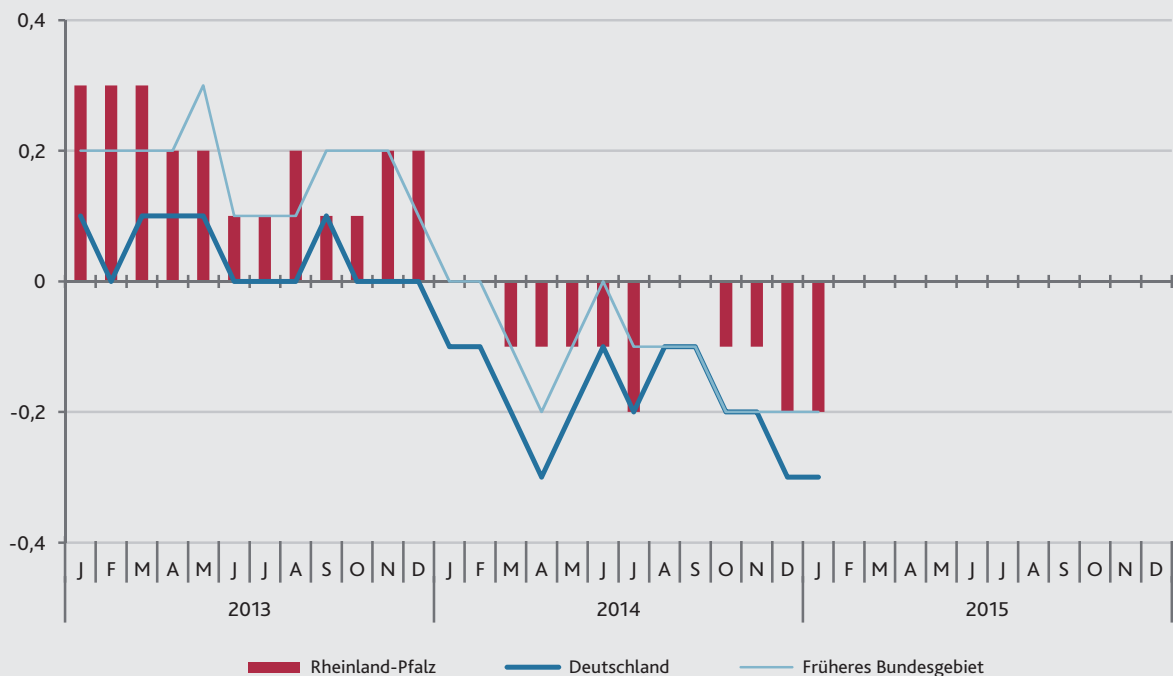
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

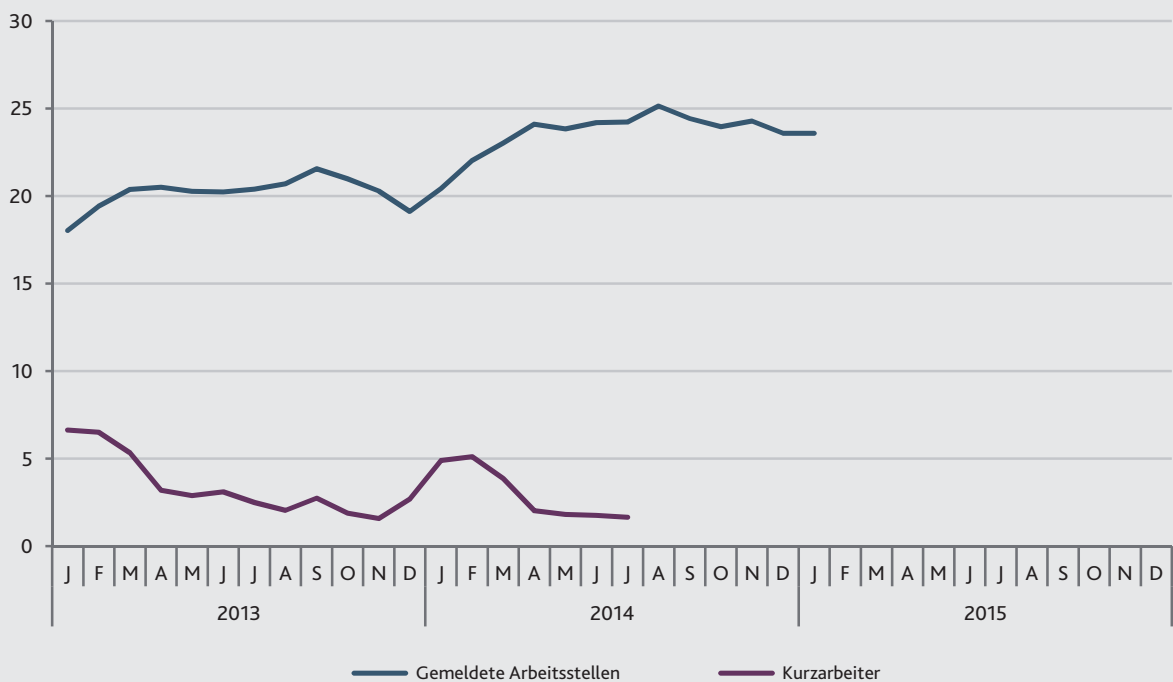
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

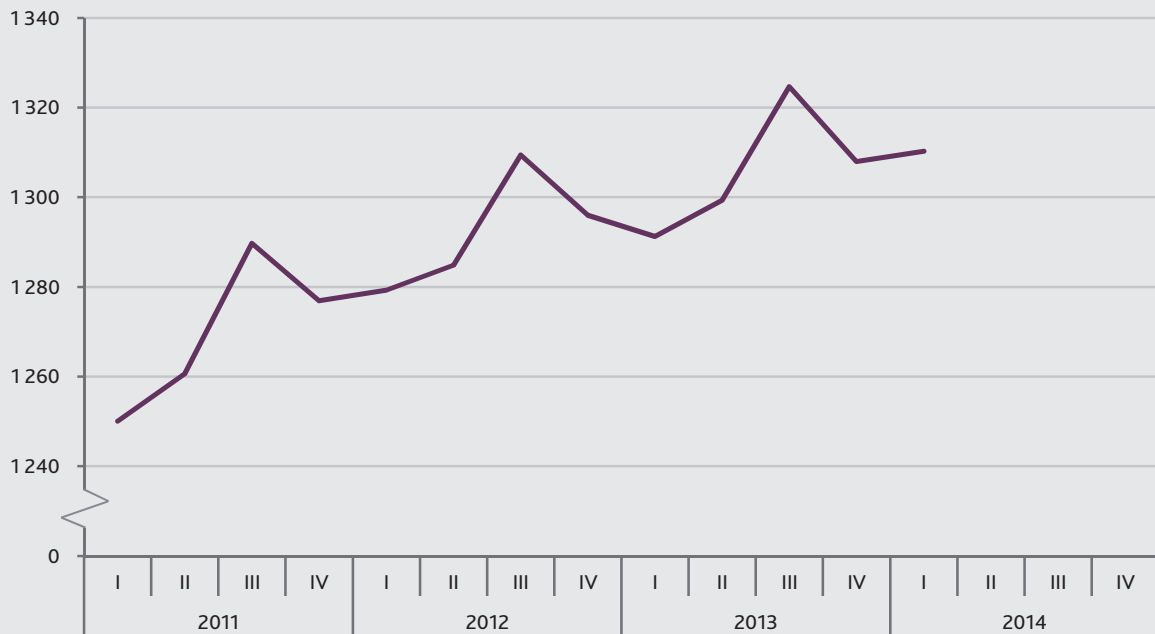
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

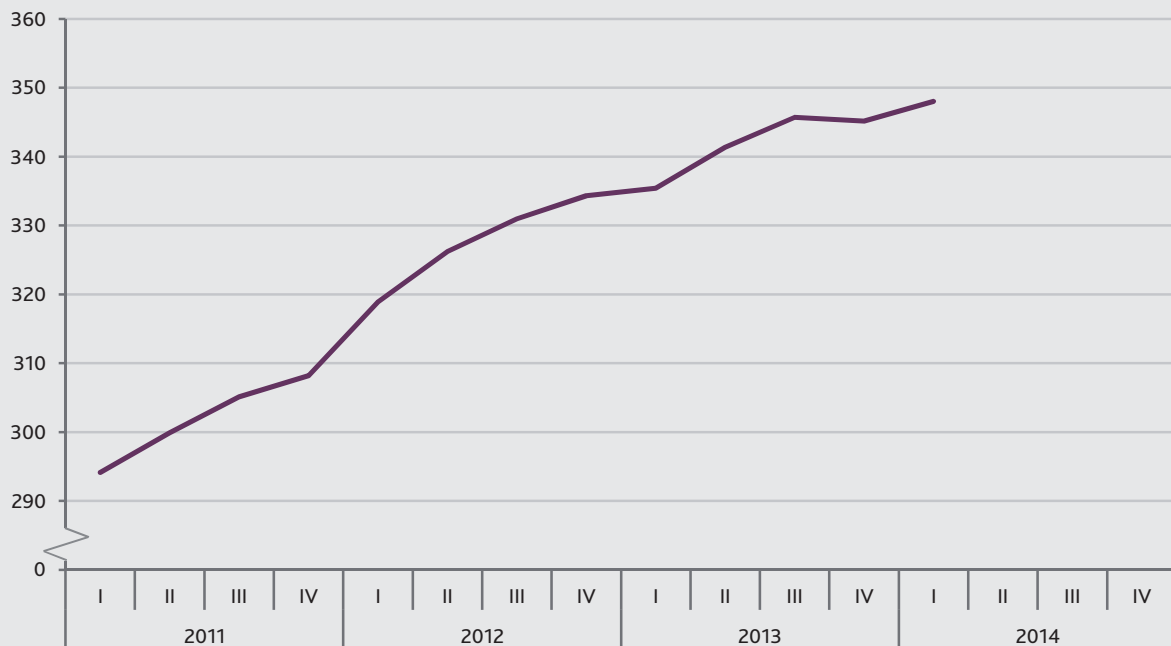
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

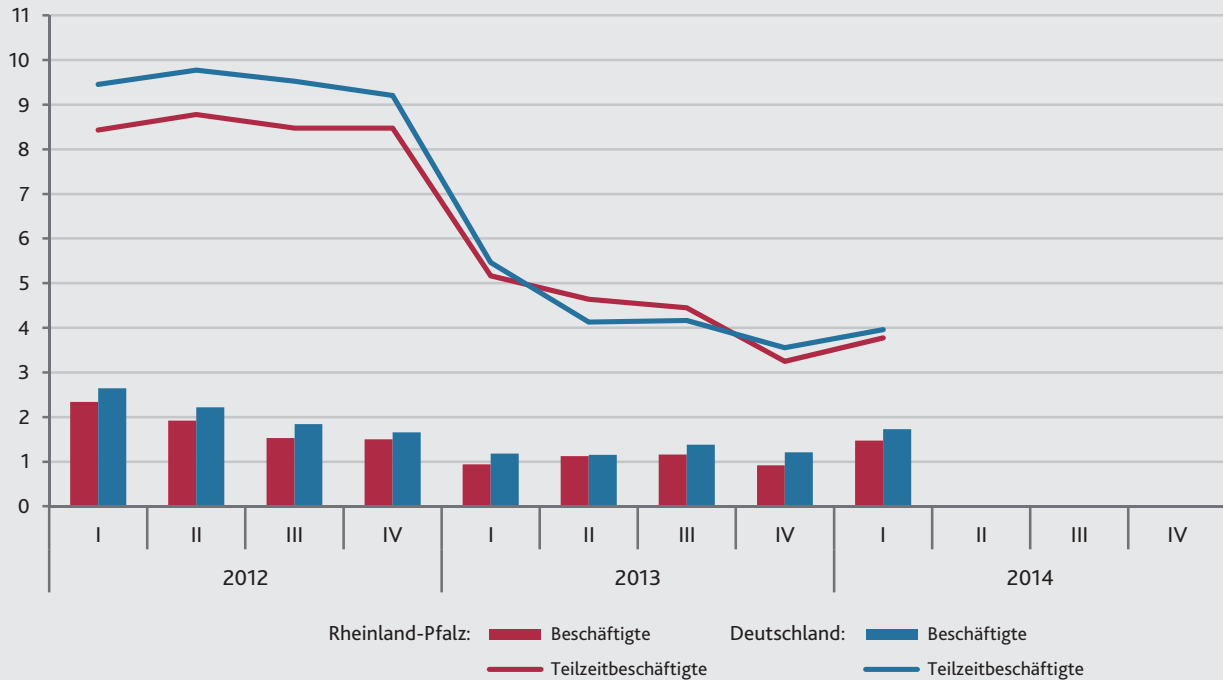
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

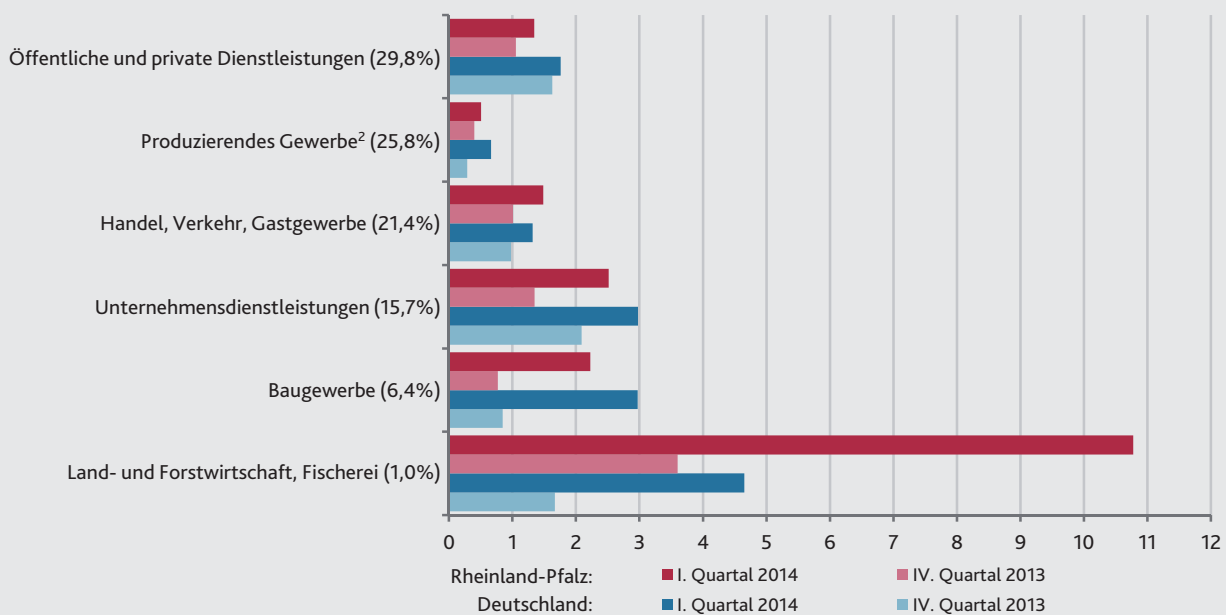
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

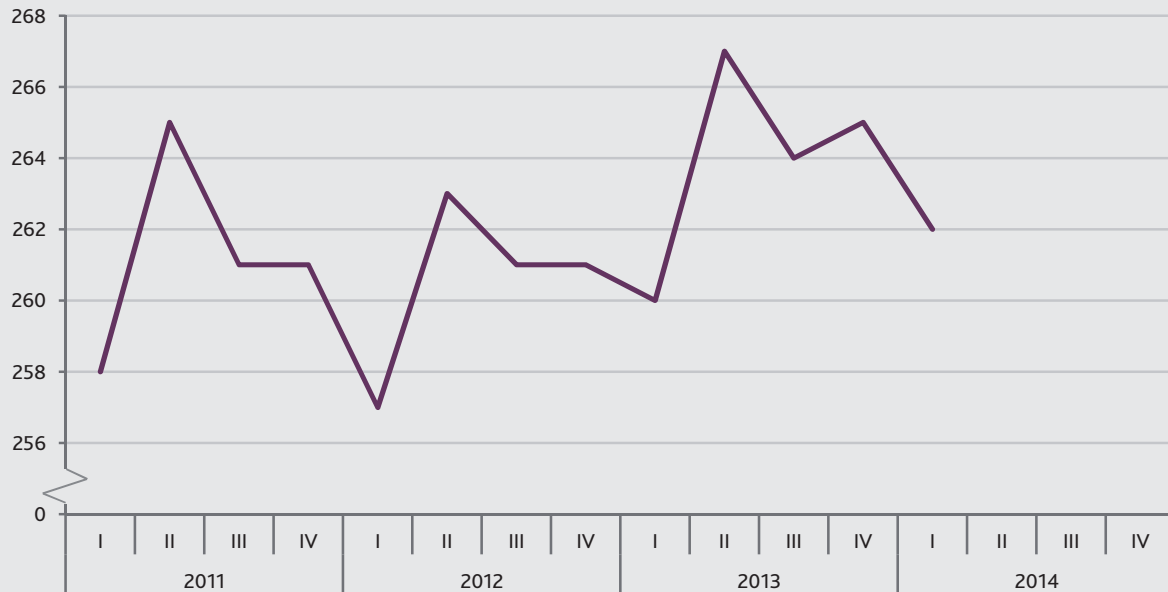
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2013. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1 000

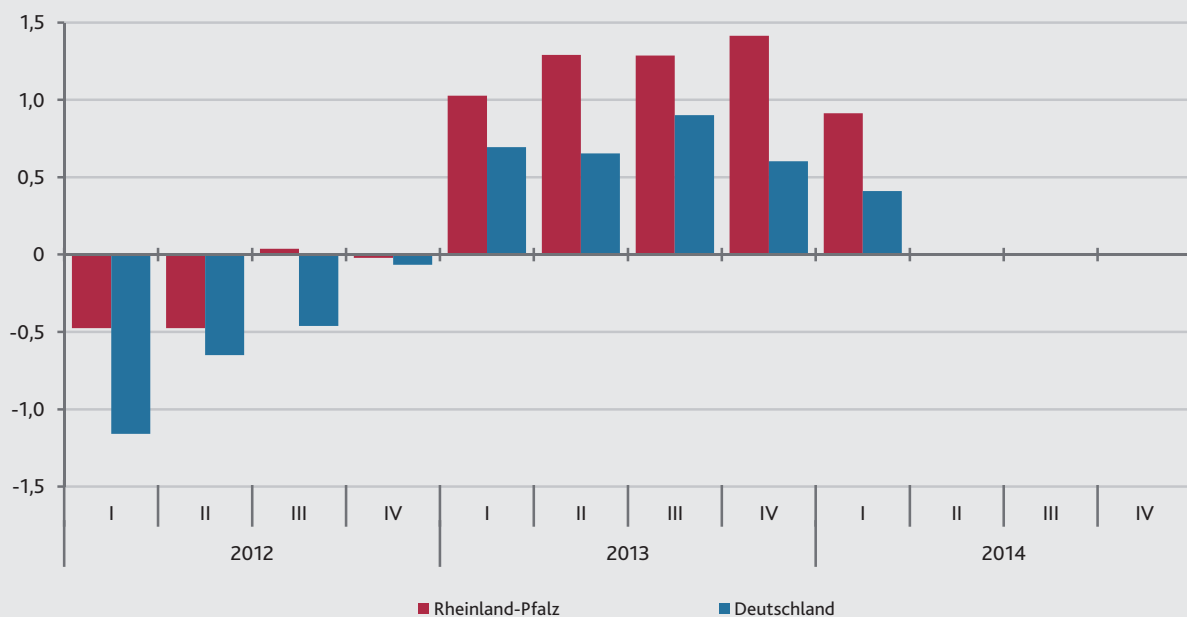


¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

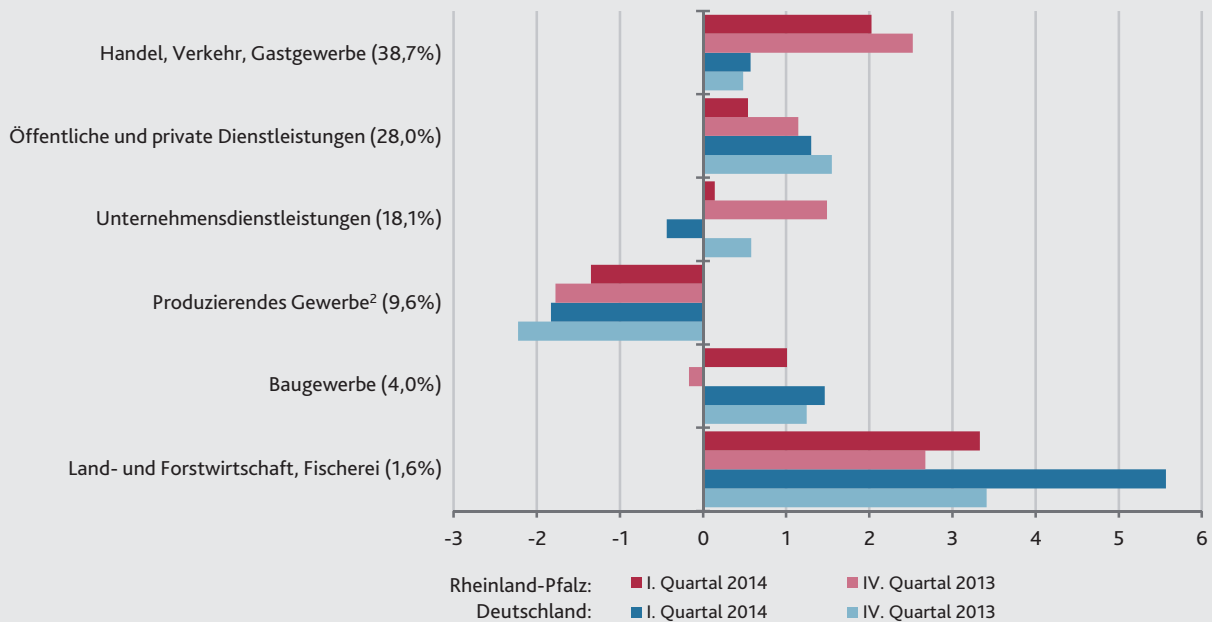
**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2013. – ² Ohne Baugewerbe.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 10. Februar 2015.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um

Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindes-

tens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neugründung (Neugründung, Gründung

nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben

werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatz-

steuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 083	127 842	126 432
752	134 121	128 083	133 450	157 264	110 128
6 058	126 824	133 450	157 264	111 776	80 756
134 628	134 545	157 827	113 035	84 980	63 568
157 811	113 466	84 980	64 829	78 146	92 396
113 466	87 007	64 829	78 146	94 429	125 873
87 007	65 282	78 146	94 429	125 677	103 807
65 282	78 320	94 429	125 677	103 807	69 027
78 320	95 409	103 807	69 027		
95 409					

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2012	2013			2014			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 ^{1,2}	3 994 ^{1,2}	3 989	3 991	3 993
darunter Ausländer ^{r3}	1 000	290 ^{1,2}	306 ^{1,2}	297	300	303

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 687	1 602	2 308	2 862	2 027
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 597	2 666	3 149	2 901	2 932
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	9,3	8,6	8,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 700	3 794	3 947	3 359	3 339
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	11,4	11,7	9,9	10,2
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	8	8	12	6
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,2	3,1	2,5	4,1	2,0
* Überschuss der Geborenen (+)									
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 103	-1 129	- 798	- 458	- 407
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,3	- 3,4	- 2,4	- 1,4	- 1,2

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 262	9 962	11 539	12 433	12 867
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 739	4 305	4 884	5 518	6 107
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 197	8 538	10 112	10 129	10 195
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 430	2 630	3 084	2 922	3 048
* Wanderungsgewinn (+)									
bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 065	1 424	1 427	2 304	2 672
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 154	13 592	15 332	16 002	14 711

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2011	2012			2013				2014
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 261	1 285	1 309	1 296	1 291	1 299	1 325	1 308	1 310
* Frauen	1 000	575	589	601	600	598	599	611	607	607

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Ergebnis vorläufig. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

Beschäftigte ^{1, 2, 3}		Einheit	2011	2012			2013				2014
			30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
*	Ausländer/-innen	1 000	83	90	92	88	90	96	100	94	100
*	Teilzeitbeschäftigte	1 000	300	326	331	334	335	341	346	345	348
*	darunter Frauen	1 000	254	275	278	282	283	286	289	290	292
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴											
*	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	12	12	12	10	11	13	13	10	12
*	produzierendes Gewerbe	1 000	411	418	425	416	416	418	425	418	420
*	Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	269	274	280	279	276	278	285	282	280
*	Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	194	199	202	199	198	204	206	202	203
*	Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	375	382	390	392	390	387	395	396	396

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2012	2013			2014				2015
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	111 079	116 353	109 623	112 778	125 232	108 009	107 830	110 332	123 807
* Frauen	Anzahl	52 306	54 039	52 120	52 549	56 371	50 942	50 585	51 018	55 484
Männer	Anzahl	58 774	62 314	57 503	60 229	68 861	57 067	57 245	59 314	68 323
SCB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	42 428	46 247	41 285	43 694	52 291	39 904	39 819	41 495	50 145
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	68 651	70 106	68 338	69 084	72 941	68 105	68 011	68 837	73 662
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,3	5,5	5,1	5,3	5,9	5,0	5,0	5,1	5,7
* Frauen	%	5,3	5,4	5,2	5,3	5,6	5,0	5,0	5,1	5,5
* Männer	%	5,2	5,5	5,1	5,3	6,1	5,0	5,0	5,2	6,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	5,1	4,3	4,4	5,0	4,3	4,2	4,3	5,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,2	2,7	2,8	2,9	2,9	2,8	2,8	3,0
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,7	5,8	5,5	5,7	6,2	5,3	5,3	5,4	6,0
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	6,4	6,1	6,2	6,8	5,9	5,8	5,9	6,5
* Ausländer/-innen	%	12,0	12,2	11,7	12,1	13,5	11,2	11,5	11,9	13,4
Deutsche	%	4,8	4,9	4,6	4,7	5,3	4,5	4,5	4,5	5,1
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 447	3 423	1 587	2 686	4 897
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 513	20 154	20 280	19 117	20 427	23 960	24 283	23 591	23 584

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹⁰		Einheit	2012	2013			2014			
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	218 183	218 942	217 728	217 298	216 424	221 206	220 476	220 302	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 591	113 107	112 818	112 473	111 967	114 357	114 102	113 871	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	154 825	155 110	153 953	153 523	152 898	156 147	155 322	155 067	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	63 359	63 832	63 775	63 775	63 526	65 059	65 154	65 235	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 950	61 451	61 406	61 374	61 111	62 546	62 658	62 743	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	528	552	545	580	476	495	512	539	456
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	507	508	515	425	450	459	482	408
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	3	1	...	4	5	6	2	2
Unternehmen	Anzahl	48	64	53	117	37	57	105	96	90
private Haushalte	Anzahl	478	485	491	463	435	433	401	441	364
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	867	1 025	844	1 224	1 016	875	953	967	852
* Umbauter Raum	1 000 m ³	590	633	588	714	562	571	593	610	511
* Wohnfläche	1 000 m ²	110	119	112	135	108	109	109	116	97
Wohnräume	Anzahl	4 399	4 783	4 490	5 459	4 159	4 153	4 517	4 563	3 997
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	162	180	169	201	163	170	172	179	147

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	124	126	131	149	125	110	135	139	149
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	13	15	19	11	10	10	15	14
Unternehmen	Anzahl	102	99	105	120	101	78	90	98	94
private Haushalte	Anzahl	11	14	11	10	13	22	35	26	41
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	31	5	12	8	9	28	38	8
* Umbauter Raum	1 000 m ³	882	739	654	708	566	450	551	1 461	660
* Nutzfläche	1 000 m ²	117	105	99	107	96	71	84	174	102
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	89	59	96	77	63	72	201	72

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	979	1 120	985	1 445	1 195	1 045	1 260	1 227	1 020
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 006	5 500	5 104	6 543	4 869	4 936	5 465	6 043	4 843

Landwirtschaft

	Einheit	2012	2013			2014			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 983	10 747	11 073	11 430	11 369	10 646	11 531	12 161
darunter									
* Rinder insgesamt	t	2 010	1 847	1 793	2 460	2 342	1 680	1 937	2 321
darunter									
* Kälber ²	t	9	8	7	7	10	3	7	10
* Jungrinder	t	9	10	4	11	21	6	3	10
* Schweine	t	8 924	8 852	9 241	8 873	8 966	8 934	9 550	10 021
* Eierzeugung ³	1 000	14 494	14 522	13 540	13 657	13 045	15 581	15 500	14 587

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 004	984	983	984	984	983	982	983	983
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	248 907	248 561	250 195	250 088	249 730	252 967	253 642	253 043	252 786
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 600	31 499	32 063	33 017	32 495	29 316	32 950	33 455	33 140
* Entgelte	Mill. EUR	974	1 002	925	934	1 311	941	952	964	1 339
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 047	7 045	6 968	7 472	7 318	6 590	7 122	7 334	6 969
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 981	3 945	3 792	4 183	4 036	3 746	3 913	3 999	3 819
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 769	1 839	1 903	1 982	1 970	1 637	1 932	2 029	1 938
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	98	85	86	95	91	65	95	97	98
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 199	1 176	1 186	1 212	1 222	1 143	1 182	1 208	1 114
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 340	2 337	2 098	2 421	2 409	2 248	2 223	2 254	2 220
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	901	961	968	1 142	1 108	863	1 041	1 089	997
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 798	3 812	3 701	3 916	3 987	3 584	3 880	4 101	3 824
Exportquote ⁷	%	53,9	54,1	53,1	52,4	54,5	54,4	54,5	55,9	54,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,4	103,0	103,6	103,8	99,3	89,9	96,7	104,4	95,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	99,3	100,2	96,5	104,0	101,1	87,5	90,3	97,1	95,6
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	105,9	111,2	115,5	108,0	99,8	98,5	106,7	123,2	104,3

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	98,7	75,5	55,1	56,2	61,7	47,0	53,6	52,1	46,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	95,6	89,5	101,9	93,8	93,6	74,8	97,3	76,9	71,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	99,3	102,5	98,3	104,9	100,0	86,0	86,6	95,1	96,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	107,7	119,3	128,9	107,0	83,9	102,6	109,7	132,3	101,9

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	172	172	172	172	171	175	174	173	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 669	9 694	9 748	9 718	9 735	9 697	9 772	9 739	9 789
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 208	1 188	1 227	1 239	1 218	1 070	1 233	1 233	1 232
* Entgelte ³	Mill. EUR	39	41	36	47	56	38	38	48	56
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	448	474	449	511	507	263	286	343	370
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	433	459	436	496	489	250	274	329	356

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 505	38 342	39 157	38 764	38 473	39 009	39 243	39 011	38 822
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 816	3 791	4 314	4 349	4 112	3 861	4 552	4 596	4 276
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 610	1 562	1 708	1 714	1 660	1 562	1 851	1 858	1 793
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	906	911	1 042	1 061	982	984	1 099	1 124	1 023
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 300	1 319	1 564	1 574	1 470	1 315	1 602	1 614	1 460
darunter Straßenbau	1 000 h	626	646	809	811	740	653	821	801	705
* Entgelte	Mill. EUR	90	92	95	99	112	98	99	100	113

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Bauhauptgewerbe ²		Einheit	2012	2013			2014				
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	382	405	466	480	472	409	432	490	506
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	138	145	157	162	158	137	148	171	160	
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	112	131	127	128	117	117	130	141	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	149	178	191	186	155	167	189	205	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	69	73	96	105	98	78	90	98	107	

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁴	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Betriebe ⁵	Anzahl	395	415	416	415	415	414	414	411	411
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	14 919	15 506	15 297	15 479	15 737	15 511	15 412	15 555	15 862
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 814	4 948	4 628	4 988	5 170	5 004	4 831	4 827	5 111
* Entgelte	Mill. EUR	111	119	114	117	118	126	114	118	120
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	446	412	327	390	425	507	343	387	422

Handel⁶**Großhandel^{6, 7}**

Großhandel ^{P, 7}	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2010=100	103,0	105,3	106,0	105,9	105,6	107,5	107,7	107,7	107,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	107,8	114,1	113,5	112,9	113,1	120,1	119,7	119,7	120,5
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	102,7	101,2	108,1	111,9	102,3	94,4	107,4	110,0	99,9
* Umsatz real ⁹	2010=100	95,8	94,0	100,3	104,5	95,7	88,2	100,3	103,4	94,3

Einzelhandel^{6, 9}

* Beschäftigte	2010=100	102,9	102,7	103,5	104,0	105,6	104,8	105,4	105,7	107,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,0	103,3	103,7	104,5	106,2	104,8	105,9	106,7	108,6
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	104,3	101,5	97,7	105,6	105,0	99,1	101,0	108,0	103,2
* Umsatz real ⁸	2010=100	100,9	96,8	92,9	100,4	99,9	94,5	95,7	102,6	98,4

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{p, 2}**

Kfz-Handel ^{p, 2}		Einheit	2012	2013			2014			
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	2010=100	104,0	104,0	105,1	104,9	104,7	105,5	106,1	106,6	106,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	110,2	115,2	115,8	115,8	116,2	120,1	120,1	120,6	120,8
* Umsatz nominal ³	2010=100	97,4	94,7	94,7	112,6	100,5	94,8	101,0	114,0	103,6
* Umsatz real ³	2010=100	94,8	92,2	92,3	109,2	97,7	92,1	97,7	110,7	100,2

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2010=100	104,9	99,4	103,2	102,4	98,7	105,5	104,7	105,5	103,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,8	100,9	104,8	103,4	98,7	107,5	106,9	107,8	107,0
* Umsatz nominal ³	2010=100	92,4	80,4	92,7	89,3	74,5	97,7	96,3	93,3	75,3
* Umsatz real ³	2010=100	89,3	75,9	86,6	83,8	70,0	90,6	88,2	85,3	69,1

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	669	672	930	836	531	948	940	868	525
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	203	163	94	270	204	166	91
* Gästeübernachtungen	1 000	1 758	1 748	2 346	2 183	1 238	2 702	2 388	2 237	1 234
* darunter von Auslandsgästen	1 000	443	435	555	433	227	907	572	450	226

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 858	1 779	1 996	1 977	1 860	2 031	1 779	1 791	2 008
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 248	1 191	1 483	1 383	1 232	1 502	1 252	1 288	1 406
* Getötete Personen	Anzahl	17	15	18	15	10	18	16	16	23
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	9	8	9	4	5	9	7	7	10
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	6	4	2	5	6	3	7
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	3	1	1	-	-	3
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	4	2	1	1	5	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 620	1 547	1 939	1 765	1 633	1 949	1 613	1 642	1 821

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	302	296	405	329	302	362	340	329	347
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	136	137	155	134	157	154	159	121	136
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	72	70	119	94	63	115	88	92	100
Radfahrer	Anzahl	48	46	87	63	36	63	63	67	53
Fußgänger	Anzahl	32	29	28	27	34	18	17	30	39

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 263	11 881	11 384	12 418	11 221	10 263	12 014	12 368	10 920
darunter										
Krafträder	Anzahl	593	589	484	309	139	575	559	391	204
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 321	9 973	9 627	10 714	9 738	8 552	10 306	10 758	9 554
* Lastkraftwagen	Anzahl	943	904	858	1 023	999	750	782	931	818
Zugmaschinen	Anzahl	334	339	340	302	271	300	274	257	265

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	52 780	53 338	53 786	55 824	48 007	55 733	58 819	56 317	46 755
Personenkilometer ³	Mill.	454	479	437	522	444	512	546	530	439

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Güterempfang	1 000 t	1 058	1 094	1 061	1 130	1 251	1 154	1 099	996	1 082
* Güterversand	1 000 t	815	821	879	769	955	883	819	870	872

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 858	3 876	3 663	3 884	4 272	4 342	3 772	4 237	4 366
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	296	294	298	303	309	300	266	296	297
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 529	3 540	3 324	3 537	3 920	3 937	3 423	3 813	3 939

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2012	2013			2014				
			Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	23	22	19	19	29	22	18	21	21
*	Halbwaren	Mill. EUR	175	170	156	175	159	154	130	167	150
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 332	3 348	3 148	3 343	3 731	3 761	3 275	3 624	3 769
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	954	944	867	901	1 009	984	883	939	960
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 378	2 404	2 281	2 442	2 723	2 778	2 392	2 685	2 809
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 584	2 653	2 405	2 757	2 949	2 916	2 471	2 906	2 929
*	darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 197	2 283	2 043	2 379	2 552	2 562	2 161	2 564	2 575
	Belgien	Mill. EUR	179	187	179	187	212	183	191	202	210
	Luxemburg	Mill. EUR	57	54	48	64	62	60	47	57	56
	Dänemark	Mill. EUR	38	35	36	34	39	39	38	38	38
	Finnland	Mill. EUR	31	31	34	32	32	30	27	30	31
	Frankreich	Mill. EUR	407	430	349	445	458	459	358	455	452
	Griechenland	Mill. EUR	35	41	24	48	43	39	23	30	34
	Großbritannien	Mill. EUR	223	240	252	287	283	305	273	300	305
	Irland	Mill. EUR	10	12	12	15	12	12	12	11	14
	Italien	Mill. EUR	226	218	166	227	240	268	161	246	244
	Niederlande	Mill. EUR	218	225	197	215	241	229	206	244	207
	Österreich	Mill. EUR	146	148	143	147	168	166	146	155	162
	Schweden	Mill. EUR	65	63	59	62	70	61	79	78	75
	Spanien	Mill. EUR	173	172	150	175	194	213	171	218	223
	Portugal	Mill. EUR	21	33	24	35	44	29	27	28	38
*	Afrika	Mill. EUR	94	98	95	96	105	113	100	105	116
*	Amerika	Mill. EUR	559	530	582	463	640	620	562	521	647
	darunter nach USA	Mill. EUR	369	342	385	279	441	427	385	347	478
*	Asien	Mill. EUR	572	563	554	536	547	661	604	675	642
	darunter nach China	Mill. EUR	154	147	138	134	141	198	184	186	172
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	49	31	28	31	32	33	35	30	33

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 616	2 599	2 318	2 600	2 855	2 942	2 496	2 749	2 721
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	267	267	248	260	245	274	274	254	253
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 263	2 222	1 969	2 221	2 469	2 484	2 057	2 262	2 232
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	82	44	41	50	51	53	39	34	44
* Halbwaren	Mill. EUR	324	310	244	264	326	362	282	287	320
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 857	1 868	1 684	1 907	2 092	2 069	1 735	1 941	1 869

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2012	2013				2014			
			Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	532	537	506	549	539	630	532	512	521
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 325	1 331	1 178	1 359	1 553	1 439	1 204	1 429	1 348
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 904	1 911	1 690	1 899	2 140	2 188	1 829	2 065	2 037
*	darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 612	1 680	1 479	1 666	1 924	1 875	1 560	1 857	1 836
	Belgien	Mill. EUR	284	297	270	302	351	305	295	295	315
	Luxemburg	Mill. EUR	42	42	38	46	52	49	47	47	46
	Dänemark	Mill. EUR	17	18	19	20	21	18	18	20	19
	Finnland	Mill. EUR	11	7	10	6	7	8	8	11	10
	Frankreich	Mill. EUR	241	241	210	248	299	276	225	255	253
	Griechenland	Mill. EUR	7	9	7	6	17	12	8	8	8
	Großbritannien	Mill. EUR	86	99	84	87	121	114	97	134	95
	Irland	Mill. EUR	11	21	28	47	27	9	19	27	39
	Italien	Mill. EUR	154	163	134	159	181	199	129	169	171
	Niederlande	Mill. EUR	264	255	194	222	275	275	206	311	292
	Österreich	Mill. EUR	89	84	67	76	91	96	80	83	92
	Schweden	Mill. EUR	35	41	43	44	45	44	40	47	49
	Spanien	Mill. EUR	95	109	97	102	125	111	86	116	116
	Portugal	Mill. EUR	16	16	14	12	19	18	13	14	17
*	Afrika	Mill. EUR	49	70	46	66	75	71	41	55	43
*	Amerika	Mill. EUR	286	251	217	226	224	269	233	227	234
	darunter aus USA	Mill. EUR	201	186	165	163	173	173	148	160	151
*	Asien	Mill. EUR	371	363	360	404	411	410	389	395	401
	darunter aus China	Mill. EUR	158	161	175	163	151	182	178	175	162
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	4	5	5	5	5	6	5

Gewerbeanzeigen⁴

Gewerbeanzeigen ⁴	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 039	3 017	3 065	3 115	2 706	2 640	2 975	3 105	2 620
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	475	467	504	419	418	442	504	423
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 971	2 005	2 111	2 061	1 813	1 681	1 962	2 020	1 780
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 086	2 985	2 702	2 893	2 948	2 324	2 517	2 785	2 569
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	470	452	398	426	428	307	371	361	346
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 089	2 027	1 848	1 954	2 073	1 563	1 658	1 941	1 810

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Insgesamt	Anzahl	578	567	598	541	537	578	454	544	426
davon										
* Unternehmen	Anzahl	91	90	86	88	64	98	67	84	47
* Verbraucher	Anzahl	377	354	375	322	323	347	262	331	283
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	91	103	109	118	119	104	109	114	78
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	19	20	28	13	31	29	16	15	18
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	144	91	176	85	62	143	82	98	106

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,5	98,7	97,5	97,9	100,6	98,2	97,7	98,1	99,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	101,2	100,0	81,0	100,8	105,2	113,1	87,5	101,2	104,0

Preise

Preise	Einheit	2012	2013		2014				2015	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	104,3	105,8	106,1	106,7	106,1	106,9	106,8	106,9	105,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	102,1	103,4	103,9	104,1	104,3	105,3	105,3	105,6	105,6

Verdienste⁷

Verdienste⁷

Einheit	2012	2013						2014		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 677	3 790	3 417	3 455	3 458	3 495	3 426	3 472	3 491
* Frauen	EUR	3 147	3 268	3 006	3 026	3 023	3 044	3 006	3 021	3 052
* Männer	EUR	3 891	4 003	3 585	3 631	3 635	3 681	3 593	3 651	3 665
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 509	6 925	5 986	6 113	6 125	6 166	6 254 ^r	6 360	6 403
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 209	4 352	3 956	4 005	4 023	4 058	4 015 ^r	4 053	4 097
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 165	3 183	2 878	2 919	2 929	2 963	2 933	2 975	2 993
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 653	2 641	2 400	2 444	2 462	2 496	2 416	2 470	2 487
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 026	2 047	1 911	1 935	1 951	1 975	1 885	1 921	1 946

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtszeitraumes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

noch: Verdienste ¹	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 939	4 078	3 525	3 623	3 636	3 681	3 622	3 716	3 729
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 748	3 899	3 338	3 497	3 626	3 584	3 448	3 587	3 616
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 077	4 245	3 670	3 734	3 734	3 792	3 756	3 836	3 840
* Energieversorgung	EUR	4 963	4 955	4 239	4 380	4 374	4 433	4 344	4 462	4 456
* Wasserversorgung ²	EUR	3 138	3 207	2 956	3 003	2 988	2 989	3 114	3 230	(3 275)
* Baugewerbe	EUR	3 207	3 156	2 684	2 985	3 095	3 086	2 922	3 090	3 140
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 503	3 596	3 343	3 343	3 338	3 371	3 298	3 312	3 336
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 425	3 535	3 206	3 166	3 162	3 214	2 998	3 019	3 032
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 994	2 978	2 822	2 711	2 747	2 775	2 570	2 608	2 600
* Gastgewerbe	EUR	1 955	2 026	1 949	1 948	1 955	2 003	2 030	1 986	1 978
* Information und Kommunikation	EUR	4 742	4 870	4 342	4 465	4 452	4 553	4 537	4 663	4 632
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 771	4 907	4 121	4 104	4 152	4 222	4 086	4 114	4 154
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 762	3 739	3 345	3 411	3 366	3 301	(3 712)	(3 849)	(3 838)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 263	4 670	4 134	4 053	4 033	4 088	4 170	4 190	4 223
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 064	...	2 048	2 087	2 114	2 113	2 059	2 080	2 095
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 385	3 450	3 333	3 354	3 361	3 368	3 389	3 389	3 469
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 030	4 105	4 009	4 040	4 032	4 033	4 034	4 035	4 079
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 563	3 678	3 403	3 465	3 461	3 491	3 430	3 473	3 485
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 401	4 257	3 997	4 072	3 897	3 926	(3 565)	(3 339)	(3 362)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 037	3 059	2 872	2 886	2 899	2 905	3 070	3 064	3 108

Geld und Kredit³

Geld und Kredit³

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	118 975	121 674	118 904	118 137	125 085	124 568	125 584	124 657	124 257
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 024	12 174	12 085	11 935	12 668	12 008	12 333	12 369	11 869

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2012	2013				2014			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	15 080	14 002	14 273	13 753	14 474	13 508	13 476	13 295	13 232
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	91 871	95 498	92 546	92 449	97 943	99 052	99 775	98 993	99 156
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 263	113 342	110 469	110 111	116 437	116 350	117 767	117 623	117 462
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	99 772	102 470	99 940	99 761	104 866	105 312	106 449	106 566	106 600
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 492	10 872	10 529	10 350	11 571	11 038	11 318	11 057	10 862
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	8 712	8 332	8 435	8 026	8 648	8 218	7 817	7 034	6 795

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	113 249	113 014	112 938	112 603	111 883	114 631	112 837	112 942	114 661
Sichteinlagen	Mill. EUR	46 913	51 536	50 117	50 925	51 526	53 576	53 185	53 933	56 215
Termineinlagen	Mill. EUR	29 481	26 577	27 314	26 702	25 866	26 426	25 455	25 226	24 928
Sparbriefe	Mill. EUR	7 744	6 639	6 985	6 710	6 445	6 414	6 059	5 884	5 687
Spareinlagen	Mill. EUR	29 112	28 262	28 522	28 266	28 046	28 215	28 138	27 899	27 831
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	110 671	110 380	110 206	109 800	109 433	112 081	110 316	110 550	112 240
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	107 602	107 492	107 236	107 139	106 814	108 780	107 664	107 716	109 307
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 069	2 888	2 970	2 661	2 619	3 301	2 652	2 834	2 933
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 578	2 634	2 732	2 803	2 450	2 550	2 521	2 392	2 421

Steuern

Einheit	2012	2013				2014			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 533	3 515	3 126	3 610	4 241	3 455	3 241	3 906	4 767
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 088	1 104	634	978	1 767	967	631	1 170	2 215
Lohnsteuer	Mill. EUR	728	761	554	957	938	523	620	1 041	971
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	147	149	-	402	-	-	-	461	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	161	157	3	- 22	533	465	4	- 4	598
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	78	72	31	31	51	26	36	37	356

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2012	2013			2014			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	32	11	43	11	7	8	43	8
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	16	-	29	-	0	-	34	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	87	83	35	- 30	234	- 54	- 37	53	281
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 1	- 4	-	- 5	-	-	-	65	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 444	2 411	2 492	2 632	2 475	2 488	2 610	2 736	2 552
Umsatzsteuer	Mill. EUR	462	480	524	569	541	542	412	541	504
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 982	1 931	1 968	2 063	1 933	1 946	2 198	2 195	2 048

Zölle

Mill. EUR	193	184	207	195	172	230	233	215	194
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

darunter	Mill. EUR	111	113	98	92	171	82	52	48	180
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	31	34	48	23	22	18	65
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	45	46	31	27	92	59	30	30	115

Landessteuern

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	14	18	15	19	54	20	21	27	27
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	25	31	33	34	27	37	31	28	31
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	11	13	11	12	13	15	11	11	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	2	2	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	2	2	3	3	3	2

Einheit	2012	2013				2014		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.

Gemeindesteuern

Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	122	125	116	125	144	115	113	141	144
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	462	458	443	497	465	426	390	491	430
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	12	15	13	15	17	17	17	17	19

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände

Einheit	2012	2013					2014		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Mill. EUR	889	909	632	962	935	1 107	593	1 017	919
Mill. EUR	377	379	432	421	373	290	380	425	346
Mill. EUR	336	348	65	362	352	614	70	391	361
Mill. EUR	38	37	2	35	42	68	8	39	43

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2012	2013				2014			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Mill. EUR	809	851	764	803	1 241	624	619	898	1 527
Mill. EUR	55	66	63	68	98	76	66	69	76
Mill. EUR	411	418	218	358	655	350	208	452	870
Mill. EUR	249	262	180	350	285	167	207	390	297
Mill. EUR	68	67	1	- 10	227	198	2	- 2	254
Mill. EUR	36	34	15	14	22	10	15	18	175
Mill. EUR	15	14	5	19	5	3	3	19	4
Mill. EUR	43	41	17	- 15	117	- 27	- 19	26	141
Mill. EUR	320	344	424	370	427	197	284	376	524
Mill. EUR	225	255	344	278	325	87	207	271	420
Mill. EUR	95	89	80	92	102	111	77	105	104
Mill. EUR	6	6	16	2	16	-	16	0	15
Mill. EUR	2	2	5	1	5	-	6	0	5
Mill. EUR	12	12	32	4	32	-	32	0	31
Mill. EUR	3	2	7	1	7	-	7	0	6

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 871	1 845	1 673	1 866	2 233	1 768	1 690	1 962	2 499
Mill. EUR	111	113	98	92	171	82	52	48	180
Mill. EUR	475	480	274	416	772	408	267	504	989
Mill. EUR	1 279	1 246	1 286	1 356	1 275	1 277	1 355	1 410	1 315
Mill. EUR	6	6	16	2	16	-	16	0	15

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Januar 2015

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 2013
Kennziffer: A1033 201322

Strukturdaten zur Bevölkerung –
Ergebnisse des Mikrozensus 2011 – 2013
Kennziffer: A1103 201300

Strukturdaten zur Erwerbstätigkeit –
Ergebnisse des Mikrozensus 2011 – 2013
Kennziffer: A6033 201300

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2014 –
Lehrerausbildung für allgemeinbildende
und berufsbildende Schulen
(Stand: 1. Oktober 2014)
Kennziffer: B3023 201422

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Rinderbestände und Rinderhaltungen
im November 2014
Kennziffer: C3073 201422

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2014
Kennziffer: D1023 201411

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn-
nung von Steinen und Erden im November 2014 –

Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201411

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im November 2014
Kennziffer: E1033 201411

Bauhauptgewerbe im November 2014 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201411

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe
2013 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3043 201300

Elektrizitäts- und Wärmeherzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Oktober 2014
Kennziffer: E4023 201410

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Dezember 2014
Kennziffer: F2033 201412

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im
Gastgewerbe im Oktober 2014
Kennziffer: G1023 201410

Aus- und Einfuhr im November 2014
Kennziffer: G3023 201411

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im November 2014
Kennziffer: G4023 201411

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2014
Kennziffer: 1023 201410

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 2012
Kennziffer: L2083 201200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Dezember 2014
Kennziffer: M1013 201412

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im November 2014
Kennziffer: M1043 201444

Umwelt

Abfallwirtschaft 2012
Kennziffer: Q2023 201200

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2014
Kennziffer: Z1013 201410

Sonstige Veröffentlichungen

Amtliches Verzeichnis der Gemeinden und
Gemeindeteile – Stand: Juli 2014
Kennziffer: A1132 201401

Rheinland-Pfalz regional –
Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz –
Ein Vergleich in Zahlen (Ausgabe 2014)
Kennziffer: Z2401 201400

Schulverzeichnis für allgemeinbildende Schulen
in Rheinland-Pfalz – Schuljahr 2014/15
Kennziffer: B1004E201500

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge-
oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland –
Krankenhausverzeichnis – Stand: 31.12.2013
Kennziffer: A4015 201400

Erwerbstätigenrechnung – Erwerbstätige in den Län-
dern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2013 –
Berechnungsstand: August 2014 (Reihe 1, Band 1)
Kennziffer: A6215 201300

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: BASF SE
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte
2. korrigierte Fassung vom 29.01.2016, Änderungen auf S. 196, 197